

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

8. Sitzung vom 30. Mai 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Jürgen Wutzlhofer Abstimmung	S. 37 S. 39
2. Fragestunde			
1. Anfrage (FSP – 02189-2011/0001-KGR/GM)	S. 3	9. 01764-2011/0001-GIF; P 2: Förderung an den Verein LEFÖ Abstimmung	S. 39
2. Anfrage (FSP – 02184-2011/0001-KFP/GM)	S. 4		
3. Anfrage (FSP – 02180-2011/0001-KSP/GM)	S. 7	10. 01788-2011/0001-GIF; P 3: Subvention an die Sozial Global Aktiengesellschaft Abstimmung	S. 39
4. Anfrage (FSP – 02190-2011/0001-KVP/GM)	S. 9		
5. Anfrage (FSP – 02188-2011/0001-KGR/GM)	S. 12		
3. AST/02152-2011/0002-KSP/AG Aktuelle Stunde zum Thema " Statt Kriegsheldenverehrung und Ausländerhetze durch Rechte, das Miteinander in Wien fördern für eine friedliche und sichere Zukunft" Rednerinnen bzw Redner:		11. 01623-2011/0001-GSK; P 21: Plan Nr 7803: Äußerung an den Verfassungsgerichtshof bezüglich Anfechtung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes 12, Springerpark Berichterstatter GR Karlheinz Hora	S. 40
GR Dr Harald Troch	S. 15	Rednerin bzw Redner:	
GRin Christine Marek	S. 17	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 40
GR David Ellensohn	S. 17	GR Michael Dadak	S. 40
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 18	GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 42
GR Johann Herzog	S. 19	GRin Dipl-Ing Sabine Gretner	S. 43
GR Dr Matthias Tschirf	S. 20	Abstimmung	S. 44
GR Senol Akkilic	S. 20		
GRin Hannelore Reischl	S. 21	12. 01619-2011/0001-GSK; P 23: Plan Nr 7965: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 7, KatG Neubau Abstimmung	S. 44
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 22		
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 22	13. 01533-2011/0001-GSK; P 25: Plan Nr 7974: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 22, KatG Kaisermühlen Berichterstatter GR Karlheinz Hora	S. 44
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 22	Rednerin bzw Redner:	
7. 01920-2011/0001-MDLTG; P 1: Wahl eines Ersatzmitgliedes in den Vorstand der KFA Abstimmung	S. 22	GR Anton Mahdalik	S. 44
		GRin Karin Schrödl	S. 44
		Abstimmung	S. 45
8. 01658-2011/0001-GJS; P 12: Neubau Bildungscampus Hauptbahnhof Wien Berichterstatter GR Christoph Peschek Rednerinnen bzw Redner:	S. 22	14. 01534-2011/0001-GSK; P 26: Plan Nr 7972: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 22, KatG Aspern und Eßling Abstimmung	S. 45
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 22		
GRin Mag Martina Wurzer	S. 25	15. 01632-2011/0001-GWS; P 28: Verkauf eines Grundstückes in 10, KatG Inzersdorf Stadt Abstimmung	S. 45
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 26		
GR David Ellensohn	S. 28	16. 01607-2011/0001-GKU; P 13: Subvention an den Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung Abstimmung	S. 45
GR Heinz Vettermann	S. 29		
GR Mag Christoph Chorherr	S. 31		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 34	17. 01741-2011/0001-GKU; P 15: Subvention an den Verein Wiener Stadtfeste 01742-2011/0001-GKU; P 16: Subvention	
GR Dominik Nepp	S. 34		
GR Ing Udo Guggenbichler	S. 36		
GRin Angela Schütz	S. 36		

an den Verein Wiener Kulturservice Abstimmung	S. 45	liche Anfrage von GRin Christine Marek, GR Dr Wolfgang Aigner, GRin Mag Ines Anger-Koch, GRin Ing Isabella Leeb betreffend Einsparungen und Fehlentwick- lungen im Bildungsbereich auf dem Rü- cken der Wiener Pflichtschülerinnen bzw Pflichtschüler	
18. 01743-2011/0001-GKU; P 18: Subvention an den Verein zur Förderung der kulturel- len Zusammenarbeit zwischen den Bun- desländern Niederösterreich und Wien Abstimmung	S. 45	Begründung durch GRin Christine Marek	S. 46
		Beantwortung von Bgm Dr Michael Häupl	S. 47
19. 01740-2011/0001-GKU; P 20: Subvention an den Verein "Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung" Berichterstatterin GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 45	Rednerinnen bzw Redner: GR Dr Wolfgang Aigner	S. 50
Redner: GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 45	GRin Mag Martina Wurzer	S. 53
Berichterstatterin GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch	S. 46	GR Dominik Nepp	S. 54
Abstimmung	S. 46	GR Heinz Vettermann	S. 54
		GRin Christine Marek	S. 56
		GR Mag Jürgen Wutzlhofer	S. 57
20. PGL-02286-2011/0001-KVP/MDGF: Dring-	S. 46	21. Ordnungsruf an GR David Ellensohn	S. 59

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wünsche an diesem sonnigen Morgen einen schönen guten Morgen und eröffne die 8. Sitzung des Wiener Gemeinderats.

Entschuldigt für die gesamte Dauer der heutigen Sitzung sind Frau GRin Meyer und GR Ing Rösch.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP - 02189-2011/0001 - KGR/GM) wurde von Frau GRin Dr Sigrig Pilz gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. (Sehr geehrte Frau Stadträtin! Der Rektor der Medizinischen Universität Wien, Herr Prof. Schütz, hat angekündigt, dass er die Nachtdienste des ärztlichen Personals im AKH ausdünnen will. Welche Folgen hätte diese Maßnahme für die Versorgung der Patientinnen und Patienten?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderätinnen! Sehr geehrte Frau Dr Pilz!

Sie fragen mich, welche Auswirkung die Ausdünnung der Nachtdienste im AKH hätte, im Konjunktiv formuliert, weil genauso ist es auch. Es ist so, dass Herr Rektor Schütz angekündigt hat, von den 170 Nachtdienstärtern, die es derzeit gibt, ab dem 1.1.2012 20 einsparen zu wollen oder zu müssen. Das gibt ihm noch sieben Monate Zeit, dieses Problem zu lösen, denn ein Problem aufzuzeigen, ist das eine, aber die Verantwortung liegt natürlich dort. Die Antwort auf die Frage, welche Auswirkungen das hätte, wäre logischerweise die, dass es für die Patientinnen und Patienten zu verlängerten Wartezeiten kommen würde, was gerade in der Nacht ein Problem ist, weil dort logischerweise und sinnvollerweise die Personaldecke keine übermäßig dicke ist. Daher kann ich hier nur ein weiteres Mal an den Rektor appellieren, erstens einmal Verhandlungen aufzunehmen. Ich gehe davon aus, dass er sich mit dem neuen Wissenschaftsminister, der ja aus der Praxis kommt, hier auch leichter tut, zu einem Ergebnis zu kommen, und denke, dass sieben Monate ausreichend Zeit sind, um hier ein gutes Ergebnis für das AKH und damit auch für die Medizinuniversität zu erreichen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau GRin Dr Pilz. Bitte schön.

GRin Dr Sigrig **Pilz** (Grüner Klub im Rathaus): Tatsächlich die erste! Gut (Allgemeine Heiterkeit.), ja. Danke, Herr Vorsitzender, offensichtlich ist es am Morgen noch nicht ganz so ausgebacken.

Frau Stadträtin! Das AKH hat ja als Zentralkrankenhaus eine ganz wichtige und zentrale Aufgabe nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Versorgung. Im Spitalsreformplan 2030 wird es eine wichtige Rolle spielen. Wie soll sich denn da das Verhältnis AKH zu den anderen KAV-Spitälern darstellen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ja, das AKH ist ein ganz wichtiges Spital in der Stadt, und zwar auf der

einen Seite für das Thema der Medizinuniversität, nämlich die Lehre und Forschung, aber natürlich auch für die Versorgung. Und genau diese beiden Bereiche sind es auch, die es im AKH möglich machen, zu den Leistungen und zu den wunderbaren und tollen medizinischen Ergebnissen zu kommen, die dort immer wieder erreicht werden, weil man logischerweise nur aus der Breite in die Spitze kommt.

Was wir, wenn Sie die Perspektive 2030 ansprechen, uns natürlich überlegen müssen, ist, in welcher Form hier die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien und dem Bund, also dem Wissenschaftsministerium, der MedUni, noch verbesserbar ist. Das Bessere ist immer der größte Feind des Guten. Man muss sich hier auch immer vor Augen halten, dass ja sehr viel Wiener Steuergeld in das AKH fließt, zu Recht fließt. Im heurigen Jahr ist der Aufwand für den Bereich des Personals, des nicht ärztlichen Personals, und dem, was die Stadt Wien, ohne dass sie dazu verpflichtet wäre, auch für den Bereich der Wissenschaft hinzufinanziert, bei 484 Millionen EUR, während das Budget der Medizinuniversität inklusive aller Ärzte bei 300 Millionen EUR liegt. Das heißt, hier Verbesserungsüberlegungen anzustellen, ist sicherlich an der Zeit. Wir werden es hierbei sicher nicht überhastet, weil ja bis zum Jahr 2015 mit Verlängerungsoption auf 2017 der Vertrag zwischen der Stadt Wien, der Medizinuniversität und dem Wissenschaftsministerium da ist, aber auf Perspektive 2030 wird das AKH weiterhin eine sehr wichtige Rolle in der Versorgung haben und sicherlich als Universitätsspital auch sozusagen die Lokomotive des Zuges Krankenhäuser der Stadt Wien sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GR Univ-Prof Dr Frigo gestellt.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte nur bei der Kernfrage bleiben, Notfallambulanz. Im Zuge Ihrer Spitalsreform, wo ja einige KAV-Spitäler geschlossen werden, andere später eröffnet werden, muss man ja bedenken, dass auch die Ambulanzen geschlossen werden. Dementsprechend, welche baulichen und strukturellen Maßnahmen sind da für das AKH, speziell für die Notfallambulanz, angedacht?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Das AKH ist vom Thema des Standortes und der Baulichkeit in keiner Art und Weise von der Spitalsreform betroffen. Auch die Notfallambulanz ist nicht von der Spitalsreform betroffen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage wird von GRin Korosec gestellt. Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Frau Stadträtin, es gibt einen offenen Brief von Prof Husslein, den Sie ja sicher kennen, wo er eigentlich schonungslos das auflistet, was alles nicht im Gesundheitswesen funktioniert und im Besonderen darauf hinweist, dass am Vormittag in den KAV-Spitälern Vollbetrieb ist, aber am Nachmittag im Großen und Ganzen nur Notbetrieb herrscht. Das geht zu Lasten der Patientinnen und Patienten, aber natürlich ist es auch ökonomisch

nicht sinnvoll. Und ich zitiere aus seinem offenen Brief: „Jeder, der die Behauptungen nicht glaubt, ist eingeladen, am Vormittag einen Spaziergang durch die Ambulanzen und die verschiedenen Kliniken, besonders im AKH, vorzunehmen, am Abend beziehungsweise am Wochenende die Notfallambulanz zu besuchen und tagtäglich zwischen 14 und 17 Uhr über die gähnende Leere in den Ambulanzen, Spezialeinrichtungen, Operationssälen, et cetera zu staunen. Und da spreche ich noch gar nicht von den aus Personalmangel stillgelegten Bereichen und den manchmal wegen Erkrankungen akuten Schließtagen in den Routineoperationssälen.“

Frau Stadträtin, was sagen Sie zu dieser sehr massiven Kritik, die übrigens auch von der Wiener ÖVP, aber auch von den anderen Oppositionsparteien ja schon seit Jahren gebracht wird? Stimmt das, beziehungsweise welche Maßnahmen werden Sie setzen, dass das geändert wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ja, Prof Husslein ist ein begnadeter Briefschreiber, weil er oft Briefe schreibt, und hat offenbar auch viel Zeit, seitenlange Mails und offene Briefe oft mehrmals in der Woche zu schreiben. In dem Brief steht noch viel mehr, einiges auch, was ich unterstreiche, nämlich dass auf Grund der zum Teil nicht vorhandenen Versorgungswirksamkeit des niedergelassenen Bereichs Ambulanzen voll sind, weil insbesondere von Freitag Nachmittag bis Montag Früh auch für ganz kleine Erkrankungen der niedergelassene Bereich nicht da ist. Ich weiß nicht, inwieweit der Herr Prof Husslein wirklich Einblick in die Spitäler hat, wo die Ärztinnen und Ärzte Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer der Gemeinde Wien sind, weil die nämlich während ihrer Arbeitszeit auch wirklich immer am Arbeitsplatz sein müssen, wir mittlerweile bei weit über 50 Prozent der operativen Fächer, wie Sie wissen, im Akutbereich überall von 0 bis 24 Uhr an 365 oder 366 Tagen, je nachdem, ob ein Schaltjahr ist oder nicht, im Vollbetrieb sind, bei elektiven Eingriffen den ganzen Tag bei weit über 50 Prozent der Fächer auch operieren.

Wenn das im AKH so ist, wie das der Herr Prof Husslein beschreibt, dann würde ich vorschlagen, ist es ein ganz wichtiger Schritt, dass sich die Institutsvorstände dort einmal zusammentun, diese Problematik darlegen und miteinander besprechen, warum sie dann und wann nicht da sind, zum Beispiel auch am Vormittag. Dann, glaube ich, wäre das ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Und die 4. Zusatzfrage wird von Frau GRin Dr Pilz gestellt. Bitte schön.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Es ist unbestritten und es stellt ja auch niemand in Abrede, dass die Ambulanzen im AKH wirklich oft sehr, sehr voll sind. Ich habe das selbst nach einem Unfall erlebt, dass man zwar wartet, aber dann hervorragend versorgt wird. Aber man hat den Eindruck, dass viele Menschen einfach deshalb ins AKH gehen oder auch in

die anderen KAV-Spitäler, weil wenn man in den niedergelassenen Bereich geht, entweder eh überwiesen wird oder dann zu Zeiten, wo man eine Notfallversorgung braucht, keine Versorgung bekommt.

Muss man mit der Ärztekammer da andere Töne anschlagen oder wie kann man sich das vorstellen, dass die endlich diese Dinge auch machen, die ihnen zustehen und zukommen, nämlich die Versorgung im niedergelassenen Bereich zu verstärken?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich denke, ein ganz wichtiger Punkt dabei ist einfach die bessere Abstimmung und gemeinsame Planung des ambulanten und stationären Bereichs, nicht nur bei der Frage sozusagen der Mengen, sondern auch bei der Frage der Öffnungszeiten, denn den Patientinnen und Patienten kann man aus meiner Sicht keinen Vorwurf machen, wenn sie mit kleinen Erkrankungen in die Spitäler, in die Spitalsambulanzen gehen, weil der niedergelassene Bereich diese Versorgungswirksamkeit einfach nicht hat. Daher muss es hier auf jeden Fall zu einer Ausweitung, aber auch zu einer Qualitätssicherung im niedergelassenen Bereich in einem noch verstärkteren Ausmaß kommen. Wir werden jetzt einmal gerade auch in Wien sehen, wozu die Ärzte-GesmbHs führen, weil ja der Hintergrund - und das ist ja ein Gesetz, das ja noch relativ frisch ist, also daher muss sich das auch erst etablieren - und die Idee dahinter ist, dass sich eben mehrere Ärzte und Ärztinnen zusammentun, weil das, was gegen die Versorgungswirksamkeit spricht, ist das traditionelle Einzelkämpfertum des niedergelassenen Arztes, denn einer allein kann halt auch nicht die Öffnungszeiten haben. Daher setze ich hier sehr auf Gruppenpraxen und auf verstärkte Ärzte-GesmbHs, die dann diese Öffnungszeiten auch haben müssen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Spitäler hier auch entlastet werden. Deshalb halte ich es auch für so unabdingbar notwendig, dass man die jetzt anlaufenden Gespräche zur Gesundheitsreform auf Bundesebene sinnvollerweise nur ambulant und stationär gemeinsam führen kann und zwar nicht, um von den Fragen abzulenken, was man möglicherweise oder sicher im Spital auch verbessern kann, sondern weil das kommunizierende Gefäße sind. Wenn man so tut, als hätten die miteinander nichts zu tun, kann man kein Problem lösen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Frage.

Die 2. Frage (*FSP - 02184-2011/0001 - KFP/GM*) wurde von Herrn GR Dr Frigo gestellt und ist gleichfalls an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. (*Der lakonische Satz "Wir haben kein Bett frei!" wird immer wieder zu Patientinnen ohne konkreten Hinweis auf eine Alternative gesagt. Wieso gibt es kein zentrales Bettenregister aus dem hervorgeht, welches KAV-Spital aktuell über Betten verfügt?*)

Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke, Herr Vorsitzender!

Herr GR Dr Frigo, Sie sagen: „Der lakonische Satz ‚Wir haben kein Bett frei‘ wird immer wieder zu PatientInnen ohne konkreten Hinweis auf eine Alternative gesagt.“ Zitat Ende. Ich würde Sie zunächst sehr dringend bitten, mir zu sagen, wer das wo sagt, denn sollte das in meinem Bereich sein, möchte ich dem ganz konkret sehr gerne nachgehen. Zweitens kann ich Sie darüber informieren, weil Sie hier postulieren, dass es kein zentrales Bettenregister gibt: Das ist natürlich nicht der Fall. Das Bettenbelagsmanagement gehört zu einer der wichtigsten strategischen Aufgaben in jedem Krankenhaus. Selbstverständlich hat der KAV eine entsprechende EDV-unterstützte Datenbank, welche den jeweils aktuellen Bettenstand auch widerspiegelt.

Es gibt allerdings gute Gründe, warum jedes einzelne Spital nur die Möglichkeit hat, das einzelne Haus und den jeweiligen Bettenstand zu erfahren und sozusagen nicht nach dem Floriani-Prinzip immer zu sagen, wo was möglich ist und im eigenen Haus soll es nicht möglich sein. Einerseits ist die Datenbank nur eine Momentaufnahme der derzeitigen Bettensituation und ändert sich natürlich permanent, andererseits dient das EDV-Programm als Steuerungsinstrument für das eigene Krankenhaus, um zum Beispiel auch zu schauen, wie es hier durch interdisziplinäre Bettenbelegung möglich ist, das Bettenmanagement zu verbessern. Gerade im Hinblick des Zieles der Vermeidung von jedem, nämlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Spital und den Patientinnen und Patienten unerwünschten Gangbett, sind diese Managementmaßnahmen von Effizienz und ist es daher auch notwendig, dass jedes Haus selbst schaut, ein möglichst gutes Bettenmanagement zu machen. Es ist prinzipiell immer gewährleistet, dass alle Akutpatientinnen und -patienten, die auf Grund einer Erkrankung ein Krankenhaus aufsuchen und die eine medizinische Begutachtung erhalten und dann aufgenommen werden, auch ein Bett bekommen. Daher schließe ich mit meinem Anfangssatz: Ich bitte um ganz genaue Information, wo wer das gesagt hat, damit ich dem nachgehen kann.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 1. Zusatz... (GR Univ-Prof Dr Peter Frigo: Also auf Ihre Frage, wer das gesagt hat ...) Moment, Moment. Sie kommen sofort dran und können dann vielleicht eine Antwort auf die Frage der Frau Stadträtin geben. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Frigo. Bitte, Sie sind dran.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Danke. Ja, also auf Ihre Frage, wir bekommen täglich Anfragen wegen Patienten und Betten. Ich glaube, ich gebe Ihnen recht, es ist natürlich auch mir bekannt, dass es innerhalb eines Hauses dieses Register gibt, aber es geht natürlich auch darum, dass zum Beispiel im Zuge der Baumaßnahmen im AKH die Geburtshilfe verkleinert worden ist und wenn Sie jetzt im SMZ anrufen - da gab es auch einen berühmten Fall, da wurde gesagt: „Ja kriegen Sie am besten Ihr Kind in Niederösterreich.“ Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen gerne auch die entsprechenden Details dazu liefern. Ich selbst habe mich dann vergewissert und habe dort angerufen und habe gefragt und mir wurde gesagt: „Ja, das

SMZ ist bis zum Jänner überlastet.“ Es geht also jetzt nicht primär um Akut, sondern auch um Geburten, die ja letzten Endes auch eine akute Erkrankung darstellen, wenn man so will. Also keine Erkrankung natürlich, aber einen doch ernstesten Fall und dementsprechend muss man das ernst nehmen. Also das muss ich Ihnen sagen.

Wieso oder was spricht jetzt dagegen, dass man über eine zentrale Stelle ähnlich wie bei der Rettung, die ja da Eingriff hat, eben die KAV Spitäler vernetzt und es noch besser koordiniert? Das habe ich nicht ganz verstanden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich möchte nur fürs Protokoll und für die, die vielleicht zuhören, festhalten, dass offensichtlich der Satz, den Sie behauptet haben, dass er immer wieder gesagt wird, nämlich, ich zitiere: „Wir haben kein Bett frei, wird immer wieder zu PatientInnen gesagt ohne konkreten Hinweis auf eine Alternative.“, dass das offenbar nicht stattfindet, sondern nur behauptet wird. Der konkrete Fall, von dem Sie gesprochen haben, das war eine Drillingsgeburt, die auf Grund dessen, dass eine Fünflingsgeburt im AKH stattgefunden hat, in Niederösterreich stattfinden musste. Aber ganz klar war, in welchem Spital sie dort stattgefunden hat. Also nur, dass wir hier auch der Wahrheit die Ehre geben, dass dieser Satz so nicht stattfindet. Dass Patientinnen und Patienten anrufen und fragen, ob ein Bett frei ist oder ob sie gebären können, zum Beispiel gerade, wenn es eine ganz normale Schwangerschaft ist ohne Risiko, und ihnen dann im AKH gesagt wird „Nein, bei uns nicht, wenden Sie sich an ein anderes Wiener Spital“, ist nicht das, was Sie hier behaupten, dass hier Patientinnen und Patienten in einer Notsituation weggeschickt werden und im Regen stehen gelassen werden. Nur dass wir einfach sozusagen sehen, was die Behauptung ist und was die Realität ist.

Ich kann gerne, weil Sie gesagt haben, Sie haben es nicht verstanden, mich noch einmal bemühen darzulegen, warum das System so ist, wie es ist und auch gut so ist, weil es die Aufgabe jedes einzelnen Hauses ist, Bettenmanagement zu machen, Bettenmanagement auch über die einzelne auf den ersten Blick hin zuständige Abteilung hinweg zu machen, weil, sehr geehrter Herr Dr Frigo, das alles historisch gewachsen ist. Tatsache ist, dass die interdisziplinäre Bettenbelegung am Nachmittag oder bei manchen auch am Vormittag im Privatspital kein Problem darstellt und für viele dann plötzlich ein Problem darstellt, wenn es im öffentlichen Spital stattfinden soll. Daher ist es sehr wichtig, dass man hier auch in einem Spital zwischen den Abteilungen den Ausgleich findet. Und die von Ihnen angesprochene Rettung - na, vielleicht machen wir einmal mit dem Ausschuss eine Exkursion zur Rettung. Das haben wir aber eigentlich eh schon öfter gemacht. Selbstverständlich ist es so, dass da Kontingente von jedem Spital genannt werden und diese Kontingente dann abgerufen werden. Das System gibt es und natürlich ist das Wien-weit vernetzt. Wenn da Interesse besteht, können wir gerne eine Exkursion zur Wiener Rettung machen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Korosec gestellt. Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin, nachdem jetzt die Rede von Geburtstationen war: Es ist klar, die Intensivstation für Geburten, da gibt es derzeit 95 Plätze und nach dem RSG ist vorgesehen, bis 2015 um 20 zu erhöhen. Von diesen 20 sind aber 10 in Spitälern vorgesehen, die es noch gar nicht gibt und wo man gar nicht weiß, ob sie bis 2015 auch fertig sind. Tatsächlich ist es so, dass es prekäre Situationen gibt. Wir haben relativ viele Mehrlingsgeburten.

Daher meine Frage: Welche Initiative setzen Sie, dass man da von diesen 20 Betten vorziehen kann beziehungsweise überhaupt überlegen kann, ob 20 Betten zusätzlich genügen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Das Thema der Neonatologie ist eines, das uns immer beschäftigt und ich behaupte jetzt einmal, auch wenn es mir anders lieber wäre, auch immer wieder beschäftigen wird, weil in der Neonatologie heute Dinge möglich sind, die noch vor fünf Jahren unmöglich gewesen wären. Und es gibt keinen Hinweis, warum sich das nicht in diese Richtung weiter entwickelt.

Daher auch der starke Ausbauplan. Wir haben jetzt bereits den Ausbau im Donauspital vorgezogen, wo es zusätzliche Neonatologiebetten geben wird. Außerdem habe ich im Krankenanstaltenverbund eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung selbstverständlich des Dr Pollak eingesetzt, also aller, die auch im AKH mit diesem Thema befasst sind, für die Evaluierung und sozusagen Neuschärfung des Wiener Neonatologiekonzepts. Das sollte bis Sommer vorliegen. Die arbeiten sozusagen auf Hochtouren, wo es auch ganz stark darum geht, wie man eine abgestimmte Zuständigkeitskette macht. Dass das nie angenehm ist, vor allem für die Eltern, zu sagen, das kleine Kind muss in ein anderes Spital übersiedeln, stimmt. Wenn wir allerdings sagen, die höchste Versorgung ist im AKH und im Donauspital, und wenn diese höchste Versorgung nicht mehr notwendig ist, dann muss es auch ein klares Netz an Geburtsabteilungen geben, wo die Kinder dann mit ihren Müttern hin übersiedeln können. Sehr bemühe ich mich hier auch, dass Niederösterreich miteinbezogen wird, weil eben viele dieser ganz kleinen Patientinnen und Patienten in Wien sind, wo aber die Nachsorge, wenn es nicht mehr ganz so heikel ist, medizinisch in Niederösterreich funktionieren könnte. Da arbeiten wir gerade daran. Bis Mitte des Jahres sollte das fertig sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt Frau GRin Dr Pilz. Bitte schön.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke, Herr Vorsitzender!

Frau Stadträtin, die Frage der effizienten, auch ökonomischen und qualitativ guten Auslastung von Spitalbetten im Akutbereich ist ja nur auf der einen Seite eine Frage der Anzahl. Die andere ist ja auch die Frage der Verweildauer in den Spitälern. Da gibt es sehr unter-

schiedliche Traditionen in den Häusern. Für die eine Sache bleibt man drei Tage. In einem anderen Spital wird man für dasselbe vielleicht tagesklinisch behandelt. Wie soll sich denn das mit der Verweildauer im Krankenanstaltenverbund entwickeln? Wo stehen wir da und wo wollen wir da hin?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Das ist ein ganz wichtiges Thema, weil wir grundsätzlich im KAV eine hohe Auslastung von rund 85 Prozent haben. Das entspricht auch dem internationalen Standard, bedeutet aber natürlich, wenn Grippewelle, wenn Glatteis ist, wenn solche Ereignisse sind, dass die Krankenhäuser sehr, sehr belastet sind. Deshalb muss in einem gewissen Ausmaß ein Augenmerk auf der Verweildauer und auch auf der Standardisierung der Verweildauer liegen. Das ist der eine Bereich.

Der andere Bereich ist, dass wir noch stärker dort, wo Dinge tagesklinisch möglich sind, sie tagesklinisch machen werden und machen müssen. Wir wissen das auch von Befragungen der Patientinnen und Patienten. Wenn Dinge tagesklinisch passieren können, dann wollen das die Patientinnen und Patienten auch. Man muss natürlich dabei immer auch auf die, sage ich jetzt einmal, soziale Lage schauen, weil man natürlich eine 85-jährige Patientin, die nichts im Hintergrund hat, schwer nach 3 Stunden wieder entlassen wird können. Tatsächlich ist es so, dass die Patientinnen und Patienten ganz klar auch auf Fragen sagen: Ich möchte eigentlich möglichst kurz im Spital sein. So ist es uns zum Beispiel in der Augenklinik in Hietzing gelungen, dort durch die Schaffung einer Wochenklinik - was für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch sehr zufriedenstellend ist, die haben Samstag und Sonntag frei, etwas, was im Gesundheitswesen an sich ganz unüblich ist - die Zahl der tagesklinischen Operationen von, ich sage ehrlich, vorher verschwindend auf 60 Prozent zu erhöhen, damit die Zahl der Operationen um 45 Prozent zu erhöhen und damit die Wartezeit auf eine Kataraktoperation von 12 auf 3 Wochen zu senken. Das ist ein langwieriger Prozess, sage ich ganz offen, der nicht mit dem Fingerschnipp geht, und wir werden uns ganz genau anschauen, wo haben wir hier sehr gute Systeme und wie können wir die für dieselbe PatientInnengruppe bei denselben Diagnosen über den KAV auch umlegen. Und da bin ich überzeugt davon, dass das auch dazu führen wird, dass wir eine sinnvollere Auslastung haben und in vielen Bereichen auch eine kürzere Aufenthaltsdauer der Patientinnen und Patienten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die letzte Zusatzfrage zu dieser 2. Frage stellt GR Dr Frigo. Bitte.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin, ich komme gerade aus dem Notfallambulanzdienst. Deswegen liegt mir dieses Thema am Herzen und ich darf nur kurz erläutern, dass es schon noch einen weiteren Aspekt bei diesen Ambulanzbesuchen der Patientinnen und Patienten gibt, nämlich dass die Arbeitnehmer von heute auch Angst haben, ihren Job zu verlieren. Und natürlich, wenn eine Frau

zum Arbeitgeber sagt, sie geht zum Frauenarzt, dann sagt der: Na bitte, geh' ein anderes Mal. Wenn sie aber sagt, ich geh' ins Spital und ich hab' ein Problem, dann hat das Gewicht, vor allem, wenn sie ins AKH geht. Dann bekommt sie nämlich frei. Das muss man schon irgendwo auch sehen.

Zu dem Fall mit der Geburt in Niederösterreich: Das war im SMZ-Ost. Jetzt wollte ich Sie trotzdem noch einmal im Zuge dieses Spitalsplans 2030 zum Schluss fragen, ob Sie tatsächlich nicht an eine Vernetzung der KAV-Spitäler denken, weil das ja im Sinne der Transparenz und auch des Patientenmanagements von ganz Wien eigentlich von Interesse ist, angefangen von der Neonatologie, wo wir nicht wissen, wo die Neonatbetten frei sind, bis hin halt zur Procuratio. Deswegen ist das hier meine Frage an Sie, ob hier an eine Vernetzung gedacht ist oder nicht?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke, dass ich das auch noch einmal klarstellen kann, wie eine frühere Landeshauptmann-Stellvertreterin immer sagte: „Ständiges Wiederholen sichert den Unterrichtsertrag.“ Es gibt eine vernetzte EDV-unterstützte Datenbank, die der KAV über alle Betten hat. Es gibt für die Frage Kontingent ein klares Bettenmanagement, weil die die Rettung hat, aber es hat jedes einzelne Haus nur den Überblick über das einzelne Haus. Denn wäre das nicht so, wäre die Bemühung, im Haus eine Lösung zu finden, gleich null. Daher: Wir brauchen die Vernetzung nicht schaffen, sondern es gibt diese Vernetzung. Das Management des Krankenanstaltenverbunds hat jede Stunde ganz aktuell, wie viele Betten wo frei sind. Und das ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um, wenn keine Normalzeiten sind, sondern wenn Grippewelle oder Glatteis ist, das zu managen. Das findet dann auch dort statt. An der Spitze dieser Einheit ist die Frau Dr Drapalik, die Ihnen sicherlich bekannt ist, die das dann auch sehr gut managt. Es gibt die Vernetzung. Wir brauchen sie nicht zu schaffen, weil sie schon da ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Frage.

Die 3. Frage (FSP - 02180-2011/0001 - KSP/GM) wurde von Herrn GR Baxant gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal gerichtet. (Am 17. Mai 2011 haben Sie den ersten Open Data-Katalog der Stadt präsentiert. Welche Strategie liegt dem zu Grunde und welche weiteren Schritte sind geplant?)

Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Nun, Open Data ist etwas, das uns jetzt natürlich schon seit einigen Jahren begleitet, weil wir merken, welche Dynamik sich da auch auf diesem Markt ergeben hat. Wir haben im rot-grünen Regierungsübereinkommen schon festgehalten, dass wir uns als Stadt Wien das Ziel setzen möchten, eine Open Data City, Open Government Data City zu werden und haben relativ rasch ver-

sucht, mit diesem Slogan „Wien sagt Ja zu Open Data“ auch entsprechende Vorstellungen und Programme zu realisieren. Was heißt das? Das heißt, dass wir möglichst viele Daten in einer guten Qualität, in einer maschinenlesbaren Qualität den BürgerInnen transparent, frei und offen zur Verfügung stellen möchten und dass wir natürlich hier als Stadt in einer gewissen Sorgsamkeit auf der einen Seite mit den Daten umzugehen haben, aber auf der anderen Seite eben dieser Transparenz Genüge leisten müssen. Wir haben dafür in der Stadt einen eigenen Open-Data-Beauftragten installiert. Das ist der sogenannte CIO, unser Dipl-Ing Johann Mittheisz, der sehr kompetent in diesem Themenfeld ist und der gemeinsam mit einem politischen Board eben die komplette Open-Data-Strategie der Stadt Wien zieht.

Es gibt drei sehr konkrete Ziele, die wir damit verfolgen. Das eine habe ich schon angesprochen, das ist die Transparenz. Es geht um einen demokratischen Wissensaustausch. Es geht aber auch darum, einen stärkeren Dialog der Verwaltung mit den BürgerInnen letztendlich zu erzeugen.

Und es geht darum, eine stärkere Partizipation, aber auch Kommunikation mit der Wirtschaft zu Stande zu bringen, um hier in diesem breiten Themenfeld auch einen Beitrag als Stadt für Innovation und für Entwicklungen aus der Wirtschaft zu leisten, die dann letztendlich natürlich wiederum den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen sollen.

Was haben wir gemacht? Wir haben eine Plattform eingerichtet, eine Plattform, die jetzt schon einmal aus 30 maschinenlesbaren Datensätzen in den unterschiedlichsten Bereichen besteht: Altstoffsammelstellen, Kindergärten, Kurzparkzonen, Krankenhäuser, georeferenzierte Daten, aber auch Budgetdaten zur Finanzgebarung der Stadt. Diese Plattform soll eben dafür dienen, dass wir mit der Freischaltung, die wir am 17. Mai vorgenommen haben, jetzt sozusagen in dieser Stadt viele Applikationen bekommen, diese Daten hier viele AnbieterInnen verwenden und eben Produkte für die Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Was wir noch tun werden, ist, es wird ja nicht bei den 30 Datensätzen bleiben, die wir jetzt einmal da draufstehen haben, sondern wir werden uns gerade auch von den UserInnen die Wünsche abfragen, wir werden eine eigene Online-Umfrage machen und wir haben auf dieser Plattform auch die Möglichkeit eines Austausches, eines Dialoges zwischen den UserInnen und der Verwaltung, um hier eben gemeinsam Ideen zu entwickeln, Applikationen zu entwickeln.

Diese Idee und diese Innovationsgeschichte sind mir besonders wichtig. Daher wird es auch mit der Wirtschaft so eine Art Ideenwettbewerb geben, wo wir dann die Ideen auszeichnen möchten und wo wir eben diesen Wettbewerb für die Bürgerinnen und die Bürger fördern möchten, die das ja dann letztendlich nutzen. Also es ist eine sehr schöne Belebung auch dieses Dialoges Verwaltung, Wirtschaft, BürgerInnen, und wir sind da auf einem sehr, sehr guten Weg. Und was auch wirklich schön ist, ist, seitdem wir am 17. Mai die Plattform aufgemacht haben, ist sie eigentlich tagtäglich in Bewegung. Es tut sich unheimlich viel dazu. Es gibt auch

schon zwei Apps, die gemacht wurden. Also wir sind gut unterwegs und nähern uns mit großen Schritten unserem Ziel, eben Open Government Data City zu sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für diese Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing. Stiftner.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Schönen guten Morgen, Frau Stadträtin!

Also das, was Sie hier jetzt erklärt haben, ist offenbar auf einer ganz anderen Seite einsehbar als die, die online gegangen ist. Ich hab' mir da die Mühe gemacht, ein bisschen hineinzuschauen. Also offenbar scheinen Ihnen die Trinkbrunnen ein großes Anliegen zu sein, weil die mehrfach vorkommen. Wenn man sich hier anschaut, was sonst noch drinnen ist - relativ dürrig: Kurzparkstreifen, wo es welche gibt. Zum Thema Bildung fallen Ihnen ganze zwei Punkte ein, nämlich die Standorte der Kindergärten und der Schulen. Zum Thema Kultur, wir reden von der Kulturhauptstadt Europas, Wien, fallen Ihnen auch nur zwei Punkte ein. Das heißt, das Ganze ist wieder einmal so ein Marketinggag der Stadt Wien, wo es in Wirklichkeit darum geht, das Ganze, was man eigentlich auf „wien.gv.at“ ohnehin entnehmen kann, offenbar in eine neue Plattform mit viel Geld einzubringen. Mehr Information ist nicht gegeben, im Gegenteil, es gibt klare Verlinkungen in diese Richtung.

Ich wollte Sie deshalb fragen, wann Sie wirklich bereit sind, zu Open Data überzugehen, nämlich zu dem, was auch wissenschaftlich dahintersteht, also Echtzeitdaten. Ich hab' da ein paar Vorschläge, die Sie vielleicht hier auch umsetzen können, wie zum Beispiel Umwelt und Verkehr wären das, was die Menschen besonders bewegt. Wann werden die Feinstaubdaten wirklich online, das heißt also zeitecht, in Echtzeit hergestellt? Verkehrszählungsdaten könnten auch ein Beispiel sein. Die Verspätungen der Wiener Linien, dass die online direkter entnommen werden können, aber auch Verletzungen des Nachtflugverbotes über Wien, das wären auch Themen, die man transparent machen könnte. Also ich denke, es gibt hier eine Vielzahl an Aktivitäten, wo wirklich Open Data gefragt ist und ich denke, das wäre dann wirklich eine Demokratisierung. Wann werden Sie diese Dinge umsetzen, Frau Stadträtin?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Die Demokratisierung in diesem Bereich Open Data ist voll im Laufen. Wir sind die erste Stadt in Österreich, die sich auch wirklich dieser Transparenz gestellt hat. Ich habe vorhin schon gesagt, die 30 Datensätze, die wir jetzt einmal maschinenlesbar auf die Plattform gestellt haben, haben eine hohe Qualität, die Community hat dafür auch wirklich großen Zuspruch gegeben. Ich möchte auch sagen, sie war auch begeistert. Und das, was Sie hier jetzt gebracht haben, das finde ich einfach schön, weil genau das ist der Prozess, den wir uns als Verwaltung, als Stadt wünschen, dass sozusagen jetzt die UserInnen kommen und sagen: „Hey, super, dass ihr die Kindergärten drauf habt's, aber warum nicht auch den Trinkwas-

serbrunnen? Der wäre doch eigentlich ein cooler App.“ Und da könnten wir was tun und dann passiert so etwas. Das ist einfach ein Prozess, der kann nicht von der Stadt alleine gemacht werden. Was wir jetzt tun werden, ist, sukzessive Wunsch um Wunsch, Idee um Idee, solange es im Bereich des Datenschutzes auch absolut in Ordnung ist, umzusetzen und auf diese Plattform zu stellen. Und ich bin zuversichtlich, dass ich noch im Juni eine weitere Tranche an maschinenlesbaren Datensätzen wiederum auf diese Plattform stellen kann und eben weitere so innovative Ideen umgesetzt werden können. Das heißt, es kriegt eine gute Dynamik und das ist gut so.

Ich finde es super, wenn Sie sich auch damit auseinandergesetzt haben und sagen: „Okay, die 30 sind gut, aber eigentlich wären die 30 auch noch eine Idee.“ Was wir zum Beispiel letzte Woche gemacht haben, ich glaube, am Donnerstag war es, da haben wir neben den Austauschmöglichkeiten, die es auf der Plattform gibt, auch noch so einen Face-to-face-Dialog organisiert, wo UserInnen kommen können und wo aus den Bereichen der Verwaltung zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter der Federführung unseres CIO eben in den Dialog gegangen sind und sich dort auch austauschen können: Wo braucht es denn Datensätze? Wo müssen wir auch in der Stadt dafür noch arbeiten, dass diese Datensätze dann auch für die Anbieterinnen und Anbieter entsprechend verwertbar sind? Und es war ein toller und genauso lebhafter Dialog. Wir sind da dran. Wir sind ganz weit weg von Marketinggags und wir sind ganz nah dran an einem guten Prozess und einer guten Dialogisierung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage stellt GR Mag. Werner-Lobo. Bitte schön.

GR Mag. Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ja, guten Tag, Frau Stadträtin!

Zuerst einmal muss ich sagen, als jemand, der dieses Thema Open Data selbst in die Koalitionsverhandlungen eingebracht hat, dass ich wirklich überrascht bin, ehrlich überrascht bin, wie schnell es gelungen ist, dass Rot-Grün dieses Projekt umgesetzt hat und auf den Weg gebracht hat. Es gibt wenige Dinge, die so schnell wirklich eine quasi Übererfüllung von dem sind, was eigentlich im Koalitionspapier steht. Ich habe es noch nie erlebt, dass Leute aus der Zivilgesellschaft, die solche Dinge seit Jahren von der Politik verlangen, jetzt selbst sagen: „Moment einmal, das haben wir uns nicht gedacht, dass das so schnell geht und dass es so gut geht.“ Und deswegen insbesondere auch meinen Dank an den Herrn Dipl.-Ing. Mittheisz und meinen Dank an Sie, dass es in so einer Offenheit geschehen ist. Ich habe miterlebt, dass genau das, was Sie da sagen, dieser Prozess, dass man das im Austausch mit der Zivilgesellschaft macht, dass man es im Austausch mit den Bürgern und Bürgerinnen macht, das ist Open Data, das ist Open Government, und das ist, glaube ich, ein ganz, ganz wesentlicher Schritt. Die Opposition hat das, glaube ich, noch gar nicht kapiert, worum es da wirklich geht. (*Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*)

Insofern meine Frage an Sie: Das ist für uns erst der

erste Schritt. Wir wollen das vorantreiben. Eine der wesentlichen Forderungen, die auch die GRÜNEN immer wieder auch hier im Gemeinderat gestellt haben, war unter anderem auch die Freigabe der Fahrplandaten der Wiener Linien. Ich entnehme Medienberichten, dass daran gedacht ist und dass es technisch natürlich das eine oder andere zu überlegen gibt. Aber meine Frage an Sie ist: Wo stehen wir da und was ist da geplant? Ist diese alte grüne Forderung, dass auch Fahrplandaten im Sinn des Open Data als öffentliches Gut freigegeben werden sollen, auch unser Ziel? (*Weitere Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Vielen Dank für diese Frage und vielen Dank auch für das tolle Feedback an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil ich finde es ein bisschen schade, dass es hier wirklich auch Häme für eine ganz grandiose Arbeit in einem wirklich guten Zeitraum gibt (*Aufregung bei den GRen Dipl-Ing Roman Stiftner und Mag Dietbert Kowarik.*), wo wir auch wirklich viel auf die Beine gestellt haben. Das muss man sagen. Ich glaube, es ist auch einfach schön, dass wir uns hier gerade als rot-grünes großes Projekt in der Regierung genau dieser Demokratisierung von Daten auch widmen.

Zur konkreten Frage: Was tun wir denn mit den Fahrplandaten? Es ist so, wir haben unsererseits sicher ein sehr, sehr großes Interesse. Es gibt auch eine Nachfrage. Also genau in diesem Dialogprozess mit den UserInnen, mit der Community, werden wir auch immer wieder darauf angesprochen. Deswegen planen wir hier jetzt auch eben unter der Federführung unseres CIO entsprechende Kooperationsgespräche, ich nenne das jetzt einmal so, müssen aber bedenken, dass wir für das noch ein bisschen Zeit brauchen werden, weil ich darauf hingewiesen wurde, dass es da ja nicht nur darum geht, wollen wir das oder wollen wir das nicht, sondern da geht es auch darum, dass wir wirklich Daten von Dritten heranziehen müssen und dass wir das auch entsprechend rechtlich abklopfen werden. Aber wir werden solche Nutzungsvereinbarungen mit den Wiener Linien sehr konkret verhandeln und werden schauen, dass wir das auch was auf den Weg bringen.

Ich glaube, wir werden andere Ziele, die wir uns auch noch gesteckt haben, schneller erreichen, aber auch an diesem Ziel sind wir dran, weil ich weiß, dass es gerade für die Bürgerinnen und Bürger einfach hochinteressant ist, solche Daten zur Verfügung zu haben, weil sie wirklich den Alltag erleichtern. Wir würden damit genau das erreichen, was unser Ziel ist, nämlich eben diese Demokratisierung und diese super Nutzbarkeit für die Bürgerin und für den Bürger.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage wird von GR Baxant gestellt, bitte schön.

GR Petr **Baxant** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Frau Stadträtin, danke für die Erläuterungen.

Ich hätte eine Frage zu einem sehr sensiblen Bereich, nämlich zu den personenbezogenen Daten: Wie

wird sichergestellt, dass diese personenbezogenen Daten nicht veröffentlicht werden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ein ganz wesentlicher Leitsatz in allen Open-Data-Strategien, die es gibt, ist, dass nur öffentliche Daten verwendet werden können, die eben nicht dem Datenschutz unterliegen. Nur solche können auch bereitgestellt werden. Das heißt, auf unserer Plattform werden sich keine Daten befinden, die nicht diesem wesentlichen Kriterium auch entsprechen.

Es ist auch ganz, ganz wichtig, dass die datenführenden Stellen, und da gibt es eine gute Begleitung durch unsere Datenschutzabteilung, die MA 26, die auch ständig in diesem Entwicklungsprozess mit eingebunden ist, dass nämlich genau diese datenführenden Stellen, mit denen wir jetzt arbeiten, wo wir sagen, okay, ihr habt's Daten, das sind die, die wir als Nächstes auf die Plattform stellen wollen, dass die eben schon auch einmal diesen Check machen und schauen müssen, dass es keine personenbezogenen Daten gibt, dass es keinen Personenbezug überhaupt zu diesen Daten gibt. Dafür sind sie auch entsprechend verantwortlich. Sollten irgendwelche relevanten Fragen hier aufgeworfen werden, dann werden die natürlich mit dem Datenschutz entsprechend abgeklärt. Wir haben damit etwas erreicht, was uns auch sehr wichtig ist, nämlich ein Vier-Augen-Prinzip. Das heißt, die Dienststelle, die über diese Daten verfügt und die diese Daten sozusagen auf den Weg bringt, checkt schon einmal selbst. Wir haben gerade was den Datenschutz betrifft, im Vorjahr auch eine ganz große Aktion unter den MitarbeiterInnen selbst gemacht, wo wir auf diesen gesamten Bereich des Datenschutzes sehr stark sensibilisiert haben. Und wir sind dann natürlich noch einmal im Bereich der IKT, also der Informations-Kommunikations-Technologie, verantwortlich dafür, das auch noch einmal entsprechend anzuschauen und hier auch noch einmal entsprechend darauf einzugehen. Das heißt, wir haben bei dieser Frage, bei diesem Weg, bei diesem Prozess eine absolute Qualität im Datenschutz.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Frage.

Wir kommen zur 4. Frage (*FSP - 02190-2011/0001 - KVP/GM*). Sie wurde von Herrn GR Dipl-Ing Stiftner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (*Die Copa Cagrana ist in den Schlagzeilen - leider nicht im guten Licht als ein beliebtes Freizeitparadies der Wienerinnen und Wiener, sondern als Gegenstand eines öffentlich ausgetragenen Rechtsstreits von Umweltstadträtin Mag. Sima mit dem Generalpächter. Der Rechtsstreit droht langwierig zu werden, zudem sein Ausgang offen ist. Kluges politisches Handeln in den letzten Jahren hätte dies höchstwahrscheinlich vermieden. Wieso ließen Sie die Situation derart eskalieren?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Frage beschäftigt sich mit dem Thema Copa

Cagrana. Ich habe ein paar Bilder mitgebracht, weil ein Bild ja bekanntlich mehr als tausend Worte sagt. Hier eine schöne Impression von der Copa Cagrana, hier eine weitere. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima zeigt Unterlagen. – GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Wir sehen nichts!*) Entschuldigung, natürlich, ich will Sie nicht benachteiligen, bitte schön. Hier haben wir noch ein Bild von den Containern, die nicht genehmigt sind, und hier noch eine andere Impression. Ich kann Ihnen nur sagen, wie gesagt, dieses Bild sagt mehr als tausend Worte und was will man da noch reden?

Ich habe mit dem bisherigen Verwalter - bis 31.12. des letzten Jahres war ja der Wiener Hafen für die Verwaltung der Copa Cagrana zuständig – gesprochen und die haben mich informiert, dass es auch in mehreren Anläufen nicht möglich war, den Generalpächter dazu zu bewegen, seine Bereiche sauber und ordentlich zu führen und seinen Verpflichtungen dauerhaft nachzukommen. Die Stadt beziehungsweise der Wiener Hafen hat dann 2010 einen Zivilingenieur damit beauftragt, die Sachverhalte lückenlos zu erheben, etwaige Mängel zu dokumentieren. Was dann rausgekommen ist, war eine sehr, sehr lange Liste an baulichen und technischen Missständen sowie titellose Nutzungen, das heißt, eben die Container, die ohne Genehmigung aufgestellt wurden.

Ab April 2010 haben wir diesen Generalpächter mit den Feststellungen konfrontiert und trotz der Zusage, diese zu beheben, haben die Begehungen dann gezeigt, dass dazu offensichtlich keine Bereitschaft zu erkennen war. Dazu kommen noch die ausstehenden Pachtentgelte. Und trotz des Umstandes, dass wir mit dem Generalpächter auch eine Ratenvereinbarung getroffen haben, das heißt, wir sind ihm auch in dieser Hinsicht entgegengekommen und haben ihm noch eine Chance gegeben, wie man so schön sagt, wurden die Ratenvereinbarungen nicht beziehungsweise nur zum Teil eingehalten.

Ich kann nur sagen, all diese Dinge, und die Liste ließe sich noch sehr, sehr lange fortsetzen, werfen kein gutes Licht auf die Geschäftsführung des Generalpächters. Noch dazu, wie erwähnt, haben wir einzelne Bauwerke, die ohne rechtskräftige Baubewilligung errichtet wurden. Wir haben dann natürlich über die Baubehörde etliche Aufforderungen, wie halt dieser ganze Amtsprozess dann abgelaufen ist, eingebracht. Die Abbruchbescheide wurden beeinsprucht. Aber auch die Entscheidung der Bauoberbehörde wurde dann negiert.

Also wie Sie sehen, ist das in Summe kein besonders kooperatives Verhalten, das jetzt eine wahnsinnige Gesprächsbereitschaft in diesem Bereich signalisieren würde.

Wir haben Ersatzvornahmen angekündigt. Auch da ist nichts passiert. Die ersten Ersatzvornahmen, wie Sie wissen, sind bereits durchgeführt worden, weitere Ersatzvornahmen sind angekündigt. Es bleibt jetzt abzuwarten, ob der Generalpächter endlich den Ernst der Lage verstanden hat oder ob auch hier die öffentliche Hand vorgreifen und hier eingreifen muss.

Es können sich ja jeder Mann und jede Frau vor Ort ein Bild machen. Aber Ihre Einschätzung, dass ein recht-

zeitiges Gespräch mit dem Generalpächter unglaubliche Verbesserungen gebracht hätte, kann man, glaube ich, auf Grund dieser Dokumentation wirklich ins Reich der Phantasien und Märchen verweisen.

Wir haben ähnlich problematische Fälle im letzten Kontrollausschuss besprochen, wo ein Kollege Ihrer Fraktion dann gesagt hat: „Na ja, aber warum greift da die Stadt nicht durch und warum handeln wir nicht?“ Da habe ich gesagt, das machen wir gerne und erhoffe mir dann natürlich auch von der ÖVP-Fraktion in anderen Fällen, wo die Stadt dann hart durchgreifen muss wie hier zum Beispiel mit der Räumungsklage, auch Unterstützung in dieser Frage, weil reden halt leider nicht immer hilft.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage stellte GR Dipl-Ing Stiftner, bitte.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung.

Frau Stadträtin! In der Tat, das wirft kein gutes Licht auf den Generalpächter, aber es wirft auch kein gutes Licht auf die Stadt und es wirft auch kein gutes Licht auf die Managementqualitäten. Denn in der Tat wissen wir, dass es immer wieder schwierige Fälle gibt. Aber offenbar ist hier etwas eskaliert und dann hat man nur mehr den Weg über die Gerichte gefunden. Das wird ein sehr langwieriges Unterfangen werden. Wie wir wissen, dauern solche Verfahren oft mehrere Jahre mit Berufungsinstanzen. Und das verursacht natürlich Nachteile für die Wiener Bevölkerung. Hier ist schon die Frage zu stellen, ob es nicht besser gewesen wäre, hier rechtzeitig einzugreifen, wenn man sieht, dass der bisherige Manager offenbar nicht in der Lage ist, die Dinge in den Griff zu bekommen.

Deshalb meine Frage an Sie, Frau Stadträtin: Nehmen wir einmal an, das ganze Verfahren ist dann abgeschlossen und irgendwann kommen wir auch zu einem neuen Pächter oder was auch immer Sie dort vorhaben. Was werden Sie aus der verwaltungstechnischen Sicht verbessern, um derartige Mängel, wie sie jetzt passiert sind, in Hinkunft präventiv versuchen zu vermeiden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also das möchte ich wirklich auf das Schärfste zurückweisen. Wir haben immer wieder als Stadt Wien mit vielen verschiedenen Pächtern zu tun, sowie auch mit Privaten, wenn sie ihre Liegenschaften oder Wohnungen vermieten, solche oder solche Mieter haben. Genauso geht es der Stadt Wien auch. Wir haben natürlich rechtzeitig eingegriffen, als wir erkannt haben, dass es Probleme gibt. Natürlich haben wir, wie das auch üblich ist, versucht, mit dem Generalpächter ein Gespräch zu führen und eine konsensuale Lösung herbeizuführen. Das ist leider nicht gelungen. Ich glaube, seine Unwilligkeit ist ausführlich aktenkundig dokumentiert, und ich glaube nicht, dass wir uns da irgendwas zu Schulden haben kommen lassen.

Was wir gemacht haben, ist, schon mit Ende des Jahres die Verwaltung vom Wiener Hafen auf die WGM zu übertragen, weil sie dadurch auch näher in der Ver-

waltung der Donauinsel ist. Was mir ein Anliegen ist, ist, dass die Donauinsel, der grüne Inselbereich, die Copa Cagrana und auch die Sunken City in der Verwaltung zusammengeführt werden, um hier natürlich Nutzungs- und andere Synergien zu haben.

Wir haben ja Gott sei Dank auch einen sehr vorbildlichen Pächter auf der anderen Uferseite. Auf der Sunken-City-Seite funktioniert das ja wunderbar und da sieht man, wie man mit ein bisschen gutem Willen und Kooperationsbereitschaft etwas sehr Schönes aus diesem Bereich machen kann.

Wenn die gerichtliche Auseinandersetzung über die Bühne ist, und ich hoffe, dass das bald der Fall ist, dann wird es dort natürlich eines neuen Konzeptes bedürfen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich bin der Meinung, dass es dort weniger Gastronomie als es derzeit der Fall ist, geben soll und dass die möglicherweise ganzjährig geführt werden könnte. Dass man einfach diese Baracken, die dort sind, glaube ich, keiner Nachnutzung zuführen kann, das ist kein Geheimnis, das wird man nicht so stehen lassen können. Aber natürlich im Detail habe ich jetzt noch keine fertige Planung. Wir sind natürlich gerade dabei, das auch vorzubereiten. Mir geht es einfach darum, dort die Qualität zu heben, bessere Qualität dort zu haben und das auch für die vielen Anrainer und Anrainerinnen, die es jetzt mittlerweile gibt, auch attraktiv zu machen.

Was ich auf keinen Fall dort haben will, sind zum Beispiel Diskotheken, weil wir auch sehr viele Lärmbeschwerden in diesem Bereich haben, weil seit der Eröffnung der Copa Cagrana vor vielen, vielen Jahren und heute viel Wohnbevölkerung dazugekommen ist, wo wir jetzt einfach Nutzungskonflikte haben.

Also ich glaube, es gibt eine ganz klare Richtung, die heißt, einfach bessere Qualität, nicht unbedingt mehr Lokale - es gibt ja teilweise bis an die 20 Pächter -, aber die in einer besseren Qualität mit einer möglichen ganzjährigen Nutzung, wenn sich das wirtschaftlich rentiert. Ich glaube, dass es dort möglich wäre. Es ist ja gerade der Turm dahinter in Bau und ich bin der Meinung, dass es dort wirklich eine schöne und moderne Gestaltung geben soll, die wirklich einer Waterfront, wie sie dort sein könnte, alle Ehre macht und nicht, so wie es jetzt ausschaut, wie ein Schandfleck der Stadt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt GRin Dipl.-Ing. Gretner. Ich bitte darum

GRin Dipl.-Ing. Sabine **Gretner** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin, Sie haben jetzt schon einiges über ein zukünftiges mögliches Konzept gesagt. Es wird ja dort auch noch weitere Bauprojekte geben. Also Österreichs höchste Türme werden ja da in Kürze in den Himmel wachsen.

In welchem Verhältnis stehen Ihrem Gefühl nach, so wie Sie das jetzt beschrieben haben, der Freiraum, Grünraum und diese urbane Kante. Haben Sie da schon irgendwelche Vorstellungen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr. StRin Mag. Ulli **Sima**: Wir haben ja dort die besonderen Herausforderungen, dass es ja ein Hochwas-

erschutzgebiet ist. Das heißt, ich glaube, dass wir bei einer neuen Bebauung auch wirklich tatsächlich darauf mehr Rücksicht nehmen müssen, denn das Problem, das wir hatten, ist, dass wir in den letzten Jahren wirklich jedes Jahr ein Hochwasser hatten. Das heißt, alle Lokale, die ganz nah am Wasser sind, wurden mehr oder weniger jährlich geflutet. Das ist in manchen Jahren nicht und in manchen Jahren intensiver. Ich glaube, wenn man auf Qualität setzen will, dann muss man sich irgendetwas überlegen, dass man eventuell etwas höher hinauf-rückt. Das würde dann automatisch bedeuten, dass es auch mehr Freiräume in diesem Bereich gibt. Für meinen Eindruck ist die Copa Cagrana auch, sagen wir einmal, sehr betonintensiv gestaltet. Das war wahrscheinlich vor 20 Jahren sicher State of the Art. Das ist es wahrscheinlich heute nicht mehr. Also ich glaube, dass man sich diesen ganzen Bereich in seiner Gesamtheit anschauen muss. Wir haben auch noch das Problem mit diesem halben Schuh-Ski-Bau, der dort auch noch herumsteht und jetzt auch nicht wahnsinnig attraktiv und hübsch ist. Also ich würde das wirklich nutzen, um einen kompletten Neuanfang dort zu versuchen, wo man dann wirklich eine moderne und zukunftsweisende Sache hat, wo wirklich Leute hingehen und sagen, wow, das schaut irgendwie toll und cool aus und passt zu einer modernen Stadt. Es passt auch zu der Hintergrundkulisse, denn jetzt merkt man ja wirklich, dass die beiden sozusagen aus verschiedenen Zeitaltern kommen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage wird von GR Ing. Guggenbichler gestellt.

GR Ing. Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben ja sehr plakativ gezeigt, wie der Zustand an diesem Ort in Wien leider Gottes ist. Und das, was Sie uns hier mit Ihren Bildern gezeigt haben, ist ja nicht etwas, was gestern entstanden ist, sondern was ja anscheinend schon über Monate und Jahre gehen muss.

Ich habe eine Frage an Sie, nämlich weil Sie jetzt die Nachnutzung angesprochen haben, das mag vernünftig sein: Was glauben Sie, was wird es die Stadt kosten, dieses neue Projekt umzusetzen, und was glauben Sie, wird es die Stadt an Gerichtskosten und Verfahrenskosten kosten, die auf Grund Ihres verspäteten Einschreitens entstanden sind? Danke sehr.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr. StRin Mag. Ulli **Sima**: Also es gibt kein verspätetes Einschreiten, sondern wir haben das sehr ordentlich gemacht, denn wie bei jedem Prozess muss man die Dinge natürlich auch dokumentieren. Man kann nicht irgendwie am Donnerstag sagen, ich will am Freitag klagen, sondern man muss das vorher ordentlich dokumentieren und aufbereiten und, wie gesagt, das Gespräch mit den Pächtern natürlich suchen, weil wir immer in erster Linie an einer einvernehmlichen Lösung interessiert sind, im Sinne sozusagen der Bewohnerinnen und der Bewohner der Stadt, auch im Sinne der Kosten.

Von den Kosten des zukünftigen Projekts wäre es einfach noch zu früh, darüber zu sprechen. Da kann ich nicht einmal irgendwelche Zahlen ins Blaue sagen. Die

Gerichtskosten, wie hoch die sind, das wird sich dann weisen. Das ist auch zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr schwer abzuschätzen. Es kommt darauf an, wird berufen, in welche Berufungsinstanzen, und so weiter. Sobald es dann eine Zahl auf dem Tisch gibt, können wir sie Ihnen dann gerne vorlegen. Ich glaube, dass das ein gut investiertes Geld für eine schönere Zukunft an der Copa Cagrana ist, die wir uns, glaube ich, alle gemeinsam wünschen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 4. Zusatzfrage stellt GR Dipl-Ing Stiftner. Bitte schön.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich denke, gut investiertes Geld ist ein solches, das den Menschen in Wien zugute kommt und nicht irgendwelchen Gerichtsgebühren. Ich glaube, da ist viel daneben gegangen und das, was hier passiert ist, ist genau ein Zeichen, wie Sie es auch gesagt haben, nämlich ein Schandfleck. Das ist Ihr Wort gewesen, das Sie hier zitiert haben und das ich jetzt folglich auch wiedergeben kann, dass ein Schandfleck hier in Wien entstanden ist. Das zieht sich ja weiter, dass die gesamte Donauinsel eigentlich mehr einem Verwahrlosungsprozess unterliegt. Wir haben viele Beschwerden von Bürgern, die dort versuchen, ihre Freizeit zuzubringen und einfach nicht immer in der Qualität vorfinden.

Ganz konkrete Beschwerden gibt's um die Toiletteanlagen bei den Badeplätzen. Ich frage Sie deshalb: Wann werden Sie dort wirklich hygienische Zustände erzielen können, dass Toiletteanlagen entsprechend unserem kulturellen Niveau auch bei den Badeplätzen gegeben sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrter Herr Gemeindevater!

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich sehr oft auf der Donauinsel, privat, am Wochenende. Ich liebe die Donauinsel, es ist wunderschön. Es ist wirklich wunderschön und ich bin eigentlich immer sehr stolz auf meine Abteilungen, weil obwohl sie 21 km lang ist, ist die Donauinsel unglaublich sauber. Das, finde ich, wird sehr gut gemacht. Wir haben das ganze Mistkübelkonzept im heurigen Jahr umgestellt. Wir haben mit dem Info-Inselservice, die auf E-Fahrrädern unterwegs sind, auch eine sehr gute Ansprechstelle für die Menschen geschaffen, wenn es irgendwelche Beschwerden gibt. Jeder Mistkübel ist jetzt auch mit einer Nummer und einer Telefonnummer versehen worden, wo man anrufen kann, wenn es irgendwelche Sauberkeitsbeschwerden gibt.

Bei den WC-Anlagen ist es leider so, dass wir historisch dort ein sehr umfangreiches WC-Anlagensortiment von denen, die damals offensichtlich zeitgemäß waren, auf jedem Kilometer vorfinden und die von den Menschen nicht sehr gerne genutzt werden. Deswegen haben wir angefangen, diese alten Anlagen zu schließen und neue, selbstreinigende Anlagen zu installieren. Wir haben letztes Jahr ein Pilotprojekt beim Kinderbadebereich, beim Familienbadestrand gestartet, was sehr gut funktioniert hat, und werden heuer, wir haben es im

letzten Ausschuss gehabt, Sie werden sich sicher noch erinnern, drei weitere Anlagen auf der Donauinsel installieren. Was sicher nicht sein wird, ist, dass wir eins zu eins austauschen, weil einfach die Anlagendichte eine zu hohe ist. Wir haben weiters viele Verträge auch mit Privaten abgeschlossen, mit privaten Gasthäusern, wo die öffentliche Nutzung durch ein kleines Entgelt, das wir zahlen, dann auch gewährleistet ist.

Wir haben im letzten Jahr auf der Donauinsel auch eine Kundenzufriedenheitsumfrage gemacht, die uns sehr, sehr gute Noten beschert hat. Und ich kann Ihnen sagen, dass abgesehen von denjenigen hier herinnen, die die Donauinsel offensichtlich aus politischen Motiven schlechtmachen wollen, ich glücklicherweise ganz, ganz selten bis nie Beschwerden bekomme, ganz im Gegenteil. Die Donauinsel wird unglaublich gut angenommen. Es gibt auf den 21 km eine ganz breite Nutzungsvielfalt, weil wir einfach viel Platz haben. Das heißt, jeder kann dort eigentlich in seinem Rahmen die Dinge machen, die er gerne machen möchte und das ist von den Wienerinnen und Wienern unglaublich gut angenommen worden und unglaublich beliebt. Und wir sorgen dafür, dass das in einem sauberen und ordentlichen Umfeld passieren kann.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 4. Frage:

Bevor wir zur 5. Frage kommen, ist es mir ein persönliches Bedürfnis, die ZuhörerInnen auf der Galerie sehr herzlich zu begrüßen. Wir haben eine Abordnung der Pensionisten der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft auf der Galerie vorhanden und, andere Generation, aus der Jugendwerkstatt des BFI aus dem 22. Bezirk ebenfalls eine relativ große Delegation. Und ich freue mich, dass Sie hier sind. Herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall.*)

Und wir kommen nun zur 5. Frage (*FSP - 02188-2011/0001 - KGR/GM*). Sie wurde von Herrn GR Dipl-Ing Martin Margulies gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (*Welche Neuerungen ergeben sich aus dem aktuellen Beschluss der Stadtentwicklungskommission über die Adaptierung der Zielgebiete des STEP 05 in Bezug auf die Stadtentwicklung generell und die Zielgebiete im Speziellen?*)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeindevater!

Zunächst zu den Zielgebieten, zur Vorgeschichte. Die Zielgebiete möchte ich als eine sehr innovative Vorgangsweise seitens der Stadtplanung und Stadtentwicklung hervorheben, hier sich auf bestimmte vereinbarte Gebiete innerhalb des Stadtgebiets zu konzentrieren, die unserer besonderen Aufmerksamkeit und besonderen Koordinationsleistungen bedürfen auf Grund von spezifischen Problemlagen, mit denen das jeweilige Gebiet konfrontiert ist oder auf Grund eines höheren Entwicklungsinteresses etwa seitens der Stadt. Das heißt, jene 13 Zielgebiete, die im Zuge des STEP 05 festgelegt worden sind, sind sehr, sehr unterschiedlich hinsichtlich

der Aufgaben, die dort zu erbringen sind und auch hinsichtlich der Bedürfnisse, mit denen man dort konfrontiert ist. Es war ja auch seinerzeit vereinbart worden, dass es eine Evaluierung geben wird, sodass man im Vorfeld auch des nächsten Stadtentwicklungsplanes feststellt, ob die Leistungen, die dort erbracht wurden, ausreichend waren beziehungsweise ob weitere solche Koordinationsleistungen und Maßnahmen erforderlich sind beziehungsweise ob hier die eine oder andere Adaptierung erforderlich wird.

Nun nach der Evaluierung sieht die Situation wie folgt aus: Die Zielgebiete City, U2-Donaustadt/Aspern Seestadt, Floridsdorf – Achse Brünner Straße, Rothneusiedl, Gründerzeitviertel/Westgürtel, Wiental, Donaukanal sowie Liesing-Mitte bleiben unverändert, und zwar hinsichtlich der Grenzziehungen sowie auch hinsichtlich der Aufgaben, die dort zu vollbringen sein werden. Es hat sich allerdings die Notwendigkeit ergeben, die Grenzziehungen hinsichtlich der Zielgebiete Favoriten/Hauptbahnhof- Arsenal, Erdberger Mais – Aspang-Gründe – St Marx sowie Donauraum – Leopoldstadt – Prater zu verändern.

Als finalisiert sind inzwischen die Zielgebiete Siemens-Allißen sowie auch das Donaufeld zu betrachten.

Außerdem gibt zwei Neuerungen: Es kommen zwei neue Zielgebiete dazu, nämlich die Zielgebiete Simmering und Zentrum Kagran. Lassen Sie mich abschließend kurz auf die spezifischen Aufgaben zu sprechen kommen, die jetzt im Bereich Simmering und Zentrum Kagran erforderlich sind.

In Simmering geht es im Wesentlichen um die Simmeringer Hauptstraße, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdient, und zwar sowohl als Einkaufsstraße als auch als Ort mit Aufenthaltsqualität und auch als potenziell verbessertes Zentrum des Lebens, der Kommunikation und der Begegnung in Simmering. In diesem Zusammenhang wird es eine Vielzahl von Aufgaben geben, die erledigt werden müssen.

Auch das Zentrum Kagran verdient besondere Aufmerksamkeit, und es wird diese in den nächsten Jahren seitens der Stadtplanung und Stadtentwicklung auch bekommen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, die Aufenthaltsqualität im Zentrum Kagran zu steigern, und das bedeutet in diesem Fall auch, besonderes Augenmerk auf die Qualität, die Nutzbarkeit und die Zugänglichkeit des öffentlichen Raumes zu legen. Ich bin überzeugt davon, dass es für die lokale Bevölkerung, insbesondere für Tausende von Menschen, die das Zentrum Kagran täglich entweder zum Einkaufen oder auch auf dem Weg zur Schule oder zur Arbeit nutzen, von besonderer Bedeutung sein wird, dass hier die Aufenthaltsqualität gesteigert wird.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für diese Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Mahdalik. Ich ersuche ihn darum.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ein wichtiges Stadtentwicklungsgebiet ist das Flugfeld Aspern, das sich zumindest vom Aspekt der U-Bahn-Technik in Entwicklung befindet. Diesbezüglich hat es in

den letzten Tagen einen Beschluss gegeben, dass eine Spange beziehungsweise Erschließungsstraße von der A23 zumindest bis zum Flugfeld gebaut wird. Darüber sind wir teilweise froh. Aber ich glaube, der Jubel der Stadtregierung über eine optimale Anbindung des Flugfeldes ist leicht übertrieben, weil die Leute nach wie vor im Stau stehen werden.

Man muss sich das nur ansehen. Heute in der Früh sind die Autos auf der Tangente von der Anschlussstelle Hirschstetten bis nach Breitenlee und Süßenbrunn zurück gestanden. Wenn jetzt diese Erschließungsstraße gebaut wird, dann können sich die Leute am Knoten Hirschstetten anstellen und ein paar Kilometer nach hinten stauen, und daher fürchte ich, dass sie wieder durch die alten Ortskerne fahren werden. Darum meinen wir, dass diese Erschließungsstraße zu wenig ist und dass eine richtige Spange von der A23 über Hirschstetten, Aspern und Eßling zur zukünftigen S1 notwendig wäre.

Daher frage ich Sie: Wie sehen im Moment die Planungen der Stadt Wien für den Bau der Nordostumfahrung, der S1 inklusive Lobauquerung aus? Wie stehen Sie zu einer richtigen Spange von der A23 zur zukünftigen S1, weil diese Spange und diese S1 die einzige Möglichkeit wären, die A23 wirklich zu entlasten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zweifelsohne verfolgen wir alle dasselbe Ziel! Uns ist es ein sehr großes Anliegen, dass der Verkehr mitten durch Wiener Stadtgebiete und ganz besonders durch den extrem belasteten 22. Bezirk nicht zunimmt. Wir befürworten alle Maßnahmen – davon gehe ich einmal aus –, die dazu angetan sind, die Verkehrsbelastung beziehungsweise die Verkehrslawine, mit der mehrere Ortskerne des 22. Bezirkes derzeit konfrontiert sind, zu verringern und hier die notwendige Entlastung zu erreichen.

Worüber wir uns wahrscheinlich nicht einig sind, ist, welche die geeigneten Maßnahmen sind, um das zu erreichen. Ich habe mehrfach wiederholt, dass ich die Entwicklungen mit einer sehr gesunden Portion Skepsis betrachte. Wenn zusätzlich neue Straßen in der Region errichtet werden, müssen wir zumindest befürchten, dass diese neuen Straßen unter Umständen nicht die Entlastung bringen, die wir uns alle erhoffen, sondern im Hinblick auf den Mangel an brauchbaren Öffi-Anbindungen zwischen Wien und dem Umland unter Umständen sogar noch mehr Autos nach Wien ziehen. Wenn nämlich sehr viele Pendlerinnen und Pendler in der Früh die Situation abschätzen und noch und nöcher sehr gut ausgebaut Straßen, aber keine entsprechend guten, schnellen, bequemen Öffi-Anbindungen vorfinden, dann ist vollkommen klar, wofür sie sich entscheiden werden, nämlich wahrscheinlich eher für die Straße und nicht für das Öffi.

Jetzt konkret zu Ihrer Frage: Wesentlich für die Stadt ist, dass Aspern erschlossen wird, und zwar durch eine stadtverträgliche Straße, die auch eine wesentliche Ent-

lastung für einige derzeit sehr belastete Ortskerne des 22. Bezirkes mit sich bringen wird und die darüber hinaus auch bedeutet, dass Aspern als neue Siedlung der Stadt, die noch dazu zu den größten Europas gehört, auf eine sehr brauchbare, schnelle und vor allem auch hochleistungsfähige Art und Weise erschlossen wird. Aspern wird nämlich nicht nur ein Wohngebiet sein, sondern es wird darüber hinaus auch ein Gebiet zur Ansiedlung von Betrieben sein, und daher ist zweifelsohne eine brauchbare Erschließung durch eine Straße dieser Qualität erforderlich.

Abgesehen davon ist natürlich auch der Ausbau der U2 vorangetrieben worden, so dass zu dem Zeitpunkt, zu dem die ersten Bewohnerinnen und Bewohner Aspern besiedeln werden, auch schon die U2-Endstation in Aspern vorzufinden sein wird.

Was ebenfalls nicht zur Diskussion steht, sondern, wie ich meine, auch eine Selbstverständlichkeit ist, ist logischerweise die Erschließung Asperns bis zum Knoten Raasdorf. Auch dafür hat sich die Stadt eindeutig verpflichtet, und das wird auch entsprechend den Vereinbarungen, die jetzt mit dem Infrastrukturministerium getroffen wurden, umgesetzt werden.

Die Frage, inwieweit der Regionenring, noch dazu in der aktuellen Trassenführung, eine gute Entscheidung oder eine weniger gute Entscheidung ist, ist ausdiskutiert worden, und es ist vermutlich hinlänglich bekannt, dass ich diesbezüglich eine sehr kritische Haltung habe. Meine Befürchtung ist, dass der Regionenring insbesondere in der Trassenvariante, die derzeit favorisiert wird, sehr viel mehr Verkehr nach Wien ziehen wird, ganz besonders auch aus dem Marchfeld, wo wir, wie gesagt, bis auf Weiteres auch nicht mit entsprechenden öffentlichen Anbindungen rechnen können.

Darüber hinaus würde das auch bedeuten, dass ein Autobahntunnel mitten durch den Nationalpark Lobau errichtet wird. Dazu kommt auch, dass ein solches Unterfangen auch aus bautechnischer Sicht mit erheblichen Risiken und auch Kosten verbunden ist. Man kann heute relativ schwer abschätzen, von welchen Kosten wir hier sprechen. Allerdings fällt, wie Sie wissen, genau dieser Bereich der Entscheidungen nicht in den Kompetenzbereich der Stadt Wien. Das heißt, die Stadt hat hier unterschiedliche Einschätzungen, und es ist, wie gesagt, auch bekannt, was meine Meinung dazu ist. Es ist aber letztlich die Zuständigkeit der ASFINAG und des Bundes, eine Entscheidung zu treffen, wann das verwirklicht wird und wie es finanziert wird. So gesehen, harren wir alle bei unterschiedlichen Einschätzungen, ob das Ganze mehr oder weniger Sinn macht, der Dinge, die in den nächsten Jahren kommen werden.

Wichtig ist jedenfalls, seitens der Stadt alles zu tun, damit Aspern sowohl in Richtung S1 als auch in Richtung Rest der Stadt in einer guten, klugen, qualitätsvollen Art und Weise erschlossen wird, und das noch dazu rasch und mit einer finanziellen Lösung und Regelung, die zum Vorteil der Stadt ist. Das wird so rasch wie nur möglich erfolgen, und ich erhoffe mir auf alle Fälle daraus, dass auf diese Art und Weise, wie gesagt, zunächst eine Entlastung für einige sehr belastete Ortskerne im 22. Bezirk

kommen wird.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Zusatzfrage. Die 2. Zusatzfrage wird vom GR Ing Mag Dworak gestellt. Ich ersuche darum.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin!

Ich habe bereits in der entsprechenden Sitzung eine Äußerung zur Evaluierung des STEP 05 getroffen, möchte aber nochmals einiges präzisieren.

Zuerst geht es mir um die sogenannten abgeschlossenen Gebiete wie etwa Siemens-Allißen. Wenn ich den Bericht zum STEP 05 aus dem Jahr 2010 lese und dann vergleiche, was dort geschrieben steht, dann frage ich mich schon, ob die Stadt Wien nicht mit den betroffenen Bezirksbürgern beziehungsweise Unternehmungen spricht, denn im Abschlussbericht steht etwas total anderes als das, was noch vor einem Jahr angekündigt wurde! Sie waren damals nicht dafür zuständig, aber Herr Kollege Margulies könnte ja eventuell auch in der Klub-sitzung nachfragen, was betreffend STEP 05 sowieso intern besprochen wurde.

Nun aber zurück zu meiner Frage. Sie haben im Jänner angekündigt, dass Sie zum Thema Überbauung des Franz-Josefs-Bahnhofs und Erweiterung des Gebiets der dann ehemaligen WU nähere Planungen vornehmen und eine Stadtteilplanung machen wollen. Warum ist das im STEP 05 im Hinblick auf 2011 nicht enthalten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte Frau Vizebürgermeisterin!

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Vorweg eine kleine Erläuterung: Wenn ein bestimmtes Gebiet nicht mehr als Zielgebiet ausgewiesen wird, dann heißt das noch lange nicht, dass dort nichts geschieht und weitergeht, sondern das bedeutet nur, dass die besondere Koordinationsleistung, die dort erforderlich ist, nicht mehr in einer solchen Intensität gegeben ist und dass dort jedenfalls wesentliche Aufgaben erledigt wurden. Selbstverständlich wird aber daran weitergearbeitet!

Ich halte es für klug und gut, dass die Stadt sich gewisse Schwerpunktsetzungen selbst gibt. So wird Klarheit sowohl für die Stadtverwaltung selbst als auch für die Politik als auch für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die zu Recht wissen wollen, wo die Hot Spots der Stadt, also jene Orte liegen, an denen besonders gearbeitet wird und betreffend welche wir in den nächsten Jahren entweder mit verstärkten Problemlösungen oder mit stärkeren Veränderungen rechnen müssen.

Jetzt komme ich zu Ihrer eigentlichen Frage: Ja. Überlegungen hinsichtlich des Areals des Franz-Josefs-Bahnhofes sind sehr, sehr spannend. Das Ganze ist nicht nur deshalb sehr spannend, weil es mitten im 9. Bezirk liegt und derzeit noch eine Barriere zwischen dem 9. Bezirk und dem Kanal darstellt, sondern weil es bei einer Neugestaltung ein Tor werden könnte, das weit darüber hinaus führt. Die Stadt wächst und wächst und wächst, und wie wir alle wissen, brauchen wir neue Areale, die wir erschließen können, die wir auch für Wohn-

bauzwecke nutzen können, wo wir die Möglichkeit haben, nachzuverdichten und ausreichend neue Wohneinheiten entstehen zu lassen, sodass wir die innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte bis auf zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner anwachsende Stadtbevölkerung unterbringen können.

Daher ist es mir ein sehr großes Anliegen, dass es zu einer Lösung für den Franz-Josefs-Bahnhof kommt und dass dort nicht nur ein Büroviertel und ein Universitätsviertel, sondern insbesondere auch ein neues Wohnviertel entstehen, in welchem nach meinen Schätzungen, wenn ich mich jetzt nicht irre, für bis zu 9 000 Personen neuer Wohnraum geschaffen werden könnte. Allerdings ist die Frage, wie und ob wir den Franz-Josefs-Bahnhof neu entwickeln können, sehr stark von der Entscheidung der ÖBB abhängig, ob nämlich der Personenbahnhof dort vor Ort bleibt oder ob – was ich sehr hoffe! – der Personenbahnhof verlegt wird, sodass wir die Möglichkeit und die Chance haben, die Betonplatte abzureißen und auf diese Art und Weise Wohnbau zu ermöglichen.

Zur Präzisierung für diejenigen, die sich bisher damit noch nicht so sehr beschäftigt haben: Wenn der Personenbahnhof und die Platte dort bleiben, dann ist es unmöglich, dort Wohnbau unterzubringen, und zwar wegen der Vibrationen, die zwar unmerkbar sind, trotzdem aber auf Grund der Regelungen, die es für den Wohnbau gibt, diesen dort leider verunmöglichen.

Die Stadt befindet sich seit einigen Monaten in einem Dialogprozess mit den Investoren, die die verschiedensten Eigentums- und/oder Pachtverhältnisse auf der Platte haben, und ganz besonders mit den ÖBB. Dazu muss man auch sagen, dass es auf Grund der besonderen Struktur der ÖBB, die in diesen Gesprächen ja mit mehreren Unternehmen gleichzeitig vertreten sind, mehrere Ansprechpartner auch seitens der ÖBB gibt, die man diesbezüglich unter einen Hut bringen muss. – Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich keine Lösung ab. Wir sind allerdings dran, und wir sind guter Dinge, dass es zu einem guten Abschluss dieser Gespräche kommt.

Das ist der Grund, warum sich ein derartiges Zielgebiet zunächst nicht in unseren Unterlagen findet, denn bevor klar ist, was dort überhaupt entstehen kann, macht es natürlich wenig Sinn, das Ganze als Zielgebiet zu definieren. Ich gebe allerdings zu bedenken, dass ja der nächste Stadtentwicklungsplan ansteht und dass es im Vorfeld der Überlegungen zu diesem nächsten Stadtentwicklungsplan auch die eine oder andere Klärung wegen des Franz-Josefs-Bahnhofs geben wird. Dann können wir alle gemeinsam natürlich Überlegungen hinsichtlich neuer Zielgebiete anstellen und diese diskutieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 3. Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing Margulies. – Bitte schön.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben es eben angesprochen: Wir befinden uns schon in der zweiten Hälfte des STEP 05. 2015 wird es wahrscheinlich einen neuen Stadtentwicklungsplan geben, der gerade in dieser Zeit für Wien wichtig ist. Wien wächst ständig, es werden bis zu zwei Millionen Einwohner und Einwohnerinnen prognostiziert.

Es ist jetzt ein Grundlagenbericht zur Adaptierung der Zielgebiete erschienen, und dahin gehend auch meine Frage: Welche Auswirkungen hat dieser Grundlagenbericht zur Adaptierung der Zielgebiete auf den kommenden Stadtentwicklungsplan?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich glaube, kaum ein Fragenkomplex bewegt uns alle in dieser Stadt so sehr wie die Fragen: Was geschieht in meiner Wohnumgebung? Wie verändert sich meine Lebensumgebung im nächsten Jahrzehnt? In welcher Stadt werde ich leben? In welcher Stadt werden meine Kinder ab jetzt in 20 oder 30 Jahren aufwachsen?

So gesehen ist die Erstellung des anstehenden Stadtentwicklungsplanes eine sehr willkommene und wichtige Gelegenheit, um genau diese Debatte mit möglichst vielen interessierten Wienerinnen und Wienern zu führen. Die Festlegung auf die 13 Zielgebiete, so wie sie uns vorliegen, wird natürlich einer von mehreren sehr wichtigen Inputs für den anstehenden neuen Stadtentwicklungsplan sein. Aber ich möchte betonen, dass es für mich viele wichtige Inputs gibt.

Wichtig ist jedenfalls, dass wir seitens der Stadt – wenn man es so ausdrücken möchte – einen Pfad verfolgen und sozusagen ein Design für diesen Stadtentwicklungsplan entwerfen, das es sowohl der Politik, den verschiedenen Fraktionen, den Bezirken, den Bezirksvertretungen, den Bürgerinitiativen, aber auch den Tausenden von interessierten Bürgerinnen und Bürgern in der ganzen Stadt ermöglicht, sich zu informieren, was ansteht. Daraus wird dann zu entnehmen sein, was die eigene Stadtverwaltung empfiehlt, wo etwas verändert werden soll, wo verdichtet werden soll, wo zusätzliche Maßnahmen notwendig sind. Es wird aber auch die Möglichkeit bestehen, sich kritisch einzubringen, sodass am Ende der neue Stadtentwicklungsplan ein Produkt ist, von dem man sagen kann, dass er mehr Klarheit für alle darüber bringt, wo sich in den nächsten Jahrzehnten etwas verändern wird. Es wird aber hoffentlich auch mehr Zustimmung und jenen Konsens geben, der notwendig ist, um größere Veränderungen in sehr vielen Gebieten Wiens herbeizuführen, was ja im Sinne unserer Stadt wesentlich ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Frau Vizebürgermeisterin! Ich danke für die Beantwortung der 5. Frage. Damit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Statt Kriegsheldenverehrung und Ausländerhetze durch Rechte das Miteinander in Wien fördern für eine friedliche und sichere Zukunft“ verlangt.

Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt.

Ich ersuche den Erstredner, Herrn GR Dr Troch, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Dr Harald **Troch** (*Sozialdemokratische Fraktion*)

des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wenn man sich das Thema FPÖ und Heldenverehrung anschaut, dann mag sich die Frage stellen: Handelt es sich dabei um eine Auseinandersetzung mit Figuren der germanischen Heldensagen, oder geht es dabei doch um aktuellere Bezüge und um eine aktuellere Geschichte? – Ich muss feststellen – und das haben schon viele vor mir gemacht –, dass es hier einen bestimmten Kult um das sogenannte „Tausendjährige Reich“ gibt, also betreffend die Zeit, in der die deutschnationale Ideologie unumschränkt geherrscht und gezeigt hat, wozu sie fähig ist.

Ich werfe der FPÖ erstens einmal eine unsägliche Deutschtümelei vor. Ich werfe der FPÖ eine bedenkliche Nostalgie um diese Zeit ohne Gnade vor. Und ich werfe der FPÖ eine Verharmlosung der von manchen ihrer Funktionäre und Mitglieder geübten Verherrlichung historischer Tatsachen vor, für die es nach dem, wie wir Geschichte erleben mussten, kein Verständnis geben sollte.

Ich möchte bei den Fakten bleiben und kurz ein paar Tatsachen hier anführen. So endet zum Beispiel, wenn Herr Strache bei einem Commers deutschnationaler oder rechtsextremer Burschenschaften spricht, wie etwa in Wien am 21. November 2009, das Ganze natürlich mit dem Absingen aller drei Strophen des Deutschlandliedes. Man kann auf der Website der Deutschen Burschenschaft Straches sogenannte Festrede nachlesen und sieht, dass in dieser von „Volksgemeinschaft“ gesprochen wird, dass es heißt: „Wir fühlen uns dem deutschen Volk verpflichtet!“ und was sonst noch an pangermanischen Bekenntnissen abgelegt wird.

Worauf ich heute nicht verzichten will, ist ein kurzer Schwenk Richtung Amstetten: Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ kann sich nicht überwinden, der Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers in dieser Gemeinde zuzustimmen. Dazu gibt es nur die schwache Argumentation des Herrn Kickl, dass Ehrenbürgerschaften sowie so mit dem Tod eines Bürgers enden. – So etwas geht aber mitunter weit über die Grabpflege hinaus! Auch nach dem Tode von sogenannten Ehrenbürgern gibt es oft genug Verpflichtungen der Gemeinde genau diesen Ehrenbürgern gegenüber, und somit stimmt dieses Argument nicht.

Und nun zu Frau Stadträtin und Fraktionsführerin Kashofer. Sie ist ja schon bekannt. Sie ist nicht nur FPÖ-Mitglied, sondern auch Mandatarin und Funktionärin der FPÖ. Frau Kashofer ist schon 1995 aufgefallen, als sie in einem Flugblatt gemeint hatte, dass das Verbotsgesetz nur deswegen erlassen worden sei – Zitat: „um die Gebildeten unter den Kritikern mundtot zu machen“. Und sie echauffierte sich auch, dass noch heute – Zitat: „die Kriegsverlierer pausenlos zu einseitigen Schuldbekennnissen aufgefordert werden, während in Vergessenheit gerät, dass England den Krieg begonnen hat.“

Dass England den Krieg begonnen hat: Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Unglaublich!*) Um es klar zu sagen: Ich denke, die historischen Fakten sind eindeutig von der Aufrüstung des Deutschen Reiches bis zum Überfall auf

Polen. Ich denke, das ist sehr klar bewiesen.

Aber damit nicht genug. Am 22. Februar 2010 postete Frau Kashofer im Internetforum der Tageszeitung „Die Presse“: „Dass viele Österreicher glauben, keine Deutschen zu sein, ist ein gewisser Erfolg der Umerziehung.“ Hier lasse ich etwas aus. Dann geht es weiter: „Seit dem Zweiten Weltkrieg ist es politisch opportun, von einer österreichischen Nation zu sprechen, obwohl eigentlich niemand so recht weiß, was das sein soll.“ – Zitat Ende.

Hier wird also auch die übliche Deutschtümelei gelebt. Und dem kann man nur heftigst widersprechen! 1945 wurde die Republik Österreich als komplette Antithese zum national-sozialistischen Führerstaat gegründet, der rassistisch, totalitär und hetzerisch war. Es war dies ein Verbrecherregime gegenüber den eigenen Bürgern, das darüber hinaus die größte menschliche Katastrophe in der Geschichte dieses Planeten herbeigeführt hat, nämlich den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg mit über 60 Millionen Toten.

Am 8. Mai 2011 begingen verschiedene Korporationen einen Heldengedenk- beziehungsweise Totengedenktag. Und was ich mir daran zu kritisieren erlaube, ist das undifferenzierte Totengedenken, das einfach mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und den Leiden vieler Menschen nicht geteilt werden kann. Wenn es hier bei diesem Ereignis von Rednern heißt – Zitat: „unter allen Fahnen Millionen von Soldaten und Zivilisten ihre Pflicht erfüllt haben, so wie es ihre jeweiligen Staaten von ihnen eingefordert haben“, dann denke ich mir: In diesem Weltkrieg hat es tatsächlich Gut und Böse gegeben. In diesem Weltkrieg haben verschiedene Seiten für verschiedene Ziele gekämpft. In diesem Weltkrieg sind viele, viele unschuldige Menschen verhaftet, abgeführt, gequält und hingerichtet worden.

Und ich denke mir, es ist überhaupt nicht angebracht, undifferenziert aller Toten zu gedenken. Es hat eine ganze Anzahl von Kriegsverbrechern gegeben, und einige davon wurden nach dem Zweiten Weltkrieg abgeurteilt und sogar hingerichtet. Auch das waren Teilnehmer an diesen geschichtlichen Ereignissen beziehungsweise Kriegereignissen, und sie waren auch an der Verursachung von Toten und von Todesfällen beteiligt, und all das kann nicht undifferenziert betrachtet werden. Da gibt es ganz einfach auch Schuld, und dieser Schuld müssen wir uns moralisch und juristisch stellen.

Das heißt, ein undifferenziertes Gedenken im Sinne von Pflichterfüllung, womit man vieles kaschieren kann, und diese Grauzone bis hin zur Verharmlosung oder Verherrlichung eines verbrecherischen Regimes, können einfach nicht hingenommen werden. Vielmehr muss man sich damit entsprechend historisch, politisch und moralisch auseinandersetzen.

Ich würde der FPÖ empfehlen, sich mehr an Helden wie Graf von Stauffenberg oder Rosa Jochmann zu orientieren. Es würde Ihnen gut tun, sich da einiges anzuschauen und weniger Zeit für Ihre Art der Heldenverehrung aufzuwenden!

Herr Strache hat sich kurzfristig auf Grund unaufschiebbarer Termine für den 8. Mai 2011 entschuldigen

lassen. Gerüchte lauten, er sei in Griechenland gewesen, und zwar deshalb, um im Rahmen eines Lokalausgangs zu studieren, wie es dort mit den Schulden und dem Abbau von Schuldenbergen aussieht. – Kärnten hat auch einen solchen Schuldenberg, und offensichtlich traut Herr Strache seinen Kärntner Freunden und Kameraden nicht mehr zu, das Kärntner Finanzdesaster selbst zu lösen und herauszufinden, wie Kärnten aus diesem unsäglichen Finanzsumpf, aus diesen ernstesten Problemen, die dieses Bundesland hat, herauszukommen!

Ich kann Ihnen nur sagen: Wo Sie regieren, wo Blau regiert, werden Desaster unsäglichen Ausmaßes verursacht, egal, ob ich jetzt an Kärnten, an Grasser oder Meischberger denke. Die Wahrheit kommt langsam ans Tageslicht, und ich meine, vor solchen Desastern beziehungsweise weiteren Desastern sollen Wien und Österreich bewahrt werden! – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Marek zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Für die ÖVP-Wien stehen Lösungen für die Herausforderungen und Probleme in dieser Stadt auf der Tagesordnung und kein verklärter Kriegskult, wie politische Mitbewerber ihn betreiben.

Selbstverständlich ist für uns die Geschichte unserer Stadt und unseres Landes – das möchte ich hiermit ein für alle Mal klarstellen – wesentlicher Bestandteil unseres Selbstverständnisses, denn nur wer sich seiner Wurzeln bewusst ist, weiß, wo er steht.

Wir gedenken stets jener, die Menschlichkeit in die dunklen Tage des Krieges und der absoluten Unmenschlichkeit gebracht haben.

Wir sind uns der Geschichte unserer Stadt und unseres Landes wohl bewusst und beschäftigen uns damit auch kritisch, und umso mehr wir uns mit unserer Geschichte befassen, umso deutlicher zeigt sich, dass, obwohl man oft das geflügelte Wort „jede Zeit hat ihre Helden“ hört, die heldenhaftesten Taten jene sind, die sich aus Nächstenliebe, Mitgefühl und Zivilcourage ergeben.

Wir spielen aber auch nicht mit den Chiffren des Klassenkampfes und lassen uns auch nicht auf das Duell Rechts gegen Links, FPÖ gegen SPÖ, ein. Meine Damen und Herren – ich möchte es wirklich so bezeichnen – von den Duellfraktionen! Es ist leicht durchschaubar, welches Spiel Sie hier spielen und mit welchen Mitteln Sie versuchen, politisches Kapital und Kleingeld zu schlagen. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Menschen haben die ständige Hetze satt, sowohl in die eine als auch in die andere Richtung! Die FPÖ hetzt gegen die Migranten, und die SPÖ agitiert gegen das Kapital und jene, die es erwirtschaften. Aber noch viel mehr hetzen

Sie, meine Damen und Herren von FPÖ und SPÖ, sich gegenseitig in ein politisches Klima, das durch Angstmache, Aggression und Neid beherrscht wird.

Das wollen wir nicht! Wir wollen einen Dialog darüber, wie die Probleme des Zusammenlebens in unserer Stadt gelöst werden können, wie wir es schaffen, eine leistungsfähige und leistungsgerechte Gesellschaft zu verwirklichen, und wie wir es schaffen, dass alle, die das wirklich wollen, eine Chance zur persönlichen und ökonomischen Entwicklung bekommen.

Meine Damen und Herren! Es ist wichtig, dass wir den Helden unserer Zeit mehr Gehör verschaffen. Es ist wichtig, dass alle Menschen in dieser Stadt Bildungsgewinner werden und einen Arbeitsplatz haben, von dem sie gut leben können. Es ist wichtig, dass alle Unternehmen in dieser Stadt qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden und optimale Standortbedingungen haben. Es ist wichtig, dass wir ein Klima eines menschenwürdigen und konstruktiven Miteinander haben, in dem Leistung kein Fremdwort ist und in dem Kinder in einer liebevollen Umgebung aufwachsen können. Sichern wir uns eine friedliche und sichere Zukunft, und lassen wir die Menschen, die in Wien leben, etwas für sich und die Gesellschaft leisten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke Frau GRin Marek. Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist wichtig, zu thematisieren, dass es Kriegsverherrlicher und Holocaust-Leugner in den Reihen der FPÖ gibt, aber es ist natürlich auch eine traurige Geschichte in diesem Land, die wir zur Genüge kennen. Man könnte jetzt lange Listen von rechtskräftig Verurteilten vorlesen, was mich immer dazu hingerissen hat, die FPÖ als etwas zu bezeichnen, was ich in Summe so nicht darf, was aber der Verallgemeinerung der Sprache der FPÖ entsprechen würde: Die FPÖ ist eine kriminelle Organisation. Das darf man so nicht sagen, weil man dann unter anderem einen Ordnungsruf bekommt.

Kriegsverherrlicher und Holocaust-Leugner: Ich nenne nur ganz wenige: Wolfgang Fröhlich, Susanne Winter, John Gudenus. Man müsste natürlich jedes Mal dazusagen, was da alles vorgefallen ist. Es gab rechtskräftige Verurteilungen und Haftstrafen. Und der Neueste ist Gerry Leitmann: Er lässt sich mit dem Motto der Hitlerjugend „Blut und Ehre“ tätowieren, trägt ein kurzärmeliges Leiberl und geht stolz so in die Sitzung. Er ist Gemeinderat der Freiheitlichen irgendwo im Süden des Landes.

Wer mehr über diese Holocaust-Leugner und andere Verbrecher von der FPÖ wissen will, soll sich die Internetseite „stopptdierechten.at“ ansehen. Dort findet sich eine große Liste, und ich möchte die Gelegenheit nützen, auch auf andere Verbrecher und andere moralisch bedenkliche Punkte der Freiheitlichen einzugehen.

Es ist nämlich nicht ausschließlich die Kriegsverherrlichung Ihr Problem! Sie sitzen alle hier mit so einem kleinen Grinsen. Das kennen Sie nämlich schon, das macht Ihnen nichts aus! Sie wissen, dass Sie das sind! Das nehmen Sie sogar in Anspruch, und deswegen gibt

es auch Veranstaltungen wie den 8. Mai, an dem man mit hängendem Kopf herumläuft und trauert, dass man den Krieg verloren hat. – Ich bin nicht der Einzige, der froh ist, dass Ihre – sage ich jetzt einfach – Gesinnungsgenossen den Krieg verloren haben, und ich freue mich, dass wir anschließend wieder ein demokratisches Österreich errichten konnten!

Aber ich komme jetzt zu etwas anderem, was Ihnen unangenehm ist, nämlich, dass Sie eine Partie von Abzockern und eine Partie von ganz normalen Kleinkriminellen sind. Dazu möchte ich wenigstens noch ein paar Beispiele los werden.

Herrn Meischberger kennen mittlerweile alle: 8 Millionen EUR. Frage: Was war die Leistung? Das kann ihm leider keiner beantworten. Alles Geld der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, das er dort abkassiert hat. Das Geld von Ihnen allen, die heute da sitzen und zuhören, und auch das Geld, das Leute eingezahlt haben. Er ist ein Abzocker ersten Grades, und wem gehört er? – Der FPÖ!

Nehmen wir den Nächsten, Herrn Martin Graf. – Nein! Ich sage jetzt nicht, ob der Nationalratspräsident rechtsradikal ist oder nicht, das interessiert mich gerade an dieser Stelle nicht, das ist hinlänglich bewiesen. Aber der bekommt für ein bisschen Arbeiten – FPÖ! – 200 000 EUR Abfertigung und 50 000 EUR Sonderprämie. Und bis heute konnte mir noch keiner erklären, wofür! – Das sind Abzocker von der FPÖ! Sie füllen sich ein um andere Mal die Taschen mit dem Geld der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen!

Zu den Kleinkriminellen: Ich habe einmal – aber damals war die Hälfte der FPÖler noch nicht in diesem Haus – sehr ausführlich und lange die Leute aufgezählt, die nicht! wegen eines – wie sie es immer nennen – Gesinnungsparagrafen verurteilt wurden. Es ist keine Meinung, ein Rechtsextremist zu sein, sondern ein Verbrechen. Es gab aber auch Verbrechen wie gewerbsmäßigen Betrug, einen damals 50-Millionen-Schilling-Betrug, und dafür gab es 8 Jahre Haft. Wer bekommt so etwas? – Einer, der 8 Jahre für die FPÖ im Nationalrat sitzt. Er wurde 8 Jahre rechtskräftig verknackt, Schlussurteil, keine Einsprüche, nichts mehr, fertig: Er sitzt 8 Jahre im Nationalrat, bekommt dann 8 Jahre Haft und heißt Peter Rosenstingl.

Ich komme zu Stadtrat Ferdinand Spielberger aus der Steiermark: Sexuelle Übergriffe, verurteilt, 4 Monate und 23 000 EUR Strafe hat er bekommen. Und was hat die FPÖ getan? – Sie hat im 20 000 EUR gegeben, damit er die Strafe bezahlen kann. So hat er noch eine Abfertigung bekommen und hat praktisch nichts verloren.

Ernest Windholz, Körperverletzung. Die geben sich's, aber leider nicht untereinander! Wir haben ja nicht so viel dagegen, wenn sie sich gegenseitig das Gesicht zer schneiden, aber sie geben es auch dem Rest, sie geben es anderen Leuten, und das ist nicht lustig! Körperverletzung und verurteilt: Ernest Windholz.

Harald Weiß, Landtagsabgeordneter der Freiheitlichen, pornographische Darstellungen mit Jugendlichen: All das sind Mandatare der FPÖ in diesem Land! Was bedeutet diesfalls „pornographische Darstellung mit

Jugendlichen? – Ich zitiere: „Der freiheitliche Stadtparteiobmann von Wiener Neustadt hat zugegeben, via Internet mit einer Mutter verhandelt zu haben, damit er mit ihrer Tochter, minderjährig, in Beziehung kommt.“ – Das sind diese Saubermänner, die hier sitzen und in diesem Land in Landtagen für die FPÖ sitzen! Es ist zum Erbrechen!

Wolfgang Haberler wollte da draußen ein Mandat erben: Falsche Zeugenaussage vor Gericht, Ausweise gefälscht, falsche Ausweise verwendet. Er wurde in letzter Instanz verurteilt. Er wurde nicht angeklagt und ist unschuldig, sondern er wurde in diesem Land verurteilt. Was ist er? – Ein FPÖler! Und diese Liste lässt sich sehr, sehr lange fortsetzen. Ich habe leider keine Zeit für jeden Einzelnen von Ihnen. – Wir kennen das! Da sind Sie immer schmähsad!

Heute fällt auch etwas ganz Besonderes auf: Normalerweise kommen in der Aktuellen Stunde immer zwei Leute von jeder Partei heraus, weil dies das demokratische Recht ist, und reden, heute jedoch nicht! Heute hat die FPÖ einen Einzigen gemeldet. Weil es ihnen unangenehm ist? – Das glaube ich fast nicht, leider, denn die kennen keinen Genierer! Aber heute steht nur einer da. Feig sind sie obendrein!

Das ist Punkt 4: Feig sind sie obendrein! Erst wird groß angekündigt: Der Mann mit den blauen Augen kommt auf den Heldenplatz reden. Dann ist er aber nicht da, weil er überraschend einen Auslandstermin hat. – Man kennt das: Da macht man am Morgen seinen Kalender auf, schaut hinein und sieht: Ich muss überraschend nach Kopenhagen fliegen, das habe ich am Tag vorher nicht gewusst. Überraschung! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Aber wenn es solche Überraschungen innerhalb der FPÖ gibt, dann tut es mir leid, sagen zu müssen: Sie sind nicht ernst zu nehmen! Deswegen steht das F für überflüssig, wie ich immer sage: Die überflüssige Partei, F wie überflüssig, das trifft es am besten.

Kriegsverherrlicher, Holocaust-Leugner, Abzocker, Kriminelle, ganz gewöhnliche Kriminelle und obendrein feig: Nein, die brauchen wir nicht! Schön, dass Sie nichts zu sagen haben in dieser Stadt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Mag Gudenus gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich hatte eigentlich vor, auf diesen Unsinn nicht einzugehen, aber ein paar Äußerungen des Herrn Kollegen Ellensohn schreien wieder einmal nach einem Ordnungsruf. Anscheinend gibt es bei Ihnen in der Partei ein Ranking, wer die meisten Ordnungsrufe hat, und Ellensohn scheint diese Liste anzuführen!

Er hat heute gesagt, die FPÖ sei eine Partie von Kriminellen und Kleinkriminellen. – Ich bitte, das im Wortprotokoll zu prüfen und dann einen Ordnungsruf in Betracht zu ziehen, denn das wurde gesagt und das haben wir auch so gehört. Aber anscheinend bleibt den GRÜNEN in ihrem sinnlosen Dasein in der Koalition

nichts mehr anderes übrig, als einen Kampf gegen Ge-
spenster in Form des Antifaschismus hier zu führen!
(*Zwischenruf von GR David Ellensohn.*)

Das sei Ihnen unbenommen! Die GRÜNEN sind in
der Koalition, aber sie haben weniger Einfluss als wir, die
FPÖ als Opposition in der Stadt Wien, meine sehr geehr-
ten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwi-
schenrufe bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bezüglich des
geforderten Ordnungsrufs darf ich darauf hinweisen,
dass ich gerade erst auf den Vorsitz gekommen bin, mir
daher das Wortprotokoll ansehen werde und wir danach
entscheiden werden.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Herzog ge-
meldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*):
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsit-
zender!

Auf die Bemerkungen des Herrn Ellensohn braucht
man nicht näher einzugehen. Es ist dies ein Sammelsu-
rium von Beschimpfungen, die durch die Bank mit dem
Thema nichts zu tun haben. (*GR David Ellensohn: All
das ist wahr! Widerlegen Sie das!*)

Herr Troch hat auf weiten Strecken auch nicht zum
Thema gesprochen. Er hat zum Beispiel das Thema
Heldenverehrung herausgegriffen. Dazu möchte ich
feststellen, dass von unserer Seite und von Seite aller,
die der FPÖ angehören, selbstverständlich eine sehr
differenzierte Betrachtung der Fall ist. In allen Reden
werden diese Dinge hervorgehoben. Ein Totengedenken
gilt für sämtliche Opfer von beiden Seiten, es gilt für alle
Opfer, alle Opfer sind sozusagen des gleichen Geden-
kens wert. Wir sind der Meinung, dass wir der Opfer
gedenken und nicht irgendeiner Form einer Staatsfüh-
rung, die diese Menschen verbrecherisch zu etwas ge-
trieben hat. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der
SPÖ.*)

Totengedenken, meine Damen und Herren, ist in je-
dem Land der Welt eine selbstverständliche Verpflich-
tung, und auch der Kriegsoffer und Gefallenen wird
überall gedacht.

Ich bin überzeugt, dass, wenn Sie hier einen türki-
schen Einwanderer oder einen Kroaten oder Serben
befragen, ob er imstande und bereit wäre, den eigenen
Gefallenen seines Landes eine solche Missachtung
entgegenzubringen – wohlgerne nicht der Staatsfüh-
rung, sondern den Toten! –, dieser wahrscheinlich nur
mit Erstaunen und Verwunderung auf eine solche Hal-
tung reagieren würde! Es geht darum, die Würde der
Aufbau- und Kriegsgeneration zu sichern, jener Men-
schen, die das Unglück hatten, einem verbrecherischen
Regime, einer verbrecherischen Staatsführung ausgelie-
fert zu sein, und die dann den Wohlstand in diesem Land
aufgebaut haben. Diese Menschen werden heute allge-
mein beschimpft und niedergemacht, und das lehnen wir
in aller Deutlichkeit ab! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Art des Zusammenlebens, die von den Rednern
hier bisher nicht angesprochen wurde, ist unserer Mei-
nung völlig klar: Wir treten ein für die Interessen der
Österreicher und Österreicherinnen und all jener Zuwan-

derer, die bereit sind, sich der Sprache und Kultur in
diesem Land anzupassen, für die anderen nicht. Das ist
ganz einfach! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte auch feststellen, dass zum Beispiel über
die demographische Zeitbombe, die tickt, von Seiten der
SPÖ und selbstverständlich von Seiten der GRÜNEN in
keiner Weise geredet wurde. Bgm Häupl hat erst einmal,
und zwar bei der Europaerklärung, dieses Wort in den
Mund genommen. Das heißt, das wird totgeschwiegen.

Warum werden solche Themen wie dieses behan-
delt? – Auf der einen Seite muss die SPÖ vom eigenen
Stillstand in der Regierung, auch in Wien, ablenken.
Wenn man sich die Ergebnisse des Landesparteitages
der SPÖ von gestern anhört, dann weiß man, wie es in
dieser Partei tickt! Und der Koalitionspartner, die Grünal-
ternativen, haben nichts von ihren Zielen durchgesetzt,
weder das 100-EUR-Ticket noch den autofreien Ring,
und auch Parkpickerl gibt es nicht. Und an einer großen
Lösung in Sachen Augarten sind Sie ebenfalls vorbeige-
schrammt.

Dieses Koalitionsdasein erweckt daher bei mir vor al-
lem den Eindruck, dass die GRÜNEN Mehrheitsbeschaf-
fer sind und sonst nichts. Und die GRÜNEN brauchen
halt eine Spielweise, und diese bekommen sie im Rah-
men des Antifaschismus. Da können sie sich austoben,
ohne der SPÖ wirklich zu schaden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Noch ein wesentlicher Punkt, meine Damen und Her-
ren: Gewaltausübung in Wien erfolgt eindeutig von Links.
Schauen Sie sich an, welche Aufrufe die grünalternative
Jugend von sich gibt und in welchem Ausmaß sich die
SP-Jugend daran anhängt! Die Antifaschisten haben
nach dem WKR-Ball 2009 eine Schneise der Verwüstung
durch Wien gezogen. Sie haben in der Mariahilfer Straße
und in der Wienzeile Autos zerstört und Scheiben einge-
schlagen, und für solche Fälle gibt es für die Betroffenen
keinen Versicherungsschutz. Meine Damen und Herren!
Sich das Recht herauszunehmen, mit Gewalt Ziele politi-
scher Natur durchzusetzen, das ist ein totalitärer Ansatz.
Und dieser totalitäre Ansatz ist in Wien jenen Gruppen
zuordenbar, die das eben betreiben, und diese stehen
links. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf noch etwas sagen: Ziele und Themen der
Regierenden stimmen offensichtlich mit den der Regier-
ten nicht mehr überein. Das, was Sie heute hier als
Thema in der Aktuelle Stunde einbringen, interessiert die
Arbeiter in Favoriten keinen Deut! Das muss man fest-
stellen. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der
SPÖ.*)

Es ist ganz klar festzustellen, dass es diesbezüglich
ein Auseinanderklaffen sondergleichen gibt. Ich verweise
nur auf das Kapitel Sarrazin. Ich kann jetzt nicht mehr
auf dieses Thema eingehen, möchte nur feststellen, dass
nur drei Politiker in der gesamten bundesdeutschen
Landschaft ihn verteidigt haben, bis sie feststellen mus-
sten, dass 80 Prozent der deutschen Bevölkerung seiner
Meinung sind.

In diesem Sinne appelliere auch ich an Sie: Kehren
Sie zurück zu den Themen, die die Menschen interessie-
ren. Die Themen und Probleme, die Regierende und
Regierte bewegen, klaffen auseinander, und diese

Nichtübereinstimmung gefährdet die Demokratie. Kehren Sie zurück zu vernünftiger Politik! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Tschirf gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man den Titel der heutigen Aktuellen Stunde liest, dann ist einem nicht ganz klar, ob es dabei um ein ganz wesentliches Thema, die Aufarbeitung der grausigen Kapitel unserer Geschichte, oder um Zukunftsfragen dieser Stadt geht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum einen Thema haben wir hier einiges gehört, zum anderen Thema eigentlich nichts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Frage der Kriegsheldenerverehrung und der Frage des Umgangs mit der Geschichte haben wir uns zu stellen. Man muss nur nachlesen. Gerade wenn es um die Geschichte dieses Hauses geht, möchte ich etwa die Habilitationsschrift von Franz Schausberger erwähnen. Er hat zu dem Thema geschrieben: „Ins Parlament, um es zu zerstören.“ Er beschreibt die Situation des Jahres 1932, als in SA-Uniformen hereinstürzende NSDAP-Gemeinderäte eine Saalschlacht verursachten. Und ich erinnere mich an manche ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer hat denn das Parlament aufgelöst?)*

Ich glaube, es wäre gut, sich das durchzulesen, um auch zu wissen, mit welcher Geschichte wir hier konfrontiert sind!

Oder führen wir uns die beeindruckende Rede vor Augen, die Leopold Kunschak am 9.2.1934 in diesem Haus gehalten hat, als er noch einmal versucht hat, den Brückenschlag zu finden. Wir wissen, dass danach der Bürgerkrieg ausgebrochen ist und damit die Möglichkeit für Österreich verloren gegangen ist, sich des Nationalsozialismus zu erwehren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesen Fragen haben wir uns auseinanderzusetzen! Wir kennen das Ergebnis: Es hat 27 Millionen tote Soldaten, 23 Millionen tote Zivilisten, und 6 Millionen ermordete Juden gegeben, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher war es wichtig, dass im April 1945 von den demokratischen Parteien hier ein Neuanfang gesetzt und eine Demokratie entwickelt wurde, die in der Welt ihresgleichen sucht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir uns an Gedenktagen solcher Themen annehmen. Ich würde aber auch bitten – und das wäre ein dringendes Ersuchen an die Regierung in diesem Haus – , dass man sich stärker der Zukunftsfragen annimmt, etwa der Frage, wie wir mit der Integration umgehen. Wir von der ÖVP haben uns hier in den letzten Jahren diesbezüglich immer eingebracht, ob es jetzt um die Frage der Zuwanderungskommission oder ob es um Polizisten mit Migrationshintergrund geht, hinsichtlich welche es eine gemeinsame Vorgehensweise mit den Innenministerinnen der ÖVP gab.

Wir sollten Zukunftsfragen stellen. Nur dann, wenn es uns gelingt, die europäischen, die österreichischen und

die Wiener Zukunftsfragen zu lösen, ist es sicher, dass wir nicht mehr dorthin gelangen, wo dieses 20. Jahrhundert den traurigen Tiefpunkt hatte. Es wird uns nur dann gelingen, dass es ein „Nie mehr wieder!“ gibt, wenn wir die Probleme, die in diesem Europa und in diesem Land anstehen, lösen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

So wichtig der Blick zurück und Sensibilität sind: Die Menschen verlangen von der Politik und gerade auch von dieser Stadtregierung, dass sie die Zukunftsfragen lösen. Daher hätte ich mir erwartet, dass es beispielsweise eine Mitteilung des Bürgermeisters zum Thema Integration und dazu, wie wir diese angehen, gibt. In diese Diskussion würden wir als Volkspartei uns selbstverständlich auch einbringen. Wir müssen uns die Fragen stellen: Wie gehen wir in die Zukunft? Wie gehen wir mit den wirtschaftlichen Themen und den Problemen des Arbeitsmarktes um?

Fangen Sie an! Ein halbes Jahr ist verstrichen, und die Bürger verlangen, dass die Zukunftsfragen dieses Landes und dieser Stadt gelöst werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Akkilic gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen! Werte Besucher und Besucherinnen!

Ich sage auch: „Hosgeldiniz!“ Ich glaube nämlich, es gibt auch ein paar türkischsprechende Menschen unter Ihnen!

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist deshalb sehr notwendig, weil die Einflüsse einer bestimmten Gesinnung in der Geschichte sich heute nach wie vor fortsetzen, und zwar im Punkte Migration, AusländerInnenfeindlichkeit – wie ich jetzt einmal sage – und Rassismus. Es gibt ganz klar Rassismus. Es gibt in diesem Land eine bestimmte Partei, die diesen betreibt. Ich bedaure es sehr, immer wieder die bestimmte Partei ansprechen zu müssen. Aber die Freiheitliche Partei bricht immer wieder aus diesem Konsens des guten Zusammenlebens aus und macht bestimmte Bevölkerungsgruppen zur Zielscheibe.

Ihr Umgang mit der Geschichte ist immer eine Verfälschung und eine Verdrehung der Tatsachen. Herr Herzog! Sie werfen Täter und Opfer in einen Topf, ohne zu unterscheiden. Die Täter des Zweiten Weltkrieges gehören verurteilt. *(GR Johann Herzog: Sie wurden verurteilt!)* Und sie müssen auch heute ideologisch nach wie vor bekämpft werden. Ihre Amstettner Kollegen haben das aber nicht gemacht.

Ein gerechter Umgang mit der Geschichte bedeutet, dass wir auch die Migrationsgeschichte erörtern, und somit bin ich bei der Integrationsfrage und Migrationsfrage, und das ist es ja auch, was den KollegInnen von der ÖVP fehlt. Der Umgang mit der Migrationsgeschichte fordert uns heraus, und wir müssen genauer darstellen und wissenschaftlich untersuchen, was eigentlich seit den 1960er Jahren in diesem Land geschehen ist.

Es handelt sich nicht nur um einen Import von Ar-

beitskräften, die nach Österreich angeworben und nach Österreich gebracht wurden, weil der Arbeitsmarkt Arbeitskräfte gebraucht hat. Sie stellen in Ihren Ausführungen immer dar, die Ausländer seien von selbst gekommen. Das ist Ihr Zugang zur Politik: Sie machen damit die Migranten und Migrantinnen zur Zielscheibe, und Sie stellen sie als böse Kräfte in diesem Land dar, wenn es um Arbeitslosigkeit oder Kriminalität geht! Wenn dann aber mein Kollege David Ellensohn mit kriminellen Beispielen aus den Reihen der FPÖ kommt, verlangen Sie einen Ordnungsruf! Diesbezüglich sind wirklich Ehrlichkeit und Anstand geboten!

Wir sind der Meinung, dass seit den 1960er Jahren nicht nur Arbeitskräfte ins Land gekommen sind, sondern dass diese Entwicklung zu einer wahnsinnigen Veränderung in der österreichischen Gesellschaft geführt hat: Diese Gesellschaft ist, wie ich meine, nicht in Inländer und Ausländer geteilt, sondern es ergibt sich ein gesamtes Bild, und das gesamte Bild bedeutet, dass wir einander in unserem Zusammenleben immer näher kommen, dass wir auch sogenannte Migranten und Migrantinnen zu Lebens- beziehungsweise EhepartnerInnen haben. Und auf Grund dessen darf diese Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern nicht mehr stattfinden.

Diese Geschichte muss auch in unser Bildungssystem Eingang finden. Diese Geschichte muss an die Kinder und Jugendlichen herangebracht werden, denn ich weiß, dass im Verborgenen die Geschichte bei den einen so erzählt wird: Die Österreicher mögen unsere schönen Augen und Augenbrauen nicht, sondern unsere Arbeitskraft. Und die anderen sagen: Wir haben die nie gebraucht, die sind von selber gekommen!

Beide Darstellungen sind falsch! Die richtige Darstellung wäre: Wir brauchen einander zum Zusammenleben! – Darauf müssen wir aufbauen.

Das ist die Zukunftsfrage. Das möchte ich Herrn Kurz nahelegen. Ich gönne ihm, dass er Erfolg hat, und ich lobe, dass er neue Worte in die Reihen der ÖVP gebracht hat, etwa die Ablehnung des Begriffes Leitkultur und die Anerkennung der Mehrsprachigkeit. Das lobe ich. Das finde ich gut! Und ich finde auch gut, dass er Freunde und Freundinnen mit Migrationshintergrund beziehungsweise mit Migrationsvordergrund hat. Das hat anscheinend Einfluss auf ihn, und ich hoffe, dass die ÖVP in dieser Richtung etwas verändert.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass uns der interkulturelle Ansatz in Zukunft mehr beschäftigen soll. Herr Kurz ist herzlich eingeladen, mit uns über diesen Ansatz zu sprechen. Der interkulturelle Ansatz beschreibt nicht nur einen kulturellen Zustand, sondern er ist wirtschaftspolitisch, integrationspolitisch und bildungspolitisch sehr wichtig und stellt einen Markt dar, der uns allen etwas bringen kann, weil sich das nicht nur auf Migrationshintergrund stützt.

Ich möchte meine Worte damit abschließen, dass ich wieder meine freiheitlichen Kollegen anspreche.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf Sie um das Schlusswort bitten!

GR Senol **Akkilic** (*fortsetzend*): Ich reiche Ihnen als jemand mit Migrationshintergrund die Hand, und ich

fordere Sie auf: Hören Sie auf mit Ausländerfeindlichkeit! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Reischl. Ich erteile es ihr.

GRin Hannelore **Reischl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Stichwort: Kriegsheldenverehrung. Ich persönlich kann die Kriegsheldenverehrung in der heutigen Zeit nicht verstehen. Jene Menschen, die im Laufe der Jahrhunderte bei Kriegereignissen ums Leben kamen, haben sich größtenteils nicht freiwillig zu diesen Kriegshandlungen gemeldet. Daher sind für mich jene Menschen, die dabei ihr Leben lassen mussten, nicht unbedingt Helden, sondern sie sind für mich bedauernswerte Menschen gewesen, genauso wie all jene Menschen, die im Krieg sterben mussten und leider heute noch immer sterben müssen.

Ebenso unverständlich sind für mich Aussagen von manchen FPÖ-Mandataren und Mandatarinnen zu den Geschehnissen während der NS-Zeit, und es bekümmert mich zutiefst, dass dieses Gedankengut 65 Jahre nach Ende dieser Schreckensherrschaft noch immer von manchen Leuten hochgehalten wird.

Sie von den Freiheitlichen werfen uns immer vor, dass wir Sie ganz ins rechte Eck beziehungsweise schon fast ins braune Eck stellen. – Darauf sage ich Ihnen: Es fällt auch mir sehr schwer, das nicht zu tun, und wie Kollege Ellensohn möchte auch ich nur einige Namen in Erinnerung rufen, etwa Nationalrat Graf oder Nationalrätin Susanne Winter, die auch rechtskräftig wegen ihrer Aussagen verurteilt wurde.

Damit ist das aber nicht abgetan und gestoppt. Es gibt noch immer Mandatare aus Ihren Reihen, die so etwas tun. Sie werden heute genauso die Zeitungen gelesen haben wie auch ich, und da haben Sie sicherlich auch gelesen, dass es wieder einen Gemeinderat in Kärnten gibt, der ein Tattoo mit dem Motto der Hitlerjugend trägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte darauf aber nicht weiter eingehen, sondern ich möchte auf das Thema Integration eingehen. Tatsache ist, dass Menschen aus den verschiedensten Herkunftsländern zu uns kommen, und natürlich ist es schwierig, bei all den verschiedensten Lebensgewohnheiten, die diese Menschen haben, diese so zu vereinen, dass alle mit den neu entstandenen Lebensverhältnissen zurechtkommen können. Es ist aber nur dann möglich, miteinander auszukommen, wenn wir alle das Miteinander vor das Gegeininander stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Wien ein sehr gut funktionierendes Integrationskonzept. Wir haben in der Bildungspolitik ebenso wie im Wohnbereich zahlreiche Maßnahmen für ein gut funktionierendes Miteinander gesetzt. Wir haben uns aber bei all diesen Maßnahmen für die Menschen, die zu uns kommen, auch immer dazu bekannt, dass diese Rechte ebenso wie Pflichten haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist unser sozialdemokratischer Weg. (*GR Mag Johann Gude-*

nus, MAIS: *Ein Weg in den Abgrund! – Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Es ist unser Ziel, Herr Kollege Jung, dass alle in Vielfalt respektvoll zusammen leben können. Wir von der Sozialdemokratischen Partei beziehen eine klare Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Ich fordere Sie auf: Gehen Sie mit uns den gemeinsamen Weg! – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 19 und des Klubs der Wiener Freiheitlichen 24 eingelangt sind.

Von den GRen Christine Marek und Dr Wolfgang Aigner wurde eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister betreffend Einsparungen und Fehlentwicklungen im Bildungsbereich auf dem Rücken der Wiener PflichtschülerInnen gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung der Dringlichen Anfrage vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsmäßigen Behandlung der Dringlichen Anfrage unterbrochen.

Vor Sitzungsbeginn sind von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien ein Antrag, des Klubs der Freiheitlichen zwei Anträge und der SPÖ sowie des grünalternativen Klubs im Rathaus ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Vom ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien wurde ein Ersuchen an das Kontrollamt gemäß § 73 Abs 6a der Wiener Stadtverfassung betreffend Umsetzung des Wiener Schulsanierungspaketes und der Schulstandortplanung eingebracht. Dieses Prüfersuchen wurde an das Kontrollamt weitergeleitet.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 4 bis 11, 14, 17, 19, 22, 24, 27, 29 und 30 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurde nach entsprechender Beratung die Postnummer 12 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 1, 12, 2, 3, 21, 23, 25, 26, 28, 13, 15, 16, 18 und 20. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Wir kommen nun zur Postnummer 1. Sie betrifft die Wahl eines Ersatzmitgliedes in den Vorstand der KFA.

Bevor wir über den vorliegenden Wahlvorschlag abstimmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 27 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Gemeinderat nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die auf der Tagesordnung unter Postnummer 1 vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich nehme an, der Freiheitliche Klub hat auch komplett aufgezeigt. Danke. Mein Vorschlag ist daher einstimmig angenommen.

Herr Sebastian Kurz ist durch seinen Mandatsverzicht als Ersatzmitglied aus dem Vorstand der KFA ausgeschieden. Der entsprechende Wahlvorschlag des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien für die restliche Funktionsperiode des Vorstandes der KFA lautet auf Frau GRin Mag Ines Anger-Koch: Ersatzmitglied für das Mitglied: Ingrid Korosec.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig. Damit ist der Antrag angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 12 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Neubau Bildungscampus Hauptbahnhof Wien. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Peschek, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Christoph **Peschek**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Akt ist in mancherlei Hinsicht bemerkenswert. Er ist jedenfalls ein Rekordakt, weil heute ohne Stimmen der ÖVP die Errichtung der teuersten Schule von ganz Österreich beschlossen wird. Es hat noch nie einen Schulneubau gegeben, der derart viel Geld kostet: 80 Millionen EUR sind für diesen Campus Hauptbahnhof veranschlagt.

Meine Damen und Herren! In Finnland gibt es einen Grundsatz, den wir bei einer gemeinsamen Ausschussreise mehrfach gehört haben. Dort ist es das Bestreben, dass die nächstgelegene Schule immer auch die beste Schule ist. Das soll sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler auf der Suche nach einer in leistungsmäßiger, aber auch in baulicher Hinsicht guten Schule nicht weite Entfernungen zurücklegen müssen, sondern dass die nächstgelegene Schule die beste Schule ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Verwirklichung dieses Grundsatzes führt dazu, dass die Schulwege kurz sind, dass die Bindung von Schülern und Eltern an die Schule entsprechend eng ist und dass das Zusammenwirken zwischen Schule und Elternhaus dementsprechend sichergestellt werden kann.

In Wien schaut es anders aus. Wien ist auch in dieser Hinsicht anders. In Wien ist die Wahrscheinlichkeit, dass die nächstgelegene Schule eine Containerschule ist, sehr groß. Und mit jeder weiteren Containeraufstellung erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die nächstgelegene Schule nicht die beste Schule, sondern eine Containerschule ist.

Es vergeht so gut wie kein Bildungsausschuss, in dem nicht die Aufstellung weiterer Containerklassen beschlossen wird. Seinerzeit hat man Containerklassen allenfalls als Übergangslösung für eine Renovierungsphase aufgestellt. Es lässt sich, wenn man im laufenden Schulbetrieb eine Schule generalsanieren muss, oft wirklich nicht verhindern, dass man auf dieses Mittel zurückgreift. Mittlerweile ist der Container aber zu einer Standardeinrichtung geworden. Selbst in Neubauvierteln erfolgen der Schulneubau und –zubau teilweise in der Containerbauweise. Das ist die eine Seite des Wiener Schulsystems, die eine immer größer werdende Klasse an Wiener Schülerinnen und Schülern.

Es gibt aber auch eine andere, größer werdende, im quantitativen Vergleich jedoch bei Weitem an die erste Klasse nicht heranreichende Klasse von Schülerinnen und Schülern, die in einer Campusschule unterrichtet werden. Die Zahlenverhältnisse sprechen eine eindeutige Sprache: 97 Prozent der Wiener Schülerinnen und Schüler können nicht in eine Campusschule gehen und werden auch in keine Campusschule gehen können. Nur zwischen 3 und 5 Prozent der Wiener SchülerInnen können in den Genuss einer derart teuren Schule kommen!

Dieses Missverhältnis ist unerträglich! Gerade eine Partei, die immer die klassenlose Gesellschaft auf ihre Fahnen heftet, schafft in ihrem Einflussbereich ungeniert eine Mehrklassengesellschaft, für die einen Wellness und Happiness und für die anderen den Schulcontainer. Mit dieser Politik kann die ÖVP nicht mitgehen und wird auch nicht mitgehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch die Entwicklung der Campusklassen und Campusschulen spricht eine relativ eindeutige Sprache. Wir haben mit dem Campus Monte Laa begonnen, der um 35 Millionen EUR errichtet wurde. Dort befinden sich eine 16-klassige Volksschule und ein 10-gruppiger Kindergarten. Der Monte Laa war damals schon teurer als die teuerste HTL, und HTLs sind erfahrungsgemäß im Neubau die teuersten Schulen, weil dort auch Werkstatentrakte et cetera errichtet werden müssen. 35 Millionen EUR sind jedenfalls eine gigantische Summe!

Der Campus Nordbahnhof kostet ebenfalls 35 Millionen. Der Campus Donauefeld-Nord um immerhin 25 Millionen ist beinahe eine Okkasion. Jetzt aber kommt die Schule, die jeden Rahmen sprengt, nämlich der Campus Hauptbahnhof, der 80 Millionen EUR verschlingt. 80 Millionen EUR sind das vierfache Bezirksbudget von Favoriten, und Favoriten ist einer der Bezirke, die das höchste Bezirksbudget haben. Das heißt, in den Neubau einer Schule fließt das Bezirksbudget Favoritens für fast eine ganze Legislaturperiode.

Ich nehme an, die meisten hier im Haus kennen die Dezentralisierung und wissen, dass aus den Bezirksbud-

gets die laufenden Erhaltungsmaßnahmen und auch viele Sanierungsmaßnahmen für alle Pflichtschulen bedeckt werden müssen. Und Favoriten muss natürlich auch die anderen Aufgaben mit 21 Millionen EUR jährlich bewerkstelligen. Für vier Jahre ergibt das gerade die Kosten dieser Campusschule. Dass bei der Ausstattung und bei den gesamten Raumkonzepten nicht gespart wurde, zeigt sich auch am Akt. Es wird hier im Prinzip natürlich eine Gesamtschule gebaut, das muss man sagen, und das ist ein weiterer Grund, warum wir sehr kritisch sind. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Jetzt kommen wir zum Punkt!)*

Selbstverständlich! Sie errichten ein ideologisches Bauwerk, und wir wissen, welche Ideologie dahinter steht, und wir wollen diese Ideologie nicht, weil wir an unserem differenzierten Schulsystem festhalten wollen und werden. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Und daher auch an alten Schulbauten!)* Nein, nicht an alten Schulbauten, aber an Schulbauten, die ... *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Die vorn die Tafel haben!)* Ich weiß nicht, was an einer Tafel so schlimm sein soll! Ich finde, eine Tafel ist ein durchaus ... *(GR Siegi Lindenmayr: Sie wollen die Rohrstaberschule!)* Rohrstabertl, ja, ja! Mein Gott, jetzt greifen Sie wieder tief in Ihre ideologische Mottenkiste!

Wir wissen schon: Sie wollen keine Leistung, Sie wollen Wellness. Sie sparen bei den Lehrern ein, und die Campusschule wird vielleicht eine lehrerlose Campusschule werden, denn wenn Sie so weiter sparen, dann haben Sie gar nicht das nötige Personal, aber vielleicht ist Ihnen die lehrerlose Schule sowieso die liebste Schule! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt natürlich keine Gruppen und Klassen mehr, es gibt nur mehr Cluster und Marktplätze! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Aber in diese Schulen gehen ja nur einige wenige, die anderen Klassen befinden sich ja im Container, wie ich bereits gesagt habe. Den Marktplätzen kommt ein gewisser Dorfcharakter zu, und es wird einen kommunikativen Bereich für Pausen sowie Entspannungs- und Kommunikationsinseln und so weiter geben. – Ich hoffe, dass irgendwo auch noch etwas gelehrt und gelernt werden kann, dass nicht nur Entspannung und Kommunikation im Vordergrund stehen!

Das heißt, diesfalls ist Ihnen das Teuerste gerade billig und gut genug. Ich denke dann aber an meine sogenannte Neue Mittelschule auf dem Leipziger Platz: Dort wird jetzt gerade der Schulsportplatz aufgerissen, damit Container für die Nachmittagsbetreuung aufgestellt werden können. Das ist sozialistische Mehrklassengesellschaft, und das ist eigentlich unerträglich!

Unser Grundsatz ist: Die nächstgelegene Schule sollte die beste sein. Wir wollen auch nicht, dass die Bezirke sich über Jahre und Jahrzehnte verschulden müssen, um einigermaßen einen Bauzustand herzustellen, der Lernen im 21. Jahrhundert sicherstellen kann. Und wenn man sich ... *(Zwischenruf von Amtsf StR Christian Oxonitsch.)* Ja, ja! Die Klassen kommen ja nicht. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Welche Ideen haben Sie? – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Stadtrat! Sie bauen selbst in einem Gebiet, wo

1 000 neue Wohnungen gebaut werden, Containerklassen, und ich frage mich persönlich: Wie viele Containerbüros gibt es in dieser Stadt? – Es gibt sie allenfalls dann, wenn eine Bankfiliale umgebaut wird, dann wird kurzfristig ein Container aufgestellt. Ab und zu befindet sich auch eine Billa-Filiale in einem Container. Aber sonst gibt es keine Containerbüros und Containerwohnungen. Sie aber bauen immer mehr Containerschulen, Herr Stadtrat, und an dieser Tatsache ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Machen Sie Vorschläge!)*

Ja! Der Vorschlag ist alt: Es fehlt ein Schulstandortkonzept. Sie weigern sich seit vielen Jahren, eine durchgängig konzipierte Schulstandortplanung durchzuführen. Das tun Sie schlicht und einfach! *(Beifall bei der ÖVP. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: So kommen wir aus den Widersprüchen nicht heraus!)*

Die Widersprüche ... *(Weiterer Zwischenruf von Amtsf StR Christian Oxonitsch. – GRin Christine Marek: Herr Stadtrat! Reden Sie bitte am Rednerpult!)* Ich halte das schon aus! *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Er hält es aus!)* Ich halte das aus, ja!

Meine Damen und Herren! Wir haben heute noch die Dringliche Anfrage. Ich möchte es jetzt mit diesen grundsätzlichen Kritikpunkten bewenden lassen. Die ÖVP ist beileibe nicht gegen Campusmodelle. Schauen Sie sich doch die alten katholischen Campusse an, etwa Strebersdorf oder die Friesgasse! Es ist ja kein ganz neues Konzept, dass man mehrere Schulformen an einem Standort hat.

Diese Schulform hat ja nicht die Stadt Wien erfunden, die gibt es ja schon seit Langem! Wir wehren uns ... *(Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Ja, Sie wollen alles verschränken, Sie wollen so lange verschränken, bis nichts mehr herauskommt. Das ist das Konzept, das Sie wollen. Sie wollen ... *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie wollen solche Schulen nur für die Elite!)*

Ja, wir bekennen uns zu Eliteschulen, in welche diejenigen gehen, die auch tatsächlich ein elitäres Niveau haben. Das ist unser Bekenntnis. Das hat aber mit sozialem Stand nichts zu tun! Sie wissen genau, dass die katholischen Schulen sehr sozial agieren, dass dort von Menschen, die es sich nicht leisten können, nicht einmal ein Schulgeld eingehoben wird! Gerade der soziale Gedanke ist also in den katholischen Privatschulen mehr als verwirklicht, ganz anders als bei Ihnen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der soziale Gedanke ist sehr stark verwirklicht, und es gibt dort auch Ganztagesbetreuung und Zusatzangebote, obwohl dort der private Schulträger hohe Kosten zu tragen hat und sich keinen Wellnesstempel auf Kosten des Steuerzahlers um 80 Millionen leisten kann. Also kommen Sie mir nicht mit dem Sozialen! Das Christlich-soziale ist viel sozialer als das sozialistisch Soziale! Das kann man sich in vielen Bereichen anschauen. Der Sozialismus ist für die Bonzen da. Die richten es sich und schicken ihre Kinder in die sogenannten verpönten Eliteschulen. Das können Sie vielleicht auch dem Herrn Bundeskanzler, wenn er bei den Bilderbergern auftritt, mitgeben, meine Damen und Herren! – Wer unter den Top

10 der Welt sein will, der braucht auch ein leistungsfähiges Bildungssystem und keine wertlosen Inflationszeugnisse, so wie Sie sie produzieren wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit werden wir zwar auf dem Papier die Akademikerquote erhöhen, aber es wird uns nicht weiterhelfen. Und wenn die Wiener Regierungspartei und eine Regierungspartei auf Bundesebene immer noch die Philosophie vertreten, dass Eigentum Diebstahl ist, dass Vermögen ein Verbrechen und dass Leistung eine Schande ist, dann hauen Sie uns ins 19. Jahrhundert zurück! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer behauptet das?)* Wir wollen aber nicht im 19. Jahrhundert landen, sondern wir wollen im 21. Jahrhundert erfolgreich sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie sich die Tigerstaaten – Korea, China, Japan, und so weiter – anschauen, dann können Sie sehen, was eine wirkliche Drillschule ist. Davon sind wir weit weg, und das wollen wir auch nicht. Das sind aber die Volkswirtschaften, die uns wirtschaftlich immer stärker den Rang ablaufen!

Ihre Philosophie ist, dass alles nur Spaß und Freude ist, und man nur das lernt, was einen gerade freut. Es weiß aber jeder, und das wissen auch Leute, die studiert haben, dass man vielfach Dinge lernen muss, deren Sinn sich einem erst viel später erschließt. Und wenn man nur das tut, woran man aktuell Spaß hat, dann fragen Sie einmal die Leute, ob sie aktuell Pensionsversicherungsbeiträge zahlen wollen! – Das wird wahrscheinlich auch viele nicht freuen! Trotzdem ist es gut, es zu tun, denn irgendwann einmal sollte man – wenn man hoffentlich nicht so weiter macht, wie Sie es tun! – auch etwas herausbekommen.

Es gibt im Leben also auch Verpflichtungen. Die verpflichtende Sozialversicherung haben nicht zuletzt auch Sie sehr stark forciert. Dafür stehen auch wir. Aber nur auf Freiwilligkeit und nur auf das, was einen gerade freut, kann man keinen Sozialstaat aufbauen, meine Damen und Herren! Nehmen Sie also die Realitäten zur Kenntnis!

Gute Schulen können Hauptschulen, Gymnasien und Neue Mittelschulen sein. Sie müssen gut sein, es muss etwas herauskommen. Sehen Sie da nicht immer Ihre Ideologie! Viele von Ihnen haben selbst ein Gymnasium besucht. Ich weiß nicht, warum das Gymnasium für Sie so ein rotes Tuch ist! Warum ist Latein für Sie ein rotes Tuch? – Die Forderung, Latein abzuschaffen, ist völlig absurd! Wir würden dann Akademiker produzieren, die Fremdworte lernen müssen, ohne den Wortstamm in irgendeiner Weise erklären zu können. Das ist völlig sinnentleert! Man kann sich vor Ärzten, die dann irgendetwas lernen und nicht einmal wissen, wovon sie sprechen, nur fürchten! *(GR Erich Valentin: Das glauben Sie doch nicht wirklich!)* Doch, das glaube ich! Das ist meine volle Überzeugung! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wir sind dafür, dass man Latein auch den neuen Mittelschülern anbietet, wenn Sie dort eine qualitätsvolle Schule machen wollen. Latein ist eine wichtige Basis für das Erlernen aller romanischen Sprachen, und Sprachkunde ist etwas ganz Wesentliches. *(Beifall bei der*

SPÖ.)

Da sehen Sie es! Handschreiben ist auch etwas Gutes, denn irgendwann muss man einen handgeschriebenen Lebenslauf abgeben, und wenn man nur am Computer schreibt und dort das Rechtschreibprogramm braucht, dann wird man auch nicht weit kommen. (GR Mag Jürgen Wutzlhofer: *Ja, ich weiß, Computer sind ja überhaupt ein Teufelszeug!*)

Sie sind kein Teufelszeug! Wenn Sie glauben, dass man dafür einen Exorzisten braucht, dann ist das Ihr Problem! (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Der verantwortungsbewusste Umgang mit den neuen Medien ist sehr wichtig, aber die neuen Medien sind nicht alles. Es ist immer gut, wenn man selber etwas weiß, denn wenn man die Dinge nur mehr googelt und dann von 5 000 Seiten erschlagen wird, dann muss man auch wissen, welche Seite die richtige ist. Und wenn man noch dazu weiß, dass die Suchmaschinen alles manipulieren und man sich dort die Poleposition erkaufen kann, dann schaue ich mir an, ob man Menschen wirklich gut ins Leben entlassen kann, wenn sie kein eigenes Wissen mehr haben!

Es ist ja gut, dass es diese Unterschiede gibt! Das wird man den Menschen auch sagen müssen. Sie können gerne auch bei der FIS oder UEFA den Vorschlag machen, ein leistungsbefreites Fußballmatch zu veranstalten, bei dem man die Tore nicht mitzählt, oder einen Slalom, bei welchem man die Zeit nicht mitlaufen lässt! Dann werden Sie schon sehen, wie interessant das für die Zuschauer ist!

Für uns ist Leistung etwas Wertvolles und Wichtiges. Deswegen sind wir auch ganz auf der Seite unseres Integrationsstaatssekretärs, der jene Migranten vor den Vorhang bittet, die etwas leisten. Dass man eben auch zeigt, dass es wichtig ist, etwas auf die Beine zu stellen, dass jene Vereine gefördert werden, die die Leistung und nicht nur den Leistungsbezug fördern. Da besteht halt auch ein Unterschied. Für Sie ist der Leistungsbezug wichtig, und wir schauen auf jene, die die Mittel erwirtschaften, die Sie dann mit vollen Händen ausgeben. (GR Mag Klaus Werner-Lobo: *Sie schauen auf die Shareholder!*)

Ja, die Shareholder! Beim Flughafen Wien sind Sie Shareholder. Da sieht man, wohin das Ganze führt!

Meine Damen und Herren! Ja zu einem modernen Schulneubau. Nein zu sozialistischen Prestigeprojekten, die noch dazu beworben werden. Um das Geld der Bewerbung hätte man wahrscheinlich die eine oder andere Schule schneller renovieren können. Daher sagen wir Nein zu 80 Millionen EUR, Nein zur teuersten Schule Österreichs. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, wir stehen für die riesige Kraftanstrengung, das bestmögliche Bildungssystem in Wien zu bauen. Und das kostet Geld! Wenn wir es richtig und ernsthaft angehen, dann kostet das viel Geld. (Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.) Richtig! Wir sind angetreten, um

die Lernlandschaften des 21. Jahrhunderts zu bauen, das tun wir, und darauf sind wir stolz! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Die Campusmodelle und besonders der Bildungscampus Hauptbahnhof entsprechen Lernlandschaften des 21. Jahrhunderts, in dem Sie vor allem in bildungspolitischen Debatten noch lange nicht angekommen sind, Kollege Aigner!

Lernlandschaften des 21. Jahrhunderts fördern nämlich eine Bildungskontinuität, die vom Kindergartenalter bis zum Ende des Pflichtschulalters reicht. Das haben Sie in Ihrer Rede allerdings tunlichst übersehen! Der Bildungscampus Hauptbahnhof ist deshalb ein einmaliges und extrem innovatives Projekt, weil zum ersten Mal in Wien alle 0- bis 14-Jährigen gemeinsam an einem gemeinsamen Standort unterrichtet werden. Und genau das ist die Zukunft der Bildung für Österreich, und genau diese Zukunft bauen wir jetzt und weiterhin in Wien. Es ist dies das erste Vorbildprojekt in diese Richtung, aber noch lange nicht das letzte hier in Wien.

Ab den Jahren 2014/2015 werden über 1 000 Kinder in 11 Kindergartengruppen und in einer Ganztagsvolkschule mit 17 Klassen und in einer Ganztags Hauptschule mit 16 Klassen unterrichtet werden. Das ist der wesentliche Unterschied zu Ihrem Redebeitrag. Offenbar haben Sie es irgendwie nicht ganz erfasst, Herr Kollege Aigner, dass wir hier keine herkömmliche Schule bauen, sondern ein Campusmodell errichten. Die Lernlandschaft ist die Zukunft des Bildungssystems in Österreich, dort werden sich Kinder ab dem Kindergarten von der Früh weg aufhalten. Das ist nämlich eine elementare Bildungseinrichtung, und ich habe von Ihnen noch kein einziges Wort gehört, das besagt hätte, wie wichtig der elementare Bildungsbereich ist.

In dieser Bildungseinrichtung werden die 0- bis 14-Jährigen unterrichtet. Das Übertreten von der einen in die nächste Schulstufe oder von einem in den nächsten Schultyp wird erleichtert, die sogenannte Schnittstellenbranz wird entschärft, es werden Übergangsmöglichkeiten geschaffen und Probleme abgedefert.

Die Anforderungen an die Formen des Unterrichts und des Lernens haben sich wesentlich verändert. In Österreich haben sich aber die Schultypen und vor allem die Gebäude dazu nicht verändert. Immer noch besteht, und zwar zum allergrößten Teil, der starre Typ der Gangschule, der 1950 entstanden ist. Sie kennen diese dunklen Gangschulen mit Mittelgangerschließung, kaum natürlicher Beleuchtung, und so weiter! Diese sind für die pädagogischen Konzepte der heutigen Zeit rückständige und sozusagen bedauernde Standorte. Und gerade auch in diesem Sinn bietet der neue Bildungscampus Hauptbahnhof ein gutes Vorbild für die Sanierung dieser alten Schulgebäude und dieser alten Schulschubstanz, damit neue Schritte gesetzt werden können.

So wird zum Beispiel das Brandschutzkonzept sehr innovativ und neu ausgelegt. Auch in dieser Hinsicht können gute Schlüsse für die Sanierungen der bereits bestehenden Schulen gezogen werden, etwa an Hand der Möglichkeit, dass sogenannte Verkehrsflächen besser genutzt werden, dass also die Gänge und sonstige

Flächen auch möbliert werden und als Lern- und Freizeiträume zur Verfügung gestellt und genutzt werden können. Es gibt jede Menge vorbildhafte Konzepte, die bei diesem Bildungscampus zur Verfügung gestellt werden. Das gilt für uns, wie gesagt, als vorbildhaft und richtungsweisend, und das werden wir auf jeden Fall auch weiterhin umsetzen.

Wir brauchen für unsere neue Bildung und für neue pädagogische Konzepte Platz. Wir brauchen mehr Platz für neue Unterrichts- und Lernformen. Wir brauchen mehr Platz für Bewegung. Wir brauchen mehr Platz zum gemeinsamen Austauschen, zum voneinander Lernen und zum miteinander Lernen. Es ist dies ein Schultyp, bei dem Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung vorgesehen sind.

Hiefür brauchen wir besondere Umstände und Maßnahmen, und zwar nicht nur für die SchülerInnen, die hier den ganzen Tag verbringen und Spaß haben sollen. – Ja! Es ist ein ganz wichtiges Element unserer Bildungspolitik, dass Lernen auch Spaß machen soll, Spaß machen darf beziehungsweise Spaß machen muss, um auch die Bereitschaft und den Lernwillen zu fördern.

Ganztagsschulwesen bedeutet aber nicht nur für SchülerInnen besondere Bedürfnisse, sondern vor allem auch für LehrerInnen einen verlängerten Aufenthalt und selbstverständlich ein geänderte Arbeitsplatzsituation, die zur Verfügung zu stellen ist und die gerade bei diesem Modell auch zur Verfügung gestellt wird.

Noch einmal, ich wiederhole es gerne: Wir sind sehr stolz auf den neuen Bildungscampus Hauptbahnhof. Wir stehen für die Lernlandschaften des 21. Jahrhunderts, die wir weiterhin bauen werden. Wir sind stolz darauf und freuen uns über dieses Projekt! – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter!

Es ist richtig: Wissen ist Macht. Und es ist richtig, dass die SPÖ mit grüner Beteiligung das Bildungssystem in Wien an den Abgrund führt, weil anscheinend eine selbstständig denkende Wählermasse in Wien nicht erwünscht ist.

Ja. Es ist außerdem richtig, dass Schule gefährlich ist. Schule ist gefährlich, wenn sie funktioniert. Sie wollen aber anscheinend nicht, dass die Schule in Wien und in Österreich funktioniert, weil Sie nicht wollen, dass der mündige Bürger sich ein eigenes Bild über die Politik macht! Das ist Ihr Ziel, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf jetzt kurz auf das Thema der Aktuellen Stunde eingehen, ohne jetzt eine Rede zur Aktuellen Stunde halten zu wollen. Das Niveau in diesem Haus – und ich bin noch nicht allzu lange hier, das gebe ich zu, gerade fünf Jahre – befindet sich heute auf einem historischen Tiefstand beziehungsweise Tiefstand. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Dass hier im Haus die Regierungspartei, die Bürgermeisterpartei, also die Partei, die wirklich die Richtung vorgeben, Zukunftsthemen anpacken und Probleme lösen sollte, mit billiger Polemik die Aktuelle Stunde gestaltet, das stinkt wirklich zum Himmel! Wir sind zutiefst betroffen, liebe Freunde! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass die GRÜNEN nichts anderes können, das wissen wir ja! Man sieht aber – das wissen wir spätestens seit Samstag –, dass die SPÖ und natürlich auch die GRÜNEN, also die rot-grüne Regierung, in Wien am Ende angelangt ist! Das haben auch die heutigen Wortmeldungen gezeigt. Nicht einmal beim Thema Nummer 1, dem Kampf gegen den angeblichen Faschismus, ist irgendein Pathos vorhanden. Es war zum Einschlafen. Zum Einschlafen war das, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die SPÖ ist also am Ende. Die gesamte Aktuelle Stunde war nichts anderes als ein Rohrkrepierer. Das war ein echter Rohrkrepierer! Aber nach diesem Parteitag am Samstag mit dem Wahlergebnis des Herrn Bürgermeisters, der 9 Prozent verloren hat, ist das ja nicht verwunderlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gratulation an Herrn StR Ludwig, der das beste Wahlergebnis bekommen hat! *(Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Man muss auch als politischer Mitbewerber die Größe haben zu gratulieren.

Aber bleiben wir beim Thema Bildung. Und da wird oft die Nazi-Keule gegen diejenigen geschwungen, die jetzt plötzlich bei den Umfragen die Nummer 1 geworden sind, weil Ihnen die Argumente ausgegangen sind. Sie haben keine Argumente mehr! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich darf Ihnen ganz kurz als kleinen Beitrag zur Bildung eine Definition zum Begriff Nazi-Keule hier zum Besten geben. Jetzt können Sie etwas lernen. Bitte hören Sie zu!

Ich darf zitieren. „Die Nazi-Keule ist eine primitive Schlagwaffe aus der Neuzeit aus der Gruppe der Keulen, deren erste nachgewiesene Exemplare bereits in der Steinzeit zum Einsatz kamen. Sie gehört zu den Totschlagargumenten und kommt in Wortgefechten und beim Ideenweitwurf zum Einsatz, wenn einem oder mehreren Beteiligten die kultivierteren Waffen wie geschliffene Argumente und ausgewähltere Rhetorik abgestumpft beziehungsweise abhanden gekommen sind oder wenn diese nicht zum sprachlichen beziehungsweise geistigen Repertoire des Keulenschwingers gehören. Die Nazi-Keule ist wider Erwarten die Lieblingswaffe vieler Gutmenschen und Pazifisten, wird aber auch gerne von Moralisten und Bedenkenträgern zur Anwendung gebracht.“

In Deutschland – und auch in Österreich – „gilt die Nazi-Keule geschichtsbedingt als das größte und schwerste der Totschlagargumente.“

In anderen Regionen der Welt, zum Beispiel in Papua-Neuguinea, ist sie gänzlich unbekannt.“

Diese Definition ist schon einmal sehr interessant! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Welche Vorschläge haben Sie zur Bildungspolitik?)* Ich will Sie ja gerade weiterbilden! Sie können das brauchen, Frau Kollegin!

Bildung können Sie brauchen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Hören Sie gut zu! Sie brauchen das wie einen Bissen Brot, wie die frische Luft zum Atmen! Hören Sie kurz zu. Sie werden mir früher oder später dankbar sein. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie haben keine Vorschläge! Das ist die Wahrheit!)*

Ich fahre fort: „Die Nazi-Keule ist die Ultima Ratio der Kampfrhetorik.“ – Treffender wäre Ultima Irratio, denn die Vernunft kommt beim Keulenschwinger eindeutig zu kurz. „Die Nazi-Keule besteht zu 100 Prozent aus einem knallharten Vergleich des Kontrahenten, seines Verhaltens, seiner Aussagen oder seiner Person mit dem Dritten Reich, dem sogenannten Nazi-Vorwurf.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn bei Ihrem Landesparteitag oder hier unsere Vertreter mit einem der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts, mit Herrn Goebbels, verglichen werden, dann ist das eine Verharmlosung des Nationalsozialismus! Der Herr Bürgermeister sollte sich entschuldigen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall und Bravo-Rufe bei der FPÖ.)*

Er sollte am besten gleich zurücktreten, denn die meisten von Ihnen wollen ihn sowieso nicht mehr, wie man sieht. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber kommen wir jetzt zum engeren Kreis des Themas Bildung zurück. Wer keine Argumente mehr hat, der greift eben zur Gewalt und diesfalls zur sogenannten Nazi-Keule. Aber bleiben wir beim Thema Bildung und kommen wir zum Thema Gesamtschule: Ihr Bundeskanzler, der auch Wiener ist – aus der großen Wiener Schule der SPÖ –, wird ja auch nicht müde, immer die Gesamtschule als das einzige Allheilmittel zur Lösung der Bildungsmisere heranzuziehen. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist auch richtig so!)*

Er hat gesagt, dass er diesbezüglich sehr beharrlich bleiben und den Koalitionspartner überzeugen will. Er will öffentlichen Druck entfachen und alles unternehmen, um zu zeigen, dass es fast in ganz Europa eine Gesamtschule gibt. Laut Faymann wüssten viele Menschen, dass die Gesamtschule die richtige Antwort ist. – Daran sieht man, wie unbelehrbar sogar der Herr Bundeskanzler ist. *(Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Er ist genauso unbelehrbar wie Sie alle von der SPÖ-Wien! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Sie Sozialdemokraten sind unbelehrbar! Und es ist auch kein Wunder, dass Sie mit Ihrer Politik weder im Kopf noch im Herzen der Bevölkerung angekommen sind, maximal in der Hose, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber anderswo nicht! *(Heiterkeit bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Das ist ja auch kein Wunder, wenn Herr Bgm Häupl fordert, dass die Gesamtschule in Wien flächendeckend für das Alter von 6 bis 14 Jahren eingeführt werden soll. Das ist doch eine gefährliche Drohung! Ich meine, wir haben in Wien schon eine Gesamtschule. Die Volksschule ist eine Gesamtschule. Aber die öffentliche Volksschule ist doch in Wien gescheitert! Gestehen Sie sich das doch bitte ein! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer sagt das?)* Die öffentliche Pflichtschule im roten Wien ist gescheitert, das beweisen alle nationalen, regionalen

und internationalen Studien! Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Beim Thema Gesamtschule erinnern Sie mich immer ein bisschen an die Sage vom Bett des Prokrustes: Wenn die Leute zu klein dafür sind, werden sie gestreckt, und wenn sie zu lang sind, werden ihnen die Füße abgehackt. – Genau das wollen Sie anscheinend! Sie wollen eine undifferenzierte Masse. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das stimmt nicht!)* Darauf arbeiten Sie hin! Genau das will die SPÖ! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein! Genau das wollen wir nicht!)* Sie wollen ein Wahlvolk, das nicht nachdenkt. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein! Nein!)*

Genau das wollen wir aber nicht. Wir wollen mündige Staatsbürger, die sich ihr eigenes Bild machen können. Nicht so wie Sie von der SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sagen auch schon alle ExpertInnen. Ich zitiere jetzt zum Beispiel Herrn Hopmann. Er ist Schullehrer am Institut für Bildungswissenschaften in Wien. Er hat einmal gesagt: „Das hiesige Schulsystem befindet sich im miesen Mittelfeld, obwohl es bei den Ausgaben im Spitzenfeld liegt.“ – Das wissen wir eh! Und er hat auch gesagt, dass ein einheitliches Schulmodell, eben die Gesamtschule, nichts an der Bildungsmisere ändert.

Das stimmt! Das ändert eben nichts. Das ist genau die falsche Antwort! Das ist Ihr Problem bei der SPÖ: Sie geben auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft automatisch die falsche Antwort. Sie geben einfach immer die falsche Antwort! Wir brauchen diesen Bildungseintopf nicht! Das ist die falsche Antwort, und das weiß die Bevölkerung auch, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Sie haben keine Argumente! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie sollten sich mit dem beschäftigen, was hier gesprochen wird!)* Sie haben immer nur reflexartig die falsche Antwort! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das wissen Sie! *(Zwischenruf von GRin Barbara Novak.)* Bitte? *(GR Heinz Vettermann: Was sind Ihre Vorschläge?)*

Wir sagen das seit vielen Jahren: Sprachliche Integration vor Schuleintritt. – Das machen Sie nicht! Papier ist geduldig! Wir brauchen zuerst Deutsch, dann Schule, denn hier in Wien wird an den Schulen Deutsch gesprochen und nicht Türkisch und Serbokroatisch, meine sehr geehrten Damen und Herren! Darum geht es! *(Beifall bei der FPÖ. – Lebhaftige Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie haben in Ihren vielgepriesenen roten Schulen Unterrichtshilfen in Türkisch und Serbokroatisch. – Nichts gegen Vielsprachigkeit! Vielsprachigkeit ist – wie gesagt – ein großes Plus. Aber es kann nicht sein, dass Deutsch als Unterrichtssprache und Deutsch als Staatssprache untergraben wird. Dagegen wehren wir uns, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – GRin Martina Ludwig-Faymann: In der Klasse meiner Tochter gibt es all das nicht, was Sie sagen! Woher haben Sie das? – Weitere lebhaftige Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Da sind wir schon beim Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Sozialisten! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Sozialdemokraten heißt das!*) Wenn Herr Bgm Häupl drei Wochen, nachdem der Staatspräsident der Türkei, Herr Gül, in Wien war, wieder Befehle empfängt – und anscheinend hat dieser Besuch im Rathaus nur dazu gedient, eine Befehlsausgabe zu sein, und Herr Bgm Häupl liegt gleich ganz treu auf dem Bauch! – und devot sagt: Wir brauchen türkische Matura!, dann lässt das tief blicken! – Wir holen uns die Befehle nicht aus dem Ausland, nicht von den Türken oder sonst woher, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern von unseren Wählern! (*Beifall und Bravo-Rufe bei der FPÖ. – GRin Martina Ludwig-Faymann: Wo haben Sie Ihre Ausbildung genossen?*)

Die 9 Prozent minus Ihres Herrn Bürgermeisters auf dem Landesparteitag zeigen, dass es in Ihrer Partei auch schon Leute gibt, die kritisch darüber nachdenken, dass in den letzten 16, 17 Jahren viel falsch gelaufen ist. Darauf hoffen wir auch in den nächsten Jahren! Sie werden irgendwann einen Koalitionspartner brauchen. Dafür stellen wir uns zur Verfügung! (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir übernehmen Verantwortung, nicht so wie die GRÜNEN, die auch Befehlsempfänger sind und glauben, Autofahrer ärgern zu können. Wir wollen echte Regierungsverantwortung! Wir wollen in Wien etwas weiterbringen. Wir wollen Zukunft für Wien und für unsere Kinder, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie tragen überhaupt nichts dazu bei, hinsichtlich misslungene Integration und Bildung irgendetwas zu ändern. Stattdessen fuchtelt der Herr Bürgermeister auf dem Landesparteitag mit der Nazi-Keule herum, aber es gibt überhaupt keine Argumente, und es gibt null Problemlösungskompetenz. Sie wollen anscheinend vom Problem ablenken! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Es ist aber leider ein Faktum – das hat Ihre Bildungsministerin Schmied zugegeben –, dass wir bereits an den Wiener Hauptschulen einen Migrantenanteil von 63 Prozent haben. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Was ist Ihr Vorschlag?*) Ihre Problemlösung ist die Gesamtschule. Na bravo! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Was ist Ihr Vorschlag?*) Ja: Zuerst Deutsch, dann Schule. Wie oft soll ich das noch sagen? Das ist ja so einfach, es sind vier Worte: Zuerst Deutsch, dann Schule. Bitte, merken Sie sich das, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GRin Mag Sonja Ramskogler.*)

Ja, wir haben das! Sie schaffen Deutsch als Unterrichtssprache schleichend und sukzessiv ab. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein! Das, was Sie sagen, stimmt nicht! – Weitere lebhaftige Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das ist Ihre Politik, darauf steuern Sie hin!

Um jetzt noch ein anderes Thema in die Diskussion zu bringen: Es sind ja nicht nur Sie. Keine Sorge! Sie bekommen auch Schützenhilfe von anderen Organisationen. Es sind ja nicht nur Sie! Mittlerweile arbeiten anscheinend auch der ÖGB und die Industriellenvereinigung an der Zerstörung des Schulsystems und an einer

Verblendung der Schüler. Da gibt es einen Unterrichtsbehelf ... (*Zwischenruf von GR Christian Hursky.*) Hören Sie uns zu, Herr Hursky, das ist interessant, das kann Ihnen auch in der Zukunft dienen!

Es gibt einen Unterrichtsbehelf der Industriellenvereinigung und des ÖGB, das Machwerk heißt „Das große Plus“, und darin wird zum x-ten Mal Stimmung gegen alle gemacht, die sich kritisch mit dem Problem der Massenzuwanderung auseinandersetzen. Alle, die kritisch gegen Zuwanderung sind oder ein differenziertes Bild haben, sind plötzlich rassistisch oder xenophob! (*GR Senol Akkilic: Sie schwingen immer die Ausländerkeule! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Unterrichtsbehelf wird auch noch vom Unterrichtsministerium unterstützt, obwohl die Probleme, die die uferlose Zuwanderung mit sich bringt, gleichzeitig negiert werden. Man setzt sich lieber nicht mit den Problemen auseinander, sondern hetzt gegen die Leute, die sich ehrlich mit diesem Problem auseinandersetzen wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine völlig einseitige und dreiste Manipulation der Jugend, dieser Unterrichtsbehelf der Industriellenvereinigung ist eine Propagandaschrift zur Verblendung der Jugend! Da wird von einer Chance für die Gesellschaft fabuliert. – Das ist eine Standardfloskel, die wir schon seit 30 Jahren nicht mehr hören können. Aber in Wirklichkeit werden die Probleme in unserem Land und vor allem hier in der Stadt immer größer.

Hier findet echter Gesinnungsterror gegen all jene statt, die dieses Thema kritisch und ausgewogen diskutieren. Und diesen Gesinnungsterror werden wir Freiheitlichen abstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es kann nicht sein, dass unsere Schüler einseitig indoktriniert werden! Das lassen wir nicht zu! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich komme abschließend zurück zu meinem eingangs erwähnten Satz: Schule ist gefährlich, wenn sie funktioniert. Wenn sie gut funktioniert, dann kommen mündige Staatsbürger heraus. (*GR Senol Akkilic: Deshalb wehren Sie sich gegen die Gesamtschule!*)

Herr Kollege Akkilic! Solche Menschen brauchen Sie natürlich nicht. Mündige Staatsbürger, die auch selbstständig denken können, wollen Sie nicht! Das ist natürlich nicht im Interesse der Mächtigen und der Ohnmächtigen, das wissen wir! Wissen Sie, wer das gesagt hat? – Herr Prof Rudolf Taschner, der Mathematiker und Wissenschaftler des Jahres 2004, hat diesen Satz geprägt.

Schreiben Sie sich solche Sätze hinter die Ohren! Sie werden solche Weisheiten in Zukunft brauchen. Machen Sie eine zukunftsweisende Schulpolitik für unsere Schüler und nicht gegen unsere Schüler, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Es gibt noch eine tatsächliche Berichtigung von Herrn GR Ellensohn. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! (*GR Mag Jo-*

hann Gudenus, MAIS: Passen Sie auf wegen eines Ordnungsrufs, das geht sehr schnell!!)

Natürlich genügt die Zeit nicht, um den Unsinn, der jetzt verzapft wurde, tatsächlich zu berichtigen.

Ich möchte nur auf einen Punkt im Zusammenhang mit der Nazi-Keule hinweisen. Abgesehen davon, dass die Freiheitlichen immer die Ausländerkeule schwingen, wie mein Kollege Akkilic schon richtig gesagt hat, beanspruche ich für mich, dass ich die Kleinkriminellenkeule schwingen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was berichtigen Sie jetzt?*)

Über die Nazis und die Holocaust-Leugner bei den Freiheitlichen habe ich nicht viel gesagt. Herr Gudenus hat aber gesagt, wir schwingen alle die Nazi-Keule. – Das ist falsch, weil ich das nicht getan habe.

Ich habe etwas getan, was Ihnen unangenehm ist und Zwischenrufe provoziert: Ich habe die Kleinkriminellenkeule und die Abzockerkeule gegen Sie geschwungen, und das werden wir auch weiterhin tun.

Ich erwähne nur noch ein kleines Beispiel: In Holland wurde eine Partei, die ein ähnliches Programm wie Sie hat, angelobt. Kaum war die PVV Geert Wilders aber im Parlament, mussten sechs Leute zurücktreten, weil sie alle ganz normale kleine Verbrecher waren.

Bei Ihnen stellt sich nicht nur die Frage: Wie viele Nazis sind in Ihren Reihen? Sondern es stellt sich auch die Frage: Wie viele Jahre Haft treffen sich bei einer durchschnittlichen Geburtsfeier der FPÖ? Das ist die zentrale Frage! (*Beifall und Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ. – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile ihm das Wort.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Immerhin war klar, worum es geht! Ich finde, das war eine interessante Richtigstellung!

Ich finde auch die selbstkritische Erkenntnis des Herrn Klubvorsitzenden gut, dass das Niveau gesunken ist. Er hat das irgendwie auch damit im Zusammenhang gebracht, dass er die letzte Periode schon im Haus war und jetzt gestärkt nach vorn gekommen ist. – Dazu muss ich sagen: So passt es auch! Wir hätten nämlich heute diese wirklich unglaublichen ständigen inhaltsleeren Phrasen – um nicht zu sagen, Beschimpfungen –, die da in einer Tour kommen, obwohl es eigentlich um Bildung gehen soll, wirklich nicht verdient, weil das Thema eigentlich spannend wäre! (*GR Mag Wolfgang Jung: Die Rede von Frau Wurzer war eine Phrasensammlung!*)

Anhand der Rede des Kollegen Gudenus können wir darüber jedenfalls nicht diskutieren, denn er sagt dazu, wie Schule sein soll, nichts außer einem einzigen Standardsatz – und zu diesem einen Satz werde ich dann auch noch etwas sagen –, aber sonst kommt von ihm inhaltlich gar nichts.

Er hat davon gesprochen, dass jemandem die ausgefeilte Rhetorik abhanden gekommen ist: Dazu muss ich sagen: Er hat diese gar nie gehabt! Er ist ein einziger Stehsatzproduzent, der, ich weiß nicht, wie lange, auf uns einprasselt.

Wenn er unsere Wählerinnen und Wähler beschimpft oder kritisch hinterfragt, indem er sagt, wir seien nicht an Bildung interessiert, weil uns sonst die Wähler davonlaufen, dann muss ich auch sagen: Ich will jetzt nicht umgekehrt seinen Wählerinnen und Wählern zu nahe treten, aber nach allem, was ich so an sozialwissenschaftlicher Forschung lese, kann man nicht sagen, dass alle FP-Wähler gänzlich frei von Ressentiments sind, alles ganz kritisch abwägen, viele Argumente haben und nicht nur ein bisschen eindimensional sind. Ganz das Gegenteil davon wird öfters publiziert! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Ja, das wird publiziert, aber da sind wir ein bisschen vorsichtig, weil auf diese Weise wieder andere Wählergruppen ganz einfach desavouiert werden, und das könnte sich leicht gegen einen selbst richten. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das tun Sie dauernd! Es ist Ihr Rezept, unsere Wähler zu desavouieren! Das tun Sie die ganze Zeit.*) Ich desavouiere nicht Ihre Wähler, sondern Sie! (*Beifall bei der SPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist menschenverachtend! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Da besteht schon ein Unterschied! – Ich habe versucht, das eine oder andere aus dem, was Sie gesagt haben, irgendwie herauszudestillieren, um zu wissen, was Sie überhaupt meinen könnten.

Sie sagen, dass wir vom Kanzler abwärts beharrlich dafür eintreten, dass es eine gemeinsame Schule gibt, und da bringen Sie unter anderem das Argument, dass wir das tun, weil es sonst nirgendwo mehr die differenzierte Schule gibt außer in Deutschland. Gut beobachtet! Ich verstehe aber nicht, wieso Sie das so kritisch anmerken und nicht, umgekehrt, einmal nachdenken, wieso es alle anderen anders machen! Sie kritisieren das aber sozusagen gerade umgekehrt.

Natürlich gibt es in Wien das, was sie sagen, nämlich eine gemeinsame Schule, allerdings sind das real die AHS. Dort, wo 70, 80 oder 90 Prozent der gesamten Schülerinnen und Schüler einfach in die AHS gehen, gibt es nämlich überhaupt keine Leistungsdifferenzierung, dort kann man gar keine Gruppen bilden, weil es vom Schulgesetzlichen her nicht erlaubt ist.

Das heißt, man steht bei den AHS mit dem Rücken zur Wand, hat überhaupt kein pädagogisches Konzept und kann gar nichts tun, hat dort aber de facto eine gemeinsame Gesamtschule. Dort funktioniert es aus den genannten Gründen aber natürlich ziemlich schlecht. Und dort, wo die restlichen 10 Prozent hingehen, nämlich in der Hauptschule, kann man zwar differenzieren und hat drei Leistungsgruppen, könnte also sehr gut austarieren, dort befindet sich aber tatsächlich eine etwas schwierigere Schülerpopulation. – So schaut es in Wirklichkeit aus, und Fifty-fifty ist es in Wien. Das ist eigentlich die strukturelle Grundtatsache, im Hinblick auf welche wir in Wien versuchen, einfach einen Schritt weiter zu machen.

Zur Behauptung, dass die Volksschule gescheitert ist: Ich kenne keine einzige Untersuchung, die das behauptet! Ganz im Gegenteil! In vielen 4. Volksschulklassen wollen die Eltern eigentlich, dass die Schule weiter-

gehen würde, sie wollen sich gar nicht trennen. Die Eltern haben meist ein sehr gutes Bild.

Es hat ja die von Ihnen kritisierte Schulumfrage gegeben: Wir haben die Eltern gefragt, und dabei ist herausgekommen, dass eine überwiegende Mehrheit mit der Schule zufrieden ist und dass die Eltern eigentlich bedauern, dass die Schulgemeinschaft ab der 4. Klasse zerrissen wird. Das sind die Wahrheit und die Wirklichkeit! Daher weiß ich nicht, wie Sie zu dieser Bemerkung kommen! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo lernt man Lesen, Schreiben und Rechnen? Wo gibt es die meisten Problemschüler?*)

Ich wünsche Ihnen viel Glück, wenn Sie das in die Volksschule tragen werden, dann werden Sie nämlich bemerken, dass die Wirklichkeit dort anders aussieht. Die Eltern nehmen sie anders wahr, aber auch bei allen anderen Tests kann man wirklich nicht von Unzufriedenheit reden.

Abgesehen davon ist die Neue Mittelschule genau das, was Sie angeblich haben wollen! Diese ist leistungsdifferenziert. Dort wird mit verschiedenen Leistungsniveaus in einer Klasse gemeinsam unterrichtet, dort kann man von den Stärkeren lernen, dort werden aber auch die Stärkeren gefördert. Vielleicht geht Kollege Aigner, der immerhin etwas mehr zur Schule selbst gesagt hat, noch einmal darauf ein.

Zur Sprachintegration konnte ich feststellen, dass das das Einzige war, was Sie – zwar auch nur in diesem einen Satz, aber der war immerhin gut auswendig gelernt – mitbekommen haben!

Wir haben jetzt das verpflichtende letzte Kindergartenjahr, und wir wissen auch, dass das greift, denn wir wissen auch von Schuleinschreibungen, dass sich die Zahl der Kinder, die dann nicht Deutsch können, halbiert hat. Die andere Hälfte ist teilweise in Vorschulklassen, aber oft sind es so wenige Kinder, dass gar keine Klasse zustande kommt, und dann wird den Schülern außerhalb des Unterrichtes eine zusätzliche Förderung gegeben.

Wir wissen also, dass das greift, und wir wissen übrigens auch schon von den Schuleinschreibungen der letzten Jahre, dass unter jenen mit Sprachschwierigkeiten zwischen 20 und 30 – meist sind es 25 Prozent – sogenannte Autochthone sind, die nicht Deutsch können. Diese werden dementsprechend nachgeschult. Bei Weitem die meisten MigrantInnen beherrschen jedoch durchaus genügend Deutsch, um in die Schule zu kommen. Es gibt also nur eine Gruppe, die nachgeschult werden muss, darunter sind die Autochthonen, und das läuft jetzt seit Jahren erfolgreich.

Man kann also nicht sagen, es geschieht nichts. Das ist nicht der Fall! Sagen kann man es schon, aber das ist nicht die Wahrheit, und das wird auch anders erlebt! Zugegebenerweise haben wir das verpflichtende Kindergartenjahr erst jetzt eingeführt, es gibt jetzt erst einen Jahrgang, an dem man Resultate ablesen kann, ich bin aber überzeugt, dass es im nächsten Jahr besser und nicht schlechter werden wird! Immerhin sollte uns schon das eine Jahr mit Zuversicht erfüllen.

Sie wüten jetzt gegen den – wie Sie das nennen – Gesinnungsterror und sind überhaupt gegen alle, die für

einen moderne Schule sind, auch gegen den Gewerkschaftsbund und die Industriellenvereinigung, und bekanntlich macht auch die Wirtschaftskammer mit, Sie kanzeln aber alle ab und bezeichnen sie sozusagen als einen einzigen Pulk von Menschen, die Böses tun und die Kinder indoktrinieren wollen. Das ist wirklich stark, wird sich aber auch von selbst richten!

Ich würde Ihnen empfehlen, einmal nachzudenken, wen Sie überhaupt vertreten wollen, wenn eigentlich keine einzige Gruppe mehr für Sie ist und wenn Sie gegen jede wirtschaftliche Vernunft versuchen, Gruppen auszugrenzen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie meinen, sonst gibt es neben diesen Gruppen nichts!? Das ist Ihr Spektrum!*)

Ich weiß schon, dass Sie auch existieren, aber ich habe jetzt gemeint, innerhalb der wirtschaftlichen Vernunft. Denn wenn man gegen die Gewerkschaft, gegen die Wirtschaft und überhaupt gegen alles ist, dann gibt es einen trotzdem, nur ist man halt abseitig. Das wollte ich nur einmal klarlegen, das war mir jetzt ein Anliegen. Ich wünsche Ihnen aber viel Glück im Out! Kommen Sie dann halt wieder aufs Spielfeld! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Im Out sind Sie!*)

Mit Kollegen Aigner diskutiere ich ja schon länger, immer wieder einmal. Dabei fällt mir auf – ich komme dann noch ein bisschen darauf zu sprechen –, dass er, kaum dass wir irgendwo einen Container aufstellen, schreit: Baut Schulen! Baut Schulen! Allerdings hat der dann, angefangen vom Bau auf dem Monte Laa über den Bau von Berufsschulen bis zu jetzigen Schule immer, wenn ich mich erinnern kann, letztendlich keine Zustimmung gegeben. Sie sind also eigentlich gegen jeden Schulneubau! Die ÖVP und Kollege Aigner persönlich fordern zwar, kaum wird aber irgendwo gebaut, dann sind sie dagegen! Das ist eine zwiespältige und widersprüchliche Logik, und das führt nicht dazu, dass ich das ernst nehmen kann. Ganz im Gegenteil! Ich glaube, das sind reine Phrasen!

Jetzt zum eigentlich Akt: Wenn man sagt, dass das die teuerste Schule ist, dann muss man schon sagen, dass es sich ja um mehrere Schulen und einen Kindergarten handelt. Es wird dort einen 11-gruppigen Kindergarten, eine 17-klassige Volksschule und eine 16-klassige Hauptschule und Neue Mittelschule geben. Es sind das also zwei Schulen und ein Kindergarten. Und wenn man das addiert und ganz normale Baupreise anschaut, dann kommt man drauf, dass das nicht teurer ist als normal, dass aber rund 1 000 Kinder die Möglichkeit haben werden, letztlich diese Schule zu besuchen. Ich habe nichts dagegen, wenn es auch einmal um eine Spur günstiger geht, aber der Preis liegt eigentlich ganz im Durchschnitt der Baupreise und ist in keiner Weise besonderes verwunderlich.

Er hat dann, glaube ich, noch klarer gesagt, warum er eigentlich dagegen ist. Er hat gesagt, dass da ja eine gemeinsame Gesamtschule gebaut wird. Der Schüler oder die Schülerin geht dort in den Kindergarten, dann in die Volksschule und dann gleich in die Neue Mittelschule mit leistungsdifferenziertem Angebot. – Dafür kann die ÖVP ganz einfach nicht sein! Okay! Dann seid ihr halt

dagegen! Dann sagt das aber, bitte, auch so deutlich! Das ist nämlich der wirkliche Grund, warum die ÖVP dagegen stimmt. Das wurde auch ehrlicherweise gesagt. Es kommt dann aber natürlich doch immer wieder das sogenannte Leistungsargument.

Da möchte ich eine Sache noch einmal klarstellen, dass es zumindest im Protokoll steht: Ich glaube, die ÖVP hat es ohnehin verstanden, will aber nicht verstehen, dass es gerade beim Modell der Neuen Mittelschule eine leistungsdifferenzierte Förderung gibt. Das ist ja dort der Trick! Darum ist sie auch ein wenig teurer als normalerweise, weil dann eben teilweise mit zwei LehrerInnen gearbeitet wird, was dazu führt, dass es einen Kern an Unterricht gibt. Die Schwächeren werden in den 20 Prozent, die frei sind, oft in Gruppenarbeiten gemeinsam hingeführt. Die Stärkeren bekommen eine Begabtenförderung; es ist nicht so, dass sie zuschauen, sondern sie werden in besonderer Weise gefördert. So wird möglichst sichergestellt, dass jeder das Minimum vom Lehrstoff kann und dass die Begabteren schneller und mehr vorankommen. Das ist ja der Sinn der Leistungsdifferenzierung.

Dieses Gleichmacherargument höre ich, aber es ist eigentlich wirklich frech, weil es in den Schulen nicht gelebt wird. Das wollen die Eltern, diese Schulen sind ja alle überlaufen: Wie gibt es das? Natürlich, weil die Eltern bemerken, was dort wirklich passiert! Daher wird sich auch dieser Angriff entsprechend selbst richten.

Ich bitte Sie nur darum, sich selbst ernst zu nehmen. Wenn Sie etwas kritisieren wollen, dann kritisieren Sie, was es wirklich gibt, aber nicht ein Schreckgespenst, das keiner will, das auch nicht eingeführt wurde und das in keiner Weise gelebt wird! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine Sache noch, oder zwei, ganz kurz: Wenn Sie sagen, die nächste Schule soll die beste sein - ja, wir schauen, dass jede Schule eine gute Schule ist! Das muss man einmal sagen. In Wien ist das aber deshalb nicht ganz so leicht, weil viele Eltern die sogenannte Elternfreiheit haben, ihr Kind auch woanders anzumelden. Wenn ich Ihre Logik weitertreibe, bin ich rein bei der Sprengelschule, sodass ich sage: Aha, Sie arbeiten dort und würden das Kind gerne mitnehmen, weil Sie glauben, Schule X, Schule Y mit einem eigenen Schulprofil ist besser - geht aber nicht! Denn Kollege Aigner hat durchgesetzt, dass die Sprengelschule wieder Ihre Fachschule ist. Also alles Gute, dafür ist es nur drei Häuserblöcke entfernt!

Die Wiener Eltern werden sich da, glaube ich, eher bedanken. Denn es war ziemlich schwierig und auch teuer, diese Elternfreiheit real umzusetzen. Jetzt haben wir sie - damals übrigens natürlich auch von der ÖVP gefordert -, im Sinne der Wahlfreiheit, und jetzt ist es dem Kollegen Aigner wieder nicht recht!

Zu Ihren Angriffen auf die Clusterschule - weil Sie gesagt haben, dort passiert Wertloses, das wäre pädagogisch wertlos - und die Container, ein Satz zu den Containern, weil ich mir denke, das mache ich jetzt in jeder Sitzung. Ja, wir haben immer wieder Beschlüsse, und wir diskutieren es immer wieder neu. Aber da bin ich jetzt auch beharrlich. Damit Sie sich nicht nur über den

Kanzler ärgern müssen, werde ich einmal versuchen, in der einen Frage auch immer wieder das Gleiche zu sagen.

Über die Container ist zu sagen, dass die neuen, die allen Bestimmungen genügen, sehr modern sind und von vielen Schülern sogar lieber genommen werden. Da kann man dann diskutieren: Ist das gut? Ist das schlecht? Das ist dann eine Diskussion wie diese: Sehen sie zu viel fern oder nicht? Die Schülerinnen und Schüler nehmen sie auch gern einmal an, aber das ist natürlich trotzdem nicht unser Standardmodell.

Warum wir sie nicht öfters abbauen und woanders hinstellen, hat den Grund, dass die Schulen, die sie dann haben, sie nicht mehr gerne hergeben. Sie sagen: Nein, die hätte ich gern für sonst eine Klasse und für die Freizeit, jetzt habe ich sozusagen wieder genug Klassen, bitte lasst die Container da! Da hast du einen harten Widerstand - so ist es dann in Wirklichkeit -, und du bekommst die Container gar nicht mehr weg, um sie neu irgendwo hinzugeben oder gänzlich wegzubringen.

Das zeigt: Erstens ist die Annahme gut; zweitens wollen sie dann die Schulen; drittens sind sie auch notwendig; und viertens *(GR Mag Wolfgang Jung: Und überhaupt!)* ist für mich gänzlich unerklärlich, wie man da überhaupt zu Rande kommen könnte, wenn Sie jeden Neubau ablehnen, jede Containerlösung ablehnen und außerdem auch das Schulsanierungspaket nicht wollen! Das habe ich mir auch noch notiert, aber darauf gehe ich jetzt gar nicht ein, was wir da alles investiert haben.

Wenn man alle drei Möglichkeiten ablehnt, dann - ich glaube, Sie sind ja auch mathematisch ganz gut - kommt man drauf: Es kann sich nicht ausgehen! Irgendetwas werden wir wohl machen müssen. Denn wenn wir nicht sanieren dürfen, keine Container verwenden und nicht neu bauen, dann wird es irgendwann in der Wiener Schullandschaft wirklich schlecht ausschauen. *(GR Dr Wolfgang Aigner: ... im Dauereinsatz!)* Gott sei Dank können Sie diese Linie nicht mehrheitlich umsetzen, sage ich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt komme ich schon zum letzten Satz, nämlich gegen den schwarz-blauen Widerstand: Der heutige Beschluss wird ein echtes Zukunftsmodell in Wien sichern! - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das Taferl! - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das Jörg-Taferl!)*

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Meine Damen und Herren!

Ich möchte diese meine Redezeit nutzen, um zum Kern dieses Geschäftsstücks zu sprechen, nämlich zu dem, was dort genau gebaut wird. Das ist vielleicht fad, und natürlich juckt es mich jetzt, in die Polemik einzusteigen. Ich glaube aber, wir tun diesem Schulbau unrecht, der etwas ziemlich Mutiges versucht. Zumindest für diejenigen, die sich dafür interessieren, will ich ganz kurz vorstellen, warum das so etwas Außergewöhnliches und sogar - ich füge das hinzu, ich glaube, irgendeiner der Vorredner hat es gesagt - etwas Gefährliches ist, und werde dann mit einem Ersuchen an den Herrn Stadtrat

schließen.

Diese Schule, dieses Schulmodell, mit dem von den Architekten Popelka und Poduschka ein Wettbewerb gewonnen wurde, bricht völlig mit der Vorstellung, die wir von Schule im Kopf haben. Schule im Kopf heißt, wir haben eine Klasse - ich denke einmal, alle, die hier im Saal sitzen, egal, von welcher Partei, sind so in die Schule gegangen -, da gibt es eine Klasse, da sind, je nachdem, 25, 30, vielleicht 35 Sessel drinnen, vorne ist eine Tafel, und dort, wo ich in die Schule gegangen bin, gab es noch einen Katheder - schön, sagen Sie.

Es gibt jedes Jahr einen PISA-Sieger, das sind skandinavische Länder. Da gibt es ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Die haben alle Tafeln! - Weitere Zwischenrufe.)* Auch in dieser Schule sind Tafeln möglich. Können wir es so machen: Ich polemisiere jetzt überhaupt nicht, dafür hören Sie mir ganz kurz zu - schaffen wir das für ein paar Minuten? Dann wäre das super! *(GR Dr Wolfgang Aigner: ... alle Klassen!)*

In dieser Schule sind also auch Tafeln möglich. Ich möchte von einer Exkursion einer österreichischen Delegation zum PISA-Sieger Finnland erzählen. Da kommt eine Delegation, diese Leute kommen in ein Gebäude, da sind Tische, es sitzen ein paar Schüler herum, dort reden ein paar miteinander, da zeichnen ein paar. Die österreichische Delegation wird herumgeführt, und irgendwann fragt, glaube ich, ein Lehrer: Entschuldigung, wann ist denn da Unterricht? - Und der finnische Lehrer sagt: Das ist Unterricht! *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Dort gibt es kaum mehr - und warum auch!; jetzt erzähle ich einen Hauch meiner Erinnerung - Lernen im Sinne von: Ich sitze, und vorne erzählt mir jemand die ganze Zeit etwas *(GR Mag Wolfgang Jung: ... Phantasie von Chorherr!)* Eine meiner prägendsten Erinnerungen an die Schule - an die ich auch positive Erinnerungen habe - ist Langeweile: Es ist einfach wahnsinnig fad, sechs oder sieben oder acht Stunden lang zu sitzen. Aus der Sicht des Lehrers oder der Lehrerin sage ich, es ist auch extrem schwer, junge Leute, die irgendwie motorisch sind - ich bin ja froh, dass es zu meiner Zeit dieses Syndrom, dieses Unruhesyndrom nicht gegeben hat, ich wäre sicher so diagnostiziert worden.

Die Leute wollen sich bewegen, sie wollen herumtun, und skandinavischen Schulen gelingt das sowohl inhaltlich als auch räumlich. Ich zeige Ihnen das jetzt. Das ist kein Propaganda-Taferl, ich hätte jetzt lieber - aber das geht nicht - eine große Beamer-Wand. *(Der Redner hält ein Schild in die Höhe, das einen Bauplan zeigt.)* Ich zeige Ihnen - und ich habe es dann auch da -, wie diese Schule genau aussieht.

Da gibt es kleine Einheiten, die alles Mögliche sein können. Sie können ein Werkraum sein, sie können eine Studierprojektgruppe sein, sie können alles Mögliche sein. Im Kern dieser kleinen Einheiten gibt es so etwas wie einen Marktplatz, wo man sich treffen kann, wo man diskutieren kann, wo man gemeinsam etwas erarbeiten kann, wo man eigenständig arbeitet. *(GR Mag Wolfgang Jung: Also meine Tochter war jetzt an einer skandinavischen Schule! Die hat nicht so ausgesehen, die war*

schäbiger!)

Okay, nehme ich zur Kenntnis: Skandinavische Schulen sind schäbiger. *(Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* Umso besser, was hier passiert! Wenn Sie sich den Grundriss anschauen: Das ist wirklich ein extrem - mutig ist zu wenig. Ich mache jetzt vielleicht vorweg mein Ersuchen an den Herrn Stadtrat.

Die Vorstellung vieler Lehrerinnen und Lehrer ist noch immer die - die meisten haben es gelernt, und wir haben es so in den Köpfen -: Man unterrichtet normal in einer Klasse. Dort gibt es diese Klassen im engeren Sinn nicht, dort wird es auch diese Art von tradiertem Unterricht nicht geben.

Jetzt komme ich ganz bewusst - und interpretiere ihn einfach positiv - zu dem richtigen Einwand: Wenn man für Schwächere etwas tut, muss es auch für die Begabten, muss es auch für die, die schneller sind, entsprechende Angebote geben. Da bin ich übrigens total dafür - nichts ist öder, als wenn jemandem, der etwas schnell kapiert, weil es für die Schwächeren immer wieder wiederholt werden muss, fad wird -, das geht aber speziell nicht in einer ganz normalen Klasse, in der 30 Sessel sind und vorne einer sitzt.

Da gibt es einen eigenen Raum. Die bekommen eine spezielle Aufgabe, sie suchen sich eine spezielle Aufgabe und können das entsprechend nutzen - also gerade, wenn man für das schwierige Ziel der Individualisierung eintritt! Das sagt sich ja leicht - jeder, der ein bisschen mit Schulen zu tun hat, weiß das: Dann macht eben individualisierten Unterricht! Jeder sagt, individualisierter Unterricht klingt gut, aber das ist sehr kompliziert. Da muss man sich völlig anders vorbereiten, da muss man parallel drei, vier, fünf Lernpläne, um es so zu nennen, im Kopf haben: Wie man die einen beschäftigt, wie man die anderen beschäftigt, wie man die einen fordert, die anderen fördert und trotzdem mitnimmt, das ist anspruchsvoll. Dazu bedarf es auch anderer Räumlichkeit, und diese Räumlichkeiten bietet diese Schule an.

Dies signalisiert aber sehr eindeutig: Du Lehrer, du Lehrerin, wenn du ganz normal unterrichten willst und sagst, bitte, wo ist meine Klasse, wo ich die 30 habe - die gibt es in der ganzen Schule nicht! *(GR Mag Wolfgang Jung: Und deswegen streicht ihr die Lehrerausbildung in der Koalition?)* Diese Klasse gibt es überhaupt nicht, und darum komme ich zum Kern meines Ersuchens an den Herrn Stadtrat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Bitte, sagen Sie das der SPÖ!)* Das ist jetzt sehr ernst gemeint.

Bitte, versuchen wir - weil das dort eine völlig andere Lernsituation sein wird, die wir meines Erachtens in Wien so noch nicht haben *(GR Mag Wolfgang Jung: ... aus den Wolken herunterholen!)* -, versuchen wir, nicht erst kurz vor Inbetriebnahme die Direktion, die Lehrerinnen und Lehrer zu suchen, sondern versuchen wir, möglichst frühzeitig - ich nenne jetzt keinen Termin -, möglichst frühzeitig die Führung dieser Schule zu bestimmen, und auch die LehrerInnen, damit sie sich vorbereiten können, weil dort anderer Unterricht stattfinden muss!

Das ist Architektur im besten Sinne, nämlich nicht eine andere Fassade, die man schön oder schiach finden kann, sondern etwas konzeptiv ziemlich Neues. Das ist

eine andere Form der Organisation von Lernen, und das wird nicht gehen, indem Leute aus Schulen, wie sie es bisher Jahrzehnte gewohnt sind, von heute auf morgen einen anderen Unterricht machen.

Der intensive Wunsch vieler ist also ein bisschen ein Bruch mit der bisherigen Tradition, dass man wirklich sehr, sehr frühzeitig sagt - nach einem Verfahren -, wer der geeignete Schulleiter oder die geeignete Schulleiterin ist, wer das Kernteam ist, und vielleicht ein, eineinhalb Jahre Zeit hat, sich auf dieses Projekt vorzubereiten.

Wenn das nämlich gelingt - und ich hoffe intensiv, dass dies gelingt, füge aber hinzu: Es ist nicht ohne Risiko, so zu unterrichten. Das sind wir in Wien nicht wirklich gewöhnt, dafür gibt es wenig Tradition. Einige Schulen versuchen im Umbau, derartige Raumsituationen herbeizuführen, aber nicht viele. Schule hat auch - ich nenne es einmal so - etwas Tradiertes: Das ist man gewohnt, so hat man das immer gemacht.

Das ist nun ein ziemlich scharfes Konzept! Es ist ein mutiges Konzept, es ist auch, werden manche sagen, ein überraschendes Konzept. Und wenn ich das sagen darf: Ja, es kann auch schiefgehen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Und dann sagt man gleich fünf Generationen der Schüler: Ihr habt Pech gehabt, es ist schiefgegangen!)*

Okay, kurzer Exkurs über das Politische im Allgemeinen: Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man Politik machen kann. Man kann zu 100 Prozent auf Nummer sicher gehen, alle Risiken ausblenden und sagen: Wir wollen es so machen, dass auf keinen Fall etwas schiefgeht! Dann muss man das bestehende System einfrieren, dann kann man eigentlich fast nichts ändern. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, aber für Ihre Experimente sind sie mir zu gut! - Weitere Zwischenrufe.)* Und dann geht erst recht viel schief!

Oder man versucht Dinge - das ist eben meine Einschätzung, eine sehr subjektive Einschätzung, die muss der Herr Stadtrat nicht teilen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Tut er auch nicht!)* Das finde ich ein beachtliches Konzept. Ja, ein derart radikales Raumprogramm - ich nenne es jetzt so - setzt eine völlig andere Form von Unterricht voraus, und ja, das muss nicht am ersten Tag funktionieren!

Darum ist es mein Wunsch, mein dringlicher Wunsch, dass man frühzeitig Lehrerinnen und Lehrer und vor allem die Schulführung darauf einstellt. Ich gehe sogar einen Schritt weiter und sage, das wäre ja klass - ich zeige das dritte Bild, so schaut das von außen aus, mit extrem viel Freiraum, wo man mittendrin sagt: He, ihr sieben, geht und bereitet euch vor, nutzt den Freiraum, vom Gartenbau bis zur Tierhaltung! Ich habe das Bild jetzt nicht mit, irgendwo steht eine ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das erste! - Weitere Zwischenrufe.)*

Auf dem ersten, ja - ich weiß nicht, ob ich das erzählen soll. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das Tierschutzhaus!)* Da ist mittendrin eine Kuh. Da ist eine Kuh, ja. *(GRin Nurten Yilmaz: Das war das Erste, was ich gesehen habe!)* Jetzt füge ich hinzu: Warum nicht! Das mag vielleicht eine Visualisierung sein, aber: Warum nicht auf dem Dach einer Schule die Auseinandersetzung mit Tierhaltung! *(GR Heinz Hufnagl: Besser draußen als*

drinnen!) So könnte man leichter erklären, was jetzt in Spanien abgeht. Mich wundert es ja, und man merkt, wie wenig sich Kritiker das angeschaut haben. Ich weiß nicht, ob jeder sozusagen automatisch auf die Idee kommt, was auf einem Schulcampus mitten im 10. Bezirk eine Kuh verloren hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Allerdings!)*

Eines ist mir jetzt auch noch ein Anliegen, das ist mir zumindest so wie die Radlerei ein Anliegen, und da sehe ich auch eine Riesenchance bei diesem Modell: wie wichtig Bewegung für junge Menschen ist! Ich füge hinzu, natürlich für Mädchen und Buben, aber ich sage trotzdem: besonders für Buben! Besonders für Buben, dass man nicht - ein bisschen Leidensdruck noch - sechs Stunden sitzt, sondern dass Bewegung, Sport, Natur etwas ist, was wir zunehmend aus der Stadt im Allgemeinen und aus der Bildung im Besonderen weggenommen haben und dass sehr vieles an - unter Anführungszeichen - Disziplinlosigkeit auch damit zu tun hat, dass junge Leute, Kinder sich nicht entsprechend austoben können.

Das sollen Schulen gewährleisten. Der Freiraum, der ganz speziell auch bei diesem Schulprojekt vorkommt, ist total essenziell! Den muss man gar nicht - so wie ich das Konzept verstanden habe - wahnsinnig teuer ausbauen, da kann man auch der Schule sagen: He, baut euch euren Freiraum selber! Ob das jetzt mehr in den traditionellen Sport geht, ob das in etwas anderes geht, ob es für die Kleinen etwas zum Klettern ist, zum Entdecken - der Freiraum ist total wichtig!

Alles das bietet dieses Projekt. An die Gutwilligen hier im Haus in allen Fraktionen: Dieses Architekturbüro ist im 6. Bezirk in der Gumpendorfer Straße, die freuen sich rasend, wenn jeder sagt, Herr Gemeinderat, Frau Gemeinderat, bitte erklären Sie es mir im Detail. Schauen Sie sich das an, so eine Sache bekommt man nicht alle Tage. Wenn das gelingt ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Sind Sie da Lobbyist?)* Ja, ich bin der Lobbyist. Ich bin der Lobbyist, ein hemmungsloser Lobbyist für gute Architektur und Klasse Bildungskonzepte. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, ja!)*

Wenn dieses Modell gelingt, glaube ich, dass wir nicht nur im Bereich des Schulbaus sind, sondern im Bereich der Substanz dessen, worum es eigentlich gehen muss. Nämlich: Was findet statt, während Kinder in die Schule gehen? Was ist dieses spannende, extrem schwierige Verhältnis: Lehrer und Jugendliche, Jugendliche untereinander? Die Gesamtschuldiskussion ist wichtig, wir wollen sie, aber: Was findet konkret im Unterricht statt? Das ist das Entscheidende. Und: Bieten Räume hier eher Möglichkeiten für vielfältiges Lernen, oder behindern sie das eher? *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist schon eine eigene ...)*

Was macht man, wenn Leute dauernd dazwischenrufen? Wie beschäftigt man die? Es gibt sicherlich einen entsprechenden Raum, wo so hyperaktive Personen entsprechend gefördert werden. *(Heiterkeit bei Amtsf StR Christian Oxonitsch.)* Die sind besonders förderungsbedürftig, und wir treten ja für Förderungswürdige ein. Da gibt es sicherlich einen Raum - vielleicht den mit

der Kuh? Es könnte ja sein, dass Zwischenrufer sich in einem Raum mit der Kuh beschäftigen und, wenn sie dann melken, irgendwie ein bisschen zu sich kommen. Bitte, und einen Streichelzoo kann es entsprechend auch geben! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Herr Stadtrat! Ich wünsche mir, dass es möglich ist, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dieses Schulmodell lebt und funktioniert. Darum noch einmal mein inständiger Wunsch, frühzeitig die Führungs-Crew dieser Schule zu ernennen, die Lehrer frühzeitig zu ernennen, dass es ihnen möglich ist, sich auf dieses Konzept einzustellen. Denn für uns alle ist es peinlich und schlecht, wenn auf Grund schlechter Vorbereitung - für die aus heutiger Sicht nichts spricht - dieses Modell nicht funktioniert. Im Positiven ist es ein Einstieg in eine skandinavische Entwicklung, und über die würde ich mich sehr freuen.

Wer sich diese Modelle noch anschauen will: Ich habe sie hinten bei mir in der Bank. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp.

Herr Kollege Nepp, verzeihen Sie, vorher hat sich noch Herr Kollege GR Dr Aigner - ich danke meiner Schriftführerin für den Hinweis - zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. - Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine Damen und Herren!

Ich weiß jetzt nicht, nachdem ich Herrn Kollegen Chorherr gehört habe, ob in Skandinavien wirklich alles so ganz anders ist. Als wir die Ausschussreise gemacht haben, haben wir uns ausführlich so eine Gesamtschule angeschaut; die hat zu meinem Erstaunen eigentlich ganz genau so wie unsere Schulen ausgesehen. Es ist in Klassen unterrichtet worden, es hat einen normalen Stundenplan gegeben.

Die haben uns eben gesagt: Die nächste Schule ist die beste Schule. Zu Mittag war es aus; Nachmittagsbetreuung, hat man gesagt, haben in Helsinki - das ist eine sichere Stadt - die Eltern zu machen. Im Lehrzimmer hat es genau so ausgesehen und gerochen wie in allen anderen Lehrzimmern. Aber für mich besonders beeindruckend war damals ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wer hat eines gehabt? Und wie groß war es?)*

Wir sind ja im Lehrzimmer gesessen und haben einen Kaffee bekommen. Als wir dann in die Klassen, in den Unterricht gegangen sind, sind die Schüler brav aufgestanden. Kollege Wutzlhofer war so großzügig zu sagen: „Bleibt sitzen!“, woraufhin die Lehrerin in perfektem Deutsch gesagt hat: „Die stehen ja nicht wegen Ihnen, die stehen wegen mir auf!“ *(Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege! Ich bitte um die tatsächliche Berichtigung, wegen der Sie sich gemeldet haben.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*fortsetzend*): Die tatsächliche Berichtigung besteht darin, dass die skandinavischen Schulen - zumindest die, die wir auf der offiziellen Ausschussreise gesehen haben - nicht ausschauen wie

Ihre Campusschulen, sondern wie ganz normale Schulen, und offenkundig findet auch der Unterricht genau so statt. Vielleicht ist der geringere Migrantenanteil eine Ursache dafür, dass die Ergebnisse in Skandinavien besser sind. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Jetzt, bitte, Herr Kollege Nepp; ich bitte noch einmal um Verzeihung. Sie sind am Wort.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin wirklich dankbar, dass uns Herr Chorherr seine Ansichten der finnischen Arbeitsweise erklärt hat. Jetzt wird mir nämlich so einiges klar: Anscheinend hat sich Rot-Grün das abgeschaut. Denn die Bürgerinnen und Bürger fragen auch ständig: wann wird hier gearbeitet?, aber Sie sitzen nur stumm da und malen anscheinend Bilder wie in der Montessori-Schule, wo man Aufsätze zur Maturaufgabe malen darf.

Herr Kollege Vettermann! Sie haben vorhin anscheinend etwas anderes verstanden. Wir sind für die Errichtung des Bildungscampus - das ist auch gut so -, aber was wir bekritteln, ist, dass jedes Mal, wenn es um ein rotes Prestigeprojekt für eine Gesamtschule geht, im Bildungsbereich die Frage, ob so etwas in der momentanen budgetären Situation und Lage überhaupt finanzierbar ist, nie gestellt wird. Aber wenn es im Gegensatz dazu um die Sanierung, den Ausbau und Neubau von Gymnasien geht, die von den Roten anscheinend nicht gewollt werden, scheitert das jedes Mal am Geld, und man stellt neue Containerklassen auf.

Jetzt so zu tun, als ob nur auf Grund dieses Bildungscampus das Ende des SPÖ-Bildungsdesasters gekommen wäre, ist mehr als kurzsichtig. Denn dass es an den Wiener Schulen, den allgemeinen Pflichtschulen wirklich nicht zum Besten steht, belegt ja schon die international durchgeführte PISA-Studie. Aber anstatt eine ordentliche und anständige Bildungsoffensive dagegenzusetzen, macht der SPÖ-Bürgermeister Häupl eines: Er ist ja oberster Dienstherr der Landeslehrer und tut nichts anderes, als Planstellen zu reduzieren und die Situation an den Wiener allgemeinen Pflichtschulen dadurch zu verschärfen. Das ist die bittere Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber die Häupl-SPÖ setzt eben trotz PISA-Schwäche weiter den Rotstift im Bildungssektor an. Um die Mindeststandards zu sichern, muss jedoch endlich eine langjährige freiheitliche Forderung umgesetzt werden, nämlich die Forderung nach mehr Lehrpersonal. Denn eine weitere Reduktion der Lehrer wäre eine Katastrophe für Wiens Schulen und ein völlig falscher Lösungsansatz!

Aber die SPÖ spart die Wiener Schulen kaputt: 160 Lehrer wurden in diesem Schuljahr bereits eingespart, es wurde mitten im Schuljahr gekürzt. Stundenpläne mussten umgeschrieben werden, Klassenunterrichtsstunden mussten zusammengelegt werden, und im kommenden Schuljahr sollen noch einmal 140 Posten gestrichen werden. Als einziges Bundesland hat Wien die Lehrer, die der Bund nicht mehr finanziert, gestrichen, alle anderen Bundesländer haben die Kosten übernommen. Die Folge von Personalmangel und Stundenkürzungen sind

weitere die verheerenden Ergebnisse beim PISA-Test, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber jetzt kommt der besonders dreiste Lösungsansatz von Rot-Grün-Schwarz und auch der Wirtschaft, denn die wollen ja alle mit der Zuwanderung die massiven Probleme im Bildungsbereich kaschieren. Es ist wirklich schon ungeheuerlich, dass sogar ein ÖVP-Vizekanzler Spindelegger als Obmann der ÖVP, einer sogenannten Volkspartei, allen Ernstes im Zuzug von 100 000 weiteren Ausländern die Lösung sieht!

Im Gegenteil: Wir Freiheitliche fordern, die österreichischen Familien zu fördern, die wettbewerbsfähige Ausbildung unserer Jugend sicherzustellen. Das sind die Eckpfeiler der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren, und nicht die Multikulti-Phantasien von Rot und Grün, die jetzt anscheinend auch schon Herr Spindelegger träumt, meine sehr geehrten Kollegen!

Aber die Österreichische Volkspartei vertritt ebenso wie Rot-Grün nicht mehr die Interessen der österreichischen Bevölkerung. Zuwanderung ist bei dieser liberalen Unternehmerpartei kein allerletzter Ausweg, sondern - genauso wie bei Rot-Grün - Programm geworden, um vom jahrzehntelangen Versagen in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik abzulenken. Es ist an der Zeit, im Bildungssystem auszumisten, auszumisten - zum Wohle der Bürger - vom rot-schwarzen ideologischen Mief, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber diese gesamten links-linken Träumereien von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung verpassen Österreichs Jugend wirklich einen Faustschlag in die Magengrube. Das sind alles Parade-Globalisierer mit Alt-Achtundsechziger-Modellen, damit wollen sie vom eigenen Versagen ablenken. Alle Fachleute prognostizieren für die kommenden Jahre ein starkes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, einhergehend mit einer Abschwächung der Wirtschaftsleistung - und was sollen dann in den nächsten 30 Jahren 100 000 zusätzlich eingewanderte Arbeitskräfte bewirken, außer den Druck auf den heimischen Arbeitsmarkt, wovon vor allem die Jugendlichen betroffen sind, zu erhöhen, diesen Druck enorm zu steigern, dass eben ein Großteil der Jugendlichen um den Job bangen muss?

Die Wirtschaft hat es seit Jahren verabsäumt, Fachkräfte auszubilden, weil aus Profitgier niemand bereit ist, diese Kosten zu übernehmen, und nun wollen diese abgehobenen Herrschaften gemeinsam mit Rot-Grün billige Fachkräfte importieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser freiheitlicher Ansatz ist: Ausbildung statt unqualifizierter Ausländer! Das muss unser Motto sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber die IV und der ÖGB bilden jetzt, wie schon vorhin erwähnt, eine dunkle Allianz, die alles daransetzt, das österreichische Bildungssystem gegen die Wand zu fahren. Beide singen daher im Chor: „Strömt herbei, ihr Völkerscharen!“ Auch wenn ÖGB und IV im Unterrichtspaket als große Plus zum x-ten Mal die Segnungen der ungebremsten Zuwanderung verherrlichen, bleibt die Tatsache aufrecht, dass wir Österreicher keine weitere Zuwanderung wollen und auch nicht brauchen.

Man lamentiert in diesem Pamphlet mit Halbwahrheiten.

Es steht zum Beispiel drin, dass allein im Wiener AKH 10 Prozent eingespart werden müssten, auf 10 Prozent der Betten verzichtet werden müsste, wenn es kein ausländisches Personal gäbe. Man verschweigt aber, dass, wenn man die unkontrollierte Zuwanderung gebremst hätte, in letzter Zeit wohl auch weit über 20 Prozent weniger Patienten anfallen würden!

So geht es munter damit hin. Auch das Märchen, dass durch Zuwanderer mehr in den Sozialtopf eingezahlt wird, bleibt aufrecht. Hier schert man auch pauschal den deutschen Schweißler und den anatolischen Hilfsarbeiter über einen Kamm. Auch Sekundärkosten im Bildungsbereich, wie zum Beispiel Begleitlehrer, werden natürlich erst gar nicht angeführt.

Dieses ganze Pamphlet entpuppt sich als links-linke Propaganda, und auch die publizierten Verweise auf ZARA und OKTO zeigen schon, woher der Wind weht. Die einzige rote Idee zur Lösung des Bildungsdesasters in letzter Zeit ist der Türkisch-Unterricht und die Türkisch-Matura. Das kann man wirklich nur als miesen Schmäh bezeichnen! Anscheinend versucht die SPÖ, einen derartigen Unterricht einzuführen, dass in Zukunft der PISA-Test auch auf Türkisch abgehalten werden kann, damit man wenigstens in diesem Bereich halbwegs gut abschließt.

Die SPÖ hat offenbar auch nicht erkannt, was an den Wiener Schulen schiefläuft. Denn anders ist es nicht zu erklären, dass auf der einen Seite mehr Lehrpersonal eingespart wird und auf der anderen Seite der Türkisch-Unterricht und die Türkisch-Matura eingeführt werden sollen. Anscheinend hat eben der türkische Staatspräsident Gül bei seinem Besuch bei Bgm Häupl ein Machtwort gesprochen, und die türkischen imperialistischen Interessen haben bei der SPÖ, die ja hier als Islamismus-Partei fungiert, noch immer den absoluten Vorrang.

Wien stürzt mit diesen Maßnahmen im Bildungs-Ranking weiter ab. Den Roten dürfte offenbar entgangen sein, wo die Probleme liegen, oder der StR Oxonitsch will als Totengräber des Bildungssystems in die Geschichte eingehen.

Den letzten und abstrusesten Vorschlag, wie man das Bildungssystem retten kann, hatte die StRin Frauenberger. Die hat ja versucht, ganz klar zu erkennen, was an den Wiener Schulen schiefläuft, und sie hat festgestellt: Es ist deswegen alles so schlecht, weil viele Lehrer zu wenig Interesse am Dasein von Schwulen und Lesben haben, deshalb soll nun Homosexualität, zumindest im Rahmen eines verpflichtenden Seminars in der Pädagogenausbildung, unterrichtet werden. Kostenpunkt: 500 000 EUR!

Ich konnte es anfangs gar nicht glauben, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das Schulsystem unserer Stadt liegt am Boden, und das soll die Lösung sein? - Deswegen mein dringender Appell an die sozialistischen Politiker: Überdenken Sie alle Ihre Wahnsinnsideen, die die Unterrichtsmaßnahmen betreffen! Es gibt wesentlich wichtigere Dinge, die im Bildungssystem tatsächlich zu verbessern wären - in diese sollte man das Geld pumpen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort

gemeldet ist nunmehr Herr GR Ing Guggenbichler. - Bitte.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter!

Nach einigen eigentümlichen Redebeiträgen, die wir am heutigen Tag schon über uns ergehen lassen mussten, darf ich Sie eine Runde zurückholen in die Realität der sozialistischen Schulpolitik und in die Realität der sozialistischen Sozialpolitik.

Ich darf kurz ansprechen, dass in diesem Jahr vom StR Oxonitsch, dem Stadtrat mit dem kalten Herzen, den Eltern und den Schülern einer Schule, der Hans-Radl-Schule, mitgeteilt wurde, dass ihr Bus für Ausflugsreisen für behinderte Kinder ab diesem Herbst nicht mehr zum Einsatz kommt und Sparmaßnahmen zum Opfer fällt. Dies ist eine Einsparungsmaßnahme einer Stadtregierung, die bereit ist, für Prestigeobjekte nicht nur bei den Ärmsten der Armen, sondern auch bei jenen zu sparen, die nicht wie wir die Möglichkeit haben, gesund und mobil in die Schule zu gehen - ein besonderer Akt der Grausamkeit, Herr Stadtrat! Andere Worte kann ich dafür nicht finden.

Die Schulleitung der Hans-Radl-Schule wurde von Ihrer Seite informiert, und die Schulleitung hat Sie gefragt, warum das so sei und ob man diesen Bus nicht weiterhin aufrechterhalten kann. Und was war Ihre Antwort? - „Ein Schulbus ist ein Relikt der Nachkriegszeit.“

Keine Ausflüge mehr in den Türkenschanzpark! Keine Ausflüge in den Lainzer Tiergarten, keine Projektwochen, keine Exkursionen, keine Lehrausgänge, so wie Sie alle es in Ihrer Jugend in der Schule unproblematisch erleben durften! Ist das die Sozialpolitik, die wir von Rot und Grün erfahren dürfen? Schämen Sie sich nicht? Ich würde mich schämen, in Millionenhöhe unnötige Gelder für einen Radweg hinauszuerwerfen und anscheinend die Einsparungen bei jenen anzusetzen, deren Leid Sie nicht einmal erahnen können.

Gibt es noch weitere Projekte dieser Art, die Eltern und Schülern, mit denen ich am Wochenende telefoniert habe, schlaflose Nächte bereiten? Ich habe mit den betroffenen Eltern gesprochen, und sie haben mir gesagt, sie können es sich nicht vorstellen, gerade bei jemandem von der Grünen Fraktion! Leider Gottes ist sie heute nicht anwesend. Sie haben gesagt, wir haben sie gewählt, und ich kann mir von den GRÜNEN nicht vorstellen, dass sie das machen!

Sehr geehrte Damen und Herren! Daraufhin habe ich zu ihnen gesagt, schauen wir es uns am Montag an. Ich stelle einen Antrag, dass dieser unsoziale Akt nicht eingestellt wird, und dann können Sie sich selbst ein Bild machen, ob Sie bei der letzten Wahl, am 10. Oktober 2010, die richtige Wahl getroffen haben.

Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, dass es für diese Jugendlichen und Kinder alternativ zu diesem Bus nicht möglich ist, das Klassenzimmer zu verlassen, so wie es Ihnen möglich war? Im Bus 10A gibt es zwei Plätze für Kinderwägen und Rollstühle, die etwa nach Schönbrunn oder in den Türkenschanzpark fahren; in den meisten Klassen befinden sich jedoch zumindest zu

einem Drittel behinderte Kinder, die auf den Rollstuhl angewiesen sind! Viele von ihnen sind auch nicht so mobil, ohne Rollstuhl allein den täglichen Straßenverkehr bewältigen zu können. Dieser Bus schafft Abhilfe und gehört zu den wenigen Freuden - aber das gönnen Sie diesen Kindern anscheinend nicht! Aus diesem Grund darf ich folgenden Antrag der GRe Ing Guggenbichler und Dominik Nepp einbringen:

„Der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, allfällig geplante Einsparungen für Schulbusse in Wien in der oben erwähnten Form umgehend zu stoppen.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages gefordert." (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich appelliere an Sie alle, unabhängig von Fraktionsgrenzen, Regierung und Opposition: Schauen Sie in Ihr Herz, stimmen Sie heute für diesen Antrag! Machen Sie den Eltern, die heute eine Sitzung des Elternvereines haben, die Freude, dass sie mit einer frohen Nachricht heute am Abend den Elternverein und die Elternvereinsitzung begehen können, aber nicht mit Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder. - Danke sehr. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): „Nicht die Schule ist die beste, in welcher die Kinder die meisten Kenntnisse empfangen, sondern diejenige, in welcher die Kinder auf dem Weg der Selbstständigkeit sich ihre Bildung erarbeiten.“, schrieb seinerzeit Carl Kehr. Es stimmt auch heute noch: Bildung ist das höchste Gut. Das heißt, eine gute Ausbildung ist das Wichtigste, was wir unseren Kindern vermitteln und mitgeben können, genauso wichtig ist es aber auch heute noch, Jugendliche zur Selbstständigkeit zu erziehen.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, bedarf es einer guten, soliden schulischen Ausbildung, in der Erziehungsberechtigte unbedingte Wahlfreiheit in der Auswahl geeigneter Schulformen für ihre Kinder haben müssen. Einen ganz wichtigen Punkt nimmt dabei auch die Nachmittags- und Sommerbetreuung ein. Es muss auf Wunsch eine kostenfreie Ganztagsbetreuung ohne Verpflichtung geben. Was nicht sein darf, ist, dass, wer für seine Kinder eine Schulform mit Betreuung auswählt, von der Hortbetreuung ausgeschlossen ist und wird, sofern die Kinder nicht zum jetzigen Zeitpunkt schon in einen Hort gehen.

In der heutigen Zeit sind viele auf Grund der Erwerbstätigkeit darauf angewiesen, ihre Kinder in den Ferienzeiten betreuen zu lassen. Die wichtigste Betreuungszeit und der Zeitraum, der viele immer wieder vor große Probleme stellt, ist der Sommer. In den seltensten Fällen kann der ganze Zeitraum von Eltern oder Familienangehörigen überbrückt werden. Erziehungsberechtigte sind hier auf gut organisierte und vor allem leistbare Ferienbetreuung angewiesen.

Die Sommerbetreuung lässt aber in der Organisation mehr als zu wünschen übrig. Da müssen sich Eltern im Jänner mit einer Gebühr anmelden, und dann brauchen die zuständigen Stellen bis in den Mai, um den Eltern

Rückmeldung zu geben, ob und wo die Kinder ihren Platz haben. Sollte der Platz aus irgendwelchen Gründen nicht passen, dann ist nicht nur die Gebühr verfallen, sondern es ist zu diesem Zeitpunkt fast unmöglich, noch eine adäquate, leistbare Ferienbetreuung zu erhalten.

Eltern wünschen sich natürlich eine frühere Rechtssicherheit für die optimale Betreuung ihrer Kinder, um beruhigt ihrem Job nachgehen zu können. Daher stellen wir Freiheitliche folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat wolle beschließen: Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird ersucht, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, dass ab nächstem Jahr die Eltern bei der Anmeldung zur Ferienbetreuung mit dem Formular eine Liste aller möglichen Wiener Hortbetreuungsstandorte erhalten; zweitens, die Eltern am Formular einen Wunsch- sowie einen Ersatzstandort aussuchen zu lassen, und sollte der Wunschstandort nicht möglich sein, wird automatisch der Ersatzstandort garantiert; drittens, die Eltern spätestens im Februar darüber zu informieren, ob sie den Wunsch- oder Ersatzbetreuungsplatz für ihre Kinder erhalten; viertens, sich dafür einzusetzen, dass auch Kinder, die eine Offene Schule besuchen, die Möglichkeit haben, einen Ferienhortbetreuungsplatz zu erhalten; und fünftens zu garantieren, dass Geschwisterkinder am gleichen Ort betreut werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den zuständigen Ausschuss der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport beantragt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Wir ersuchen im Sinne der Eltern, natürlich auch der Kinder und der vielen Elternvereine, denen das ein Anliegen ist, diesen Antrag nicht nur zuzuweisen, sondern ihn dann auch im Ausschuss positiv zu behandeln. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Wutzlhofer. Ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte - was bei den letzten drei Reden nicht der Fall war - noch einmal ganz kurz auf den Akt zurückkommen, der ja Gegenstand des Geschäftsstückes ist, worüber wir gerade reden.

Der Campus Hauptbahnhof und der Beschluss dazu erfüllen mich wirklich mit großer Freude und großem Stolz, weil es ein absolut wegweisendes Schulprojekt ist, das neue Standards setzen wird: Neue Standards für den Schulbau durch - das hat ja Herr Kollege Chorherr zur Genüge erwähnt - Freiräume, Räume der Begegnung, ein völlig innovatives räumliches Konzept mit Marktplätzen und so weiter, aber selbstverständlich auch - und das ist das Zentrale - neue Standards für Lernen und Freizeit, das in idealer Weise kombiniert wird.

Es ist von Größe und Umfang her absolut einzigartig, und daher kann man auch nicht einfach sagen, das ist eine Schule, diese Schule kostet viel, daher sind wir dagegen. - Diese eine Schule besteht aus folgendem

Angebot: einem Campus, der zum ersten Mal für 0- bis 14-Jährige umgesetzt wird, auf einer Fläche von 20 000 m², mit einem 11-gruppigen Kindergarten, mit einer 70-klassigen Ganztagesvolksschule, mit einer 16-klassigen Neuen Mittelschule, und es bietet Raum für 1 100 Kinder!

Es freut mich wirklich außerordentlich, dass wir heute den Startschuss für dieses Projekt geben. Neben dem Campus Monte Laa, dem Campus in der Leopoldstadt - dem Gertrude-Fröhlich-Sandner-Campus - und dem Campus Donauefeld Nord ist das wirklich ein Bestandteil neuer, wegweisender Schulprojekte. (Beifall bei der SPÖ.)

Würde man von außen - es sind zwar heute nicht viele Besucher da, guten Tag!, aber vielleicht sind es ja einige im Internet - zum ersten Mal in diesen Saal schauen und sich noch nicht mit dem Thema Campus, mit dieser Schule auseinandergesetzt haben, man würde sich total wundern: Gibt es das überhaupt, dass da irgendwer dagegen ist? Es ist ein absolut großes, großes Schulbauprojekt, in Österreich absolut einzigartig!

Wenn man aber das Haus ein bisschen besser kennt, dann erstaunt es nicht weiter, dass die ÖVP dagegen ist. Es gibt da ja einiges an Vorerfahrung, Vorerfahrung dazu, dass, wann immer sich jemand in diesem Land bildungspolitisch aktiv, fortschrittlich äußert, die ÖVP auf der Seite der BlockiererInnen ist. Ich möchte jetzt gar nicht zum Thema Ganztages- und vielen anderen Dingen reden; reden wir nur von Schulbauten. Ihr seid ja nicht nur gegen den Campus Monte Laa, sondern so ist es auch bei der Embelgasse und bei dem Campus heute: Immer stimmt die ÖVP dagegen, wenn es darum geht, neue, moderne Rahmenbedingungen zu schaffen!

Das finde ich erstaunlich. Auf der einen Seite sagt man: Nein, dort, wo es Schulen ums Eck - das ist ja gut - gibt und wo man über Containerklassen mehr Raum schafft, sind wir dagegen. Aber neue Schulen: Da sind wir auch dagegen! Das finde ich ganz erstaunlich, weil ich nicht weiß, wie man das auflösen kann, außer mit „Zurück zum Hausunterricht“. Das würde mich aber auch nicht weiter erstaunen, denn Kollege Aigner hat ja das Wort - ich wäre sonst gar nicht auf die Idee gekommen - geprägt, indem er vom Griff in die ideologische Mottenkiste gesprochen hat. Kollege Aigner, du bist in diesem Haus die personifizierte ideologische Mottenkiste!

Wenn man sich mit der ÖVP-Bildungspolitik auseinandersetzt - einer Partei, die ziemlich geschrumpft ist - und dann Dinge hört wie: na ja, aber Latein wäre super, und dass das Ganze Spaß macht, ist ein echtes Problem, und neue Schulformen sind ebenfalls ein Problem - viel Glück mit diesem Weg! Ich glaube, Schülerinnen und Schüler tragen es nicht mit, sie wollen eine fortschrittliche Schule, und die werden wir bilden.

Jetzt möchte ich noch etwas Persönliches zum Thema sagen ... (GR Dr Wolfgang Aigner: Noch persönlicher?) Ja, mich betreffend. Da geht es nämlich auch um etwas Persönliches.

Es ist heute erwähnt worden - interessanterweise von einem Absolventen, der auch nicht in einer öffentlichen Schule war -, dass die SPÖ-Politiker ihre Kinder in Pri-

vatschulen stecken, um sich von einem schrecklichen Schulsystem, das von Containerklassen geprägt ist und in dem die Kinder ganz arm sind, irgendwie loszukaufen. Jetzt einmal abgesehen davon, dass ich mir das nicht sagen lasse von jemandem, der am Theresianum war, abgesehen davon und ganz persönlich: Meine Kinder gehen in die Schule ums Eck bei uns zu Hause. Das ist eine Schule, wo ziemlich viele Container aufgestellt wurden, weil eben die Schule gut nachgefragt ist, weil es da einen Zuzug gab und weil dieser Raum gebraucht wurde, auch für den Ausbau einer Ganztagesbetreuung. Wenn ich meine Kinder frage: Die wären überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass sie dort permanent schlecht behandelt werden und kleingehalten werden, weil der Schulraum so schrecklich ist!

Ich bitte Sie: Hören Sie auf, ein ganzes Schulsystem und damit auch die Pädagoginnen und Pädagogen, die dort arbeiten, schlechtzureden! Denn was Sie da machen, ist, Ihren Kollegen ein schlechtes Zeugnis auszustellen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Leute, die in diese Schulen gehen, die Kinder, die in diese Schulen gehen, haben ein tolles Schulerlebnis und freuen sich jeden Tag, dort hinzugehen. Zum Glück kennen meine Töchter Sie nicht so genau, denn das würde ihnen ihr Schulglück und die Freude am Lernen echt madig machen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Jetzt noch kurz zu den drei Rednern von der FPÖ: Das Thema Skandinavien ist immer wieder gekommen. Ich war auch mit, das ist ja schon erwähnt worden. Schade, dass du, statt den Kindergarten zu besuchen, in Tallinn warst, sonst könnten wir auch über den Kindergarten reden. Da hat man echt viel vom finnischen Kindergarten gelernt. Reden wir von ... (*GR Dr Wolfgang Aigner: Die SPÖ hat auch ...*) Ja, aber die Mehrheit der SPÖ hat sich jetzt nicht herausgestellt und von dem Trip nach Skandinavien geredet, ganz ehrlich!

Wie auch immer, reden wir von der Schule; ich war in der Schule. Herr Kollege Jung hat gesagt: Was dort so erstaunlich war, dort gibt es auch ganz schäbige Schulen. - Na klar! Es gibt in Skandinavien alte Schulen und neue Schulen, so wie es bei uns alte Schulen und neue Schulen gibt. Und es kommt überhaupt nicht darauf an, dass es alte Schulen gibt, sondern auf das, was darin gemacht wird! Das Zentrale an Skandinavien ist - Achtung, wir waren in einer Volksschule! -: Es gibt dort das System der flächendeckenden Gesamtschule, so wie in ganz Europa, außer in ein paar deutschen Bundesländern. Wem das nicht aufgefallen ist, kann ich auch nicht helfen!

Jetzt kurz zu den Punkten Schulbus und Ferienbetreuung: Herr Kollege Guggenbichler hat ja erwähnt, dass der Bus in der angesprochenen Schule für körperlich behinderte Kinder seinen Dienst nicht mehr tun wird. Das ist nicht primär eine Einsparungsfrage, sondern schlicht und einfach die Situation, dass der Bus aus Altersgründen aus dem Verkehr gezogen werden muss. Der Bus ist bisher von der MA 48 zur Verfügung gestellt worden, das ist eine alte Regelung.

Zu dem Punkt alte Regelungen möchte ich etwas sagen, was in dem Fall das Zentrale ist: Selbstverständlich

hat sich das Schulsystem verändert, von dem Moment an, als dieser Bus ursprünglich zur Verfügung gestellt wurde, bis heute. Es gibt nicht mehr nur eine Schule, die Angebote für körperbehinderte Kinder hat, sondern ein flächendeckendes Angebot. Es gibt Integrationsklassen in fast allen Schulen. Insofern ist es für uns wichtig, ein Angebot zu schaffen, das auch allen Kindern mit körperlichen Behinderungen zugute kommt.

Jetzt ist es so, dass selbstverständlich in der Schule, von der wir sprechen, auch in Zukunft von der MA 56 über den Fahrtendienst der Transport zur Schule und von der Schule weg, zu Ausflügen für basale Klassen, zum heilpädagogischen Reiten und so weiter übernommen wird. Übrigens ist es so, dass dafür in ganz Wien Geld ausgegeben wird, für alle Kinder, die betroffen sind, und zwar in der Höhe von 14,1 Millionen EUR im Jahr! Selbstverständlich wird auch das Geld, das jetzt hier, wenn man so will, durch den Wegfall des Angebotes mit dem Bus frei wird, nicht eingespart, sondern kommt dem Transport von Kindern - es geht aber um alle Kinder in vielen, vielen Angeboten der Stadt - zugute. In welcher Form, darüber können wir in Zukunft gerne noch sprechen, das ist aber sozusagen erst auszuarbeiten.

Neben der Bemerkung, dass das Geld selbstverständlich nicht eingespart wird, nicht eingespart werden darf, ist es mir wichtig, hier auch zu sagen, dass gerade für Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Wien ein sehr, sehr gutes soziales Netz herrscht, das auch laufend ausgebaut wird. Es gibt einen Gratiskindergarten mit Integrationsgruppen, das ist eine absolute Seltenheit in ganz Österreich! Es gibt heilpädagogische Einrichtungen, es gibt die Tagesbetreuung, es gibt Beratungsstellen und natürlich auch den angesprochenen Fahrtendienst um 14,1 Millionen EUR. Ich möchte noch einmal sagen, dass auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern hier wirklich alles getan wird, dass Kinder mit körperlichen Behinderungen beschult werden können, und das auf einem hohen Niveau. Daran werden wir weiterarbeiten.

Jetzt noch zur Ferienbetreuung. Wichtig ist schon: Worum geht es? Es geht darum, dass allen Kindern, deren Eltern das nicht anders organisieren können, allen Kindern, deren Familien das brauchen, ein Angebot zur Sommerferienbetreuung zur Verfügung steht. Ich glaube, da sind wir uns einig. Dass dieses Angebot weiter ausgebaut werden muss, darüber sind wir uns interessanterweise nicht einig, aber darauf kommen wir noch zurück. Wir sind der Meinung, es muss weiter ausgebaut werden, und dass das zentral und gesteuert strategisch abgewickelt wird.

Das Sommerferienangebot wird abgewickelt durch die MA 10. Wenn sich Eltern informieren wollen, wenn sie sich anmelden wollen, dann passiert das an einer Stelle. Die Anmeldung erfolgt im Jänner 2011, so weit hat Frau Kollegin Schütz recht. Sie haben aber gesagt: Man muss sich im Jänner anmelden, muss es zahlen, erst im Mai bekommt man Antwort, und dann ist das Geld verloren. - Ganz so ist es nicht!

Die Anmeldung erfolgt ab Jänner 2011. Bis zum 28. Feber haben die Familien Zeit, das in der Nachmittags-

betreuung der Schule abzugeben, dann geht es an die Servicestelle. Dann wird ein Angebot an die Eltern ausgesandt, und dann hat man Zeit, ein Reservierungsentgelt zu zahlen, bis Mitte März. Dann werden ab Ende April die Platzangebote versandt.

Ich möchte Ihnen wirklich zugute halten ... (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Doch, das ist schlicht und einfach die Regelung! Ab Ende April, es kann auch manchmal Anfang Mai sein. - Ich möchte Ihnen zugute halten, dass sie sich hier für die Situation engagieren. Es ist auch uns wichtig, dass man das so schnell wie möglich machen kann, deshalb haben wir Ihren Antrag auch zugewiesen. Da kann man immer optimieren.

Was aber schon wichtig ist - und das ist es mir, auch wenn es für Einzelfälle nicht ideal ist -: Die Platzzusagen von der Einzahlung des Reservierungsentgeltes abhängig zu machen, ist leider unumgänglich. Denn was ist dadurch möglich? Erstens ist dadurch möglich, dass man die Ressourcen effizient nutzen kann und nicht Plätze dort anbietet, wo keiner welche braucht. Zweitens ist dadurch möglich, eine Sicherheit eines Platzes zu garantieren für die Eltern, die das eingezahlt haben; ab dem Moment ist es sicher. Drittens - und das muss ja politisch relevant sein - ist es möglich, vorhandene Plätze bestmöglich nach den Bedürfnissen aufzuteilen. Sonst könnte man ja sagen, man macht ein bisschen hier, ein bisschen da und ein bisschen dort, und dann können sich die Leute anmelden. So holen wir die Anmeldungen und können nachher schauen, wo wir die Ressourcen brauchen.

Man kann auch nicht sagen, dass es so wenige Plätze gibt, dass die Leute quer durch Wien fahren müssen. Es gibt selbstverständlich Angebote in ganz Wien, in allen Bezirken, in den Horten in allen Bezirken, an Ganztagschulstandorten, und bei der Platzvergabe wird selbstverständlich auf den Wohnort Rücksicht genommen. Es ist völlig klar, es kann nicht immer ums Eck sein. Aber es ist auch völlig klar: Uns geht es darum - und für uns als Politikerinnen und Politiker ist das unser Job -, das bestmögliche System für alle zu schaffen. Das bestmögliche System für alle heißt, dass man die Ressourcen bestmöglich nutzt und dass man die Ressourcen ständig bestmöglich ausbaut.

Das finde ich ganz interessant, denn wir haben im vorletzten Ausschuss beschlossen, 844 000 EUR für 400 zusätzliche Plätze auszugeben. Wer stimmt dagegen? Die FPÖ und die ÖVP! Interessant, wirklich interessant: Wir sind für den Ausbau von Sommerbetreuungsplätzen, und Sie sind dagegen. Das finde ich schade und das heute zum Thema zu machen, unredlich.

Jetzt ist schon Unruhe hier im Saal; ich hätte noch gerne etwas zum Thema Schulsystem an sich gesagt. Ich bin nämlich der Meinung, dass permanent das Keulenschwingen - Herr Kollege Gudenus macht das, aber er ist jetzt nicht hier. Wir haben heute eine Dringliche, dann kann ich noch darauf zurückkommen.

Ich bin nämlich der Meinung, die wirklich Leistungsfeindlichen sind diejenigen, die ein Schulsystem wollen, das Kinder in Töpfe packt, nämlich in zwei Töpfe: Es gibt eine tolle Schule für die Tollen und eine Restschule für

die anderen. Genau diese Leute, die die Kinder in Töpfe packen, reden dann von Eintopf bei unserem Schulmodell. Ich möchte eine Schule, die allen Kindern die bestmögliche Möglichkeit gibt zu lernen, zu leisten, gefördert zu werden. Ich möchte nicht eine Schule, die das nur für ein paar bietet. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ganz besonders freue ich mich, dass wir heute eine Schule bauen - oder heute beschließen, eine Schule zu bauen -, die das für ganz, ganz viele Schüler, für 1 100 Kinder ermöglicht! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mehrstimmig mit den Stimmen der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN gegen die ÖVP angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über eingebrachte Beschluss- und Resolutionsanträge.

Zuerst stimmen wir ab über den Antrag Nummer 1, eingebracht von der FPÖ, betreffend Schulbusse. Hier ist sofortige Abstimmung beantragt. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Dafür sind der Antragsteller selbst und die ÖVP, gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPÖ, der Antrag ist somit abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag Nummer 2, ebenfalls eingebracht von der FPÖ, betreffend Ferienbetreuung. Hier wurde Zuweisung beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Förderung an den Verein LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN gegen die FPÖ mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die Sozial Global Aktiengesellschaft. Auch hier ist niemand zum Wort gemeldet. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist abermals mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN gegen die Freiheitlichen mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 21 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Entwurf für eine Äußerung des Gemeinderates an den Verfassungsgerichtshof betreffend die Anfechtung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, Plandokument Nr 7803, in Wien 12. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Hora,

die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Karlheinz **Hora**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Poststück.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. - Als Erster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Herr Stadtrat!

Die Herren Norbert und Norbert Martinschitz haben beim Verfassungsgerichtshof einen Antrag eingebracht, den auf Grund des vom Gemeinderat am 30.10.2008 beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes - das Plandokument 7803, die sogenannten Komet-Gründe -, soweit dieser die Liegenschaft der Antragsteller, EZ 490, Grundbuch Meidling, betrifft, als gesetzwidrig aufzuheben. Der Verfassungsgerichtshof hat den Wiener Gemeinderat aufgefordert, bis zum 7.6.2011 eine schriftliche Äußerung abzugeben.

Diesem Plandokument 7803 haben am 30.10.2008 nur SPÖ und FPÖ zugestimmt. Abgelehnt haben das Plandokument die ÖVP und die GRÜNEN - und, meine Damen und Herren, die GRÜNEN sind leider wieder einmal umgefallen! Obwohl sie dem Plandokument 7803 nicht zugestimmt haben, müssen sie jetzt einer Meinung der Magistratsdirektion, Geschäftsbereich Recht, Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten, den Antrag abzulehnen, und dem Antrag des Verfassungsdienstes folgen. Das heißt, sie akzeptieren nicht, dass die Antragsteller äußern können, dass sie gegen dieses Plandokument sind, und dass dieses vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wird - wahrlich eine Versagen der Grünen Partei hier in diesem Rathaus! Sie müssen sich der Koalitionsstrategie beugen.

Denn, meine Damen und Herren, 524 Einsprüche wurden damals eingebracht. Die GRÜNEN haben sehr wohl argumentiert, dass dieses Plandokument nicht in Kraft treten soll, wie es eingereicht worden ist - und trotzdem müssen sie jetzt einfach Ja dazu sagen!

Gerade weil Bürgeranliegen ein so wichtiger Bestandteil des Ressorts von VBgmin Vassilakou sind, muss man die Äußerungen der Magistratsdirektion im Bereich Verfassungsdienst hinterfragen. Was sind nämlich die Bürgeranliegen der Frau Vizebürgermeisterin wirklich wert, meine Damen und Herren, wenn die Legitimation von Bürgern im Fall der Flächenwidmung Komet-Gründe von der Magistratsdirektion aberkannt wird?

Während die FPÖ dem ursprünglichen Plandokument zu den Komet-Gründen zugestimmt hat, hat sie doch einem großen Einkaufszentrum mit 12 000 m² und dem Komet-Turm mit einer Höhe von mehr als 60 m zugestimmt, und so bleibt offenbar die ÖVP die einzige Kraft, die gegen den Turmbau von Meidling und das zusätzliche Einkaufszentrum auftritt. Die FPÖ-Meinung, endlich geschieht etwas, greift nämlich, meine Damen und Herren, viel zu kurz und die Wirtschaft und die Bürger in Meidling haben gemeinsam das Recht, dass dieser Bau verhindert wird. Schon jetzt wird das Herz der Meidlinger Einkaufsstraße nicht besonders gefördert und mit dem

Bau des Turms an der Frequenzlage U-Bahn-Station wird der Einkaufsstraße Meidlinger Hauptstraße der wirtschaftliche Todesstoß versetzt, meine Damen und Herren, und da helfen noch so viele Planungen zur Verbesserung der Struktur der Meidlinger Hauptstraße nichts. SPÖ, FPÖ und GRÜNE interessiert Meidling offenbar nicht sehr, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Ihnen offenbar wurscht.

Wie hat Generaldirektor Andreas Treichl von der Ersten Bank so schön gesagt: „Die Politiker haben kein wirtschaftliches Verständnis.“ Und dies gilt offenbar in dieser Stadt für die SPÖ, die FPÖ und die GRÜNEN.

Die ÖVP will nicht, dass der Individualantrag der Herren Schütz betreffend Komet-Gründe durch die Stadt Wien abgelehnt wird. Wir wollen, dass das Plandokument Nr 7803 teilweise aufgehoben wird und wir wollen, dass die Bürgerrechte nicht durch den Verfassungsdienst der Stadt Wien ausgehebelt werden.

Wir werden daher dem Antrag des Verfassungsdienstes nicht zustimmen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Dadak, ich erteile es ihm.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Man kann jetzt schon ruhig sagen, seit Jahrzehnten, ja seit Jahrzehnten ist die Verbauung des ehemaligen Komet-Areals in Wien Meidling ein Thema, mit dem sich nicht nur die Wiener Stadtplaner ausführlich befasst haben. In der Zwischenzeit jedoch ist das Areal durch praktische Nichtnutzung zu einer riesigen G'stätten verkommen, ohne Grünraum für die Bevölkerung.

Bereits 1996 haben die Freiheitlichen in der Meidlinger Bezirksvertretung den Antrag gestellt, das einzige Grundstück, das der Stadt Wien in diesem Bereich gehört, für die Zeit bis zum Baubeginn eines neuen Projektes als zugegebenen kleinen, aber für die Öffentlichkeit nutzbaren Park zu gestalten. Der Antrag wurde mehrmals eingebracht, aber jedes Mal von der SPÖ abgelehnt. Die Lösung für eine neue sinnvolle Nutzung dieses Areals entstand dann in der Projektierung eines Hochhauskomplexes, der nach anfänglich überdimensionierter Planung durch aktive Beteiligung der Freiheitlichen am Flächenwidmungsplan deutlich reduziert wurde. Wir haben uns aktiv an einer Lösung beteiligt, denn prinzipiell dagegen zu sein, wie die GRÜNEN, stellt keine Lösung dar.

Zusätzlich hat die FPÖ noch einige Forderungen durchsetzen können, zum Beispiel eine teilweise Überplattung des Wienflusses und der U4, um eine fußläufige Verbindung zwischen dem 12. und dem 15. Bezirk zu gewährleisten und damit den Bereich in bezirksräumlicher Hinsicht aufzuwerten, indem diese Fläche als hochwertiger Freiraum ausgestattet werden soll, wie auch der Magistrat auf Seite 6 einer Äußerung an den Verfassungsgerichtshof festgestellt hat.

Eine weitere Forderung ist, mehr Grünflächen schaffen. Dieser freiheitlichen Forderung wird auch im neuen Plan durch weit mehr als ursprünglich geplanten Grün-

raum entsprochen. Zusätzlich hat der Bauträger zugesagt, Parkplätze der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Das ist zumindest ein kleiner Schritt für eine Parkraumbewirtschaftung ohne Parkpickerlabzocke in diesem Bereich.

Im Gegensatz zum ursprünglichen Plan, den ganzen Häuserblock zu verbauen, wurde das Projekt jetzt deutlich verkleinert und umfasst die Grundstücke der verbleibenden Anrainer überhaupt nicht mehr.

Und damit komme ich jetzt zu der Eingabe an den Verfassungsgerichtshof: Wir Freiheitliche haben dem Geschäftsstück im Ausschuss zugestimmt und werden auch heute im Gemeinderat unsere Zustimmung erteilen. Wie der Magistrat in der zu beschließenden Äußerung richtig formuliert hat, sind diese ganzen Eingaben der Nachbarn samt und sonders zurückzuweisen, insbesondere weil deren Grundstücke durch den vorliegenden Flächenwidmungsplan nicht abgewertet, sondern durch die neu entstandenen Bebauungsmöglichkeiten sogar aufgewertet werden. Ob die jetzt davon Gebrauch machen oder nicht, das sei dahingestellt. Grundsätzlich ist das Grundstück mehr wert, auch wenn es die Betroffenen wahrscheinlich aus emotionalen Gründen nicht wahrhaben wollen.

Die grünen Kollegen da sollten vielleicht ihren Parteifreunden in Meidling auch einmal erklären, wie das ganze funktioniert, denn die GRÜNEN im Bezirk stellen sich vehement gegen dieses Projekt, verlangen wider besseren Wissens eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die jedoch von der eigenen Stadträtin für Stadtentwicklung schon zurückgewiesen wurde. Die GRÜNEN im Bezirk schüren dort die Angst bei den Anrainern, anstatt diese aufzuklären und zu beruhigen. Vielleicht kann da die Frau Vizebürgermeisterin auf ihre FreundInnen im Bezirk Einfluss nehmen, damit diese grüne Politik der Angstmache in Meidling endlich ein Ende hat. (*Beifall bei der FPÖ.*) Immer nur Nein zu sagen, das ist auch keine Lösung.

In der Bezirksvertretungssitzung vom März dieses Jahres haben sich die GRÜNEN gewünscht, dass anstelle des Komet-Projektes ein Park entstehen solle. Es werden zwar im Rahmen des Projektes Grünflächen entstehen, wie ich eingangs schon erwähnt habe - Sie erinnern sich an die freiheitliche Forderung, die umgesetzt wird -, aber um eine Wirtschaftlichkeit des Projektes zu erreichen, sind auch räumliche Grenzen gesetzt. Natürlich ist innerstädtischer Grünraum immer ein wesentlicher Nutzen für die Bevölkerung und daher habe ich mir angesehen, ob man vielleicht tatsächlich in diesem Bereich eine andere große Grünfläche für die Bevölkerung findet. Tatsächlich, die Lösung liegt ja in unmittelbarer Nähe, nur zirka 500 m entfernt.

500 m entfernt ist ja die bekannte Marillental. Sie wissen, das ist dort, wo die Sozialdemokraten ursprünglich ein Monsterhotelprojekt genehmigt haben. Zum Glück wurde 2010 in der Juni-Sitzung des Gemeinderates, nachdem sich fast 90 Prozent der Bevölkerung gegen den Hotelbau ausgesprochen haben, eine Rückwidmung beschlossen, die allerdings bis heute noch nicht umgesetzt wurde, und das wäre auch interessant

zu erfahren, warum das noch nicht passiert ist.

Direkt neben der Marillental befindet sich ein großes Areal, der sogenannte Springerpark, in dem sich die ÖVP-Akademie befindet, wie Sie alle wissen. Zugegeben, das ist ein Privatpark, der seit einigen Monaten für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich ist. Angeblich kann man sich die Erhaltung des Parks nicht mehr leisten und Besucher werden durch möglicherweise herabfallende Baumteile gefährdet. Nun gut, dann hätte ich einen Vorschlag, wie wir drei Fliegen mit einer Klappe schlagen können, ich fasse zusammen:

Die ÖVP-Akademie kann sich die Erhaltung des Parks nicht mehr leisten. Die Bevölkerung möchte einen Erholungsraum haben, darf den Park aber aus Sicherheitsgründen nicht betreten, und die GRÜNEN im Bezirk, die suchen einen ökologischen Ausgleich zum Komet-Projekt. Da liegt ja eigentlich die Lösung schon auf der Hand: Die Stadt Wien kauft den Großteil oder Teile des Springerparkes. Damit wäre die Frage der Parkerhaltung einmal vom Tisch. (*GR Heinz Hufnagl: Mit der Portokasse, so nebenbei!*) Nun, da komme ich gleich dazu, da komme ich gleich dazu. Damit ist die Frage der Parkerhaltung vom Tisch. (*GR Heinz Hufnagl: Da muss aber der Verkäufer auch noch mitspielen!*) Die Bevölkerung bekommt eine größere Erholungsfläche, und das war übrigens ein Hauptargument der Sozialdemokraten für den ursprünglich geplanten Flächentausch, der allerdings in finanzieller Hinsicht für die Stadt Wien ein großer Nachteil gewesen wäre, und zusätzlich würde dem grünen Wunsch nach mehr Grünraum für die Bevölkerung im Bezirk nachgekommen werden.

Und bevor Sie jetzt sagen, der Austausch muss jetzt aus der Portokassa bezahlt werden: Das geht wirklich fast aus der Portokassa zu zahlen, denn Park- und Wiesenflächen ohne Ertragsmöglichkeit sind so ziemlich die billigsten Grundstücksflächen überhaupt. Selbstverständlich darf es, lassen Sie mich ausreden, selbstverständlich darf es bei dem Ankauf nicht zu spekulativen Gewinnen durch überhöhte Forderungen seitens des Grundstückseigentümers kommen. Prinzipielle Gesprächsbereitschaft ist ja schon bekundet worden. Um eine bestmögliche Lösung für alle Beteiligten zu erzielen, möchte ich daher folgenden Beschlussantrag einbringen, und der ist wirklich sehr allgemein gehalten, um das nicht irgendwie einzuengen. Der Beschlussantrag lautet:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für den Ankauf von Teilflächen des Springerparks durch die Stadt Wien aus und ersucht die zuständigen Stellen, mit den Grundeigentümern diesbezüglich Kontakt aufzunehmen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der FPÖ - GR Heinz Hufnagl: Hat die FPÖ vielleicht auch dort ein Grundstück!*)

Und damit will ich jetzt nicht irgendeiner Partei durch Grundstücksspekulationen vielleicht Geld zuschanzen, sondern es sollte dort wirklich im Sinne der Öffentlichkeit eine Entscheidung getroffen werden, damit das ein für allemal erledigt ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Dipl.-Ing Al-Rawi. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Omar Al-Rawi (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir diskutieren über eine Stellungnahme gegenüber dem Verfassungsgerichtshof wegen einer Klage der Besitzer der Liegenschaften in der Fabrikgasse, über den Standort Komet. Und über die Zulässigkeit an sich sind wir schon der Meinung, dass es aus formellen Gründen - und das ist auch die Meinung der Juristen - abzuweisen ist. Ich möchte jetzt nicht näher in diese juristische Diskussion eingehen, aber allein dass der Antragsteller keinen Zeitplan für die Umsetzung seines Vorhabens vorgebracht oder dargestellt hat, wie etwa die Beauftragung eines Planers, und, was weiters zu unterstreichen ist, dass seine Liegenschaft von den besonderen Bestimmungen der Widmung BB3, die er angeführt hat, nicht betroffen sei, denn die nötige Grenze verläuft südlich dieser Baulinie, und die Bestimmung BB2, wo er sich darüber beschwert, dass keine Fenster ab der, glaube ich, 45 von der Nulllinie seitens der Schönbrunner Schloßstraße zu errichten sind, kommt ja für ihn ja auch nicht in Frage, weil ja sein Grundstück gar nicht an die Schönbrunner Schloßstraße angrenzt. Aber das jetzt nur in formaler Hinsicht.

Ich möchte die Diskussion wieder aufgreifen, weil die ÖVP heute grundsätzlich unsere Diskussion, unsere Widmung, in Frage stellt, die wir seinerzeit für die Komet-Gründe gemacht haben. Es stimmt, wenn Herr Dworak gemeint hat, dass die ÖVP und die GRÜNEN damals nicht für die Widmung mitgestimmt haben, aber ich rufe schon in Erinnerung, dass wir seinerzeit einen Abänderungsantrag eingebracht haben, nachdem wir uns sehr lange und sehr intensiv mit dieser Widmung beschäftigt haben, ich rufe in Erinnerung, es gab natürlich mehrere Interessenten, die bei diesem Thema mitdiskutiert haben, es gab das Interesse des Investors, der natürlich alles rausholen wollte, es gab das Interesse des Bezirkes, der diesen, das kann man wohl sagen, Schandfleck in Meidling ertüchtigen und neu gestalten wollte, es gab das Interesse der Kaufleute in der Meidlinger Hauptstraße, die Sorgen hatten, es gibt natürlich selbstverständlich die Bedenken der Anrainerinnen und Anrainer, die bei einem großen Projekt Sorge haben, wie es werden wird, und es gibt natürlich die Interessen der UNESCO, die sich über das Weltkulturerbe auch Gedanken gemacht hat. Um alle diese Interessen unter einen Hut zu bringen, waren natürlich Kompromisse notwendig, und diese Kompromisse sind im Endeffekt für viele vielleicht nicht das Beste dessen, was herauszubekommen möglich ist, aber das haben Kompromisse so an sich. Und dieser Abänderungsantrag, den wir damals eingebracht haben, wo wir auch eine Begrenzung der Widmung vorgenommen haben, wurde von allen vier Parteien getragen.

Also hier zu stehen, Herr Dworak, und zu sagen, die ÖVP war dagegen, ist nicht logisch, denn dann hätten Sie gegen diesen Abänderungsantrag auch nicht gestimmt. Ich möchte den folgenden Punkt trotzdem noch einmal hervorheben, weil wir diese Widmung nicht jetzt

im Nachhinein als eine falsche Entscheidung hinstellen wollen.

Der erste Punkt ist der stadträumliche Gesichtspunkt dieser Widmung. Vergessen wir nicht, dass es hier um eine perfekte Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz gibt, es gibt die U4-Station, eine Station weiter ist der Umstieg zur U6 möglich und mit der U6 kann man auch auf der Philadelphiabrücke auf die Südbahn umsteigen, und das hat einfach oberste Priorität bei solchen Widmungen. Wenn wir uns, meine Damen und Herren, zum Prinzip „Stadt der kurzen Wege“ bekennen, dann müssen wir jede Verdichtung wahrnehmen, insbesondere bei so einem Standort, und dürfen sie einfach nicht außer Acht lassen. Denn wenn wir das nicht tun, heißt das, Ausufern der Stadt, enorme Verteuerung beziehungsweise nicht mehr leistbare Infrastruktur, Zersiedelung der Städte, Zerstörung von Grünraum und erhöhter Ausstoß von Kohlenmonoxid.

Der zweite Gesichtspunkt ist einer in bezirksräumlicher Hinsicht, und jeder, der die Gegend kennt, der weiß - ich bin auch ein Meidlinger -, das Komet-Areal ist in der jetzigen Situation kein Verknüpfungspunkt zwischen dem 12. und 15. Bezirk. Wer heute vom 12. zum 15. Bezirk gehen möchte, hat sehr wenige Möglichkeiten, und das jetzige Komet-Areal stellt eher eine Barriere als eine Verbindung dar. Und in kleinräumlicher Hinsicht habe ich auch erwähnt, dass ein dringender Bedarf besteht, den desolaten Zustand des Areals zu verbessern, Wiental als hochwertigen Freiraum auszugestalten und den unattraktiven U-Bahn-Anschluss an dieser Stelle zu ertüchtigen, architektonisch wertvoll zu machen, sodass die Menschen, wenn sie an dieser U-Bahn-Station aussteigen, nicht über diesen kleinen, schmalen Weg Richtung der jetzigen Zentrale des Arbeiter-Samariter-Bundes gehen müssen der so schmal ist, dass man teilweise, wenn jemand entgegenkommt, sich seitlich stellen muss und dann der Verkehr im Wiental daneben donnert, vom Radweg gar nicht zu sprechen. Da gibt es eben das Konzept einer Benutzerfreundlichkeit, dass eine Überdachung des Wienflusses geschaffen wird und dass dort eine attraktive Umsetzung in Richtung des Bezirkes erfolgt.

Der Antragsteller führt auch an, dass die Verkehrsplanung des Bundes ignoriert worden ist. Ich frage mich, welche? Welche Autobahnen, welche Schnellstraßen, welche Eisenbahntrassen sind dort vorhanden, die wir ignoriert haben? Und die U-Bahn-Planung, wie Sie wissen, fällt nicht in die Kompetenz des Bundes, und zum Weltkulturerbe vielleicht ein paar Worte später.

Einer der Punkte, die noch angeführt wurden, ist, dass das Umweltverträglichkeitsgesetz nicht beachtet worden ist. Hier sei noch einmal auf zwei Fakten hinzuweisen. Das Umweltverträglichkeitsgesetz sieht vor, wenn Geschäftsflächen von über 50 000 m² geplant sind, dessen Bestimmungen zu beachten sind. Im vorliegenden Projekt sind maximal 12 000 m² vorgesehen, also erheblich weniger und maximal 500 Autostellplätze. Es stimmt, dass jetzt in dieser Widmung die Maximierung auf 510 erfolgt, aber diese 510 sind für das gesamte Areal vorgesehen und jene Stellplätze, die nur für das

Einkaufszentrum vorgesehen waren, sind ja maximal 150 Stück.

Zur Sorge des Herrn Kollegen Dworak, dass die Einkaufskraft oder das Gewerbe in der Meidlinger Hauptstraße darunter leidet, kann ich nur berichten, dass wir in Meidling die Erfahrung mit der Arkade im nördlichen Teil der Meidlinger Hauptstraße gemacht haben, dass sie sich nicht negativ ausgewirkt hat, im Gegenteil, sie hat die Meidlinger Hauptstraße in diesem Bereich belebt, und wir brauchen auch im südlichen Bereich eine zusätzliche Ertüchtigung.

Auch der Vorwand, dass keine sozialen Räume und solche für Begegnungen vorgesehen sind, stimmt auch nicht. Es sind gerade auf der verkehrsabgewandten Seite attraktive Fußwege und eine Plattform über den Wienfluss geplant. Dass wir auf Parkflächen bewusst verzichtet haben, kommt aus den Erfahrungen, dass die Nähe von U-Bahn-Stationen beziehungsweise von hochrangigen Einfahrtsstraßen soziale Problempunkte darstellen und keine vertretbaren Erholungswerte bei der Errichtung von Parkanlagen in solchen Bereichen gegeben sind.

Auch die Hochbaurichtlinien, die wir beschlossen haben, und besonders die Borderline-relevanten Punkte sind bei diesem Projekt eingehalten worden, und zwar in allen relevanten Punkten.

Noch ganz kurz zur UNESCO-Weltkulturerbe-Konvention. Hier sei noch einmal festgehalten, dass dieses Projekt außerhalb der Kernzone liegt. Nichtsdestotrotz haben wir mit Vertretern der ICOMOS diskutiert - für jene, die das nicht wissen, das ist der International Council on Monument and Sites - und mit Herrn Klotz, der uns dort vertreten hat, wurde das Projekt besprochen, reduziert, redimensioniert und wurde auch dort angenommen. Auch lächerlich ist ja der Vorwurf, der wirklich nicht nachvollziehbar ist, dass das Plandokument nicht leserlich sei. Es ist wirklich schwer nachvollziehbar, weil gerade bei diesem Dokument entgegen der gebräuchlichen Darstellung im Maßstab von 1 zu 2 000 statt dessen im Maßstab 1 zu 1 000 dargestellt wurde.

Kollege Dadak hat ja auch schon hingewiesen, dass der Vorwurf der stillen Enteignung oder Wertminderung wirklich nicht gegeben ist. Wer sich das Ganze wirklich ansieht, wird erkennen, dass dort im Gegenteil in monetärer Hinsicht auf jeden Fall aber auch in Form der Qualität der Umgebung eine erhebliche Verbesserung dieses Grundstückes eintreten wird, und dass ja der Investor dort auch die meisten Liegenschaften oder alle bis auf diese zwei gekauft hat, und soweit ich gehört habe, hat er auch ein gutes Angebot bekommen und muss eigentlich wissen, dass da wirklich keine Wertminderung stattgefunden hat.

Zum Antrag von Kollegen Dadak, die Stadt Wien möge sich einsetzen, den Springerpark oder Teile des Springerparks zu kaufen sei hier erwähnt, dass dieser Springerpark zu zwei Drittel im Besitz der Karl-Lueger-Stiftung Wiener Volksheime, glaube ich, und zu einem Drittel im Besitz der ÖVP-Akademie steht.

Wir haben in dieser Gegend, in die Marillental, glaube ich, 5 Millionen EUR investiert und eine der

schönsten Auswärtsspielplätze errichtet, Schönbrunn liegt in unmittelbarer Nähe, es gibt genug Grünraum. Wir hätten es natürlich sehr gerne, dass dieser Springerpark für die Bevölkerung zugänglich ist. Nur ist das nicht möglich, weil der Besitzer, die ÖVP, die Erhaltung des Parks in den letzten Jahren vernachlässigt hat und sozusagen jetzt damit argumentiert, dass es gefährlich sei, diesen zugänglich zu machen, und dass man sie damit noch belohnen würde, wenn wir das jetzt kaufen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Da könnte man Parkplätze machen!*) Kollege Hufnagl hat mit Recht auch gefragt, mit welchen Möglichkeiten wir das tun sollten, vielleicht mit der Portokassa? Überhaupt, wenn wir heute den Beschluss fassen, dass wir es kaufen mögen, glaube ich nicht, dass es dienlich sein wird, um den Kaufpreis nach unten zu reduzieren. Daher empfehle ich die Ablehnung dieses Antrages und für das vorliegende Stück, welches wir gerade bearbeiten, bitte ich Sie, den Antrag auf teilweises Aufheben des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, Plandokument Nr 7803 zurückzuweisen und ersuche um Zustimmung. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Daher kommen wir nun zur Abstimmung. Ein Gegenoder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. (GRin Dipl-Ing Sabine Gretner geht zum Vorsitzenden und wünscht die Erteilung des Wortes.)

Bitte, ist bei mir noch nicht angekommen. Die Debatte ist grundsätzlich geschlossen, es tut mir leid, ist nicht bei mir angekommen. (Zahlreiche Zwischenrufe.) Nun gut, ich hoffe, es ist im Sinne des Gemeinderates, wenn wir hier eine Ausnahme machen und Frau Kollegin Gretner noch ihre Wortmeldung bekommt. Herr Kollege Berichterstatter, ist Ihnen das auch recht?

Berichterstatter GR Karlheinz **Hora**: Soll so sein.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Also, Frau Kollegin Gretner, ich bitte um Ihr Wort.

GRin Dipl-Ing Sabine **Gretner** (Grüner Klub im Rathaus): Danke, Herr Vorsitzender!

Offensichtlich war das ein Kommunikationsfehler, aber nachdem wir doch mehrmals angesprochen wurden, glaube ich, macht es durchaus Sinn, dass ich mich dazu kurz äußere. Das Projekt Komet ist wirklich ein lang umstrittenes und ich muss ehrlich sagen, dass ich es immer noch nicht für ein Glanzstück der Wiener Stadtplanung halte. Allerdings wundert es mich schon, dass gerade die ÖVP mit dem Argument der Wirtschaftsfeindlichkeit et cetera kommt. Sie wissen schon, dass das ein beschlossenes Plandokument ist und eigentlich Rechtssicherheit für Wirtschaftstreibende enorm wichtig ist. Und es gibt ja nicht nur die Handelstreibenden, sondern natürlich auch die Bauwirtschaft und Rechtssicherheit ist sicher auch etwas, was Handelstreibenden zugute kommt. Ich glaube, dass es äußerst ungewöhnlich wäre, wenn man hier diesem Individualantrag auf diese Art und Weise recht geben würde, wie Sie das vorher formuliert haben.

Bezüglich des Springerparks meine ich auch, dass es ein wenig eigenartig ist, dass Sie dort jahrelang Veran-

staltungen durchgeführt haben, und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die Besucher Ihrer Veranstaltung durch herabstürzende Äste et cetera gefährden. Also das heißt, diese jetzige Sperre scheint mir doch eher ein Druckmittel zu sein, um da wieder ein bisschen Bewegung in die Debatte zu bringen.

Richtung FPÖ kann man nur sagen, ich glaube auch, dass der Ankauf nicht das richtige Mittel ist, sondern dass man hier um Lösungen bemüht sein muss, die wiederum der Öffentlichkeit zugute kommen müssen, die aber auch den Grundeigentümer sozusagen fair behandeln. Wir werden, so wie angekündigt, und wie wir ja gemeinsam beschlossen haben, dieses Plandokument auch in Angriff nehmen und diese Rückwidmung am Tivoli vorantreiben. Und in diesem Sinne empfehle ich auch, den Antrag der FPÖ abzulehnen und dem anderen Individualantrag, also unserem Tagesordnungspunkt, zuzustimmen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Gut. Nunmehr ist die Debatte endgültig geschlossen, nachdem hoffentlich niemand mehr zum Wort gemeldet ist. Nein, das ist nicht der Fall. Der Herr Berichterstatter verzichtet weiterhin auf das Schlusswort.

Daher kommen wir nun endgültig zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Daher bitte ich jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Stimmen der FPÖ, SPÖ und der GRÜNEN gegen die ÖVP mehrheitlich angenommen.

Weiters kommen wir zur Abstimmung über den eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag der FPÖ betreffend Springerpark. Hier ist die sofortige Abstimmung beantragt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Stimmen der Antragstellerin FPÖ gegen die Stimmen der anderen Parteien abgelehnt.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 23 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7965 im 7. Bezirk, KatG Neubau. Zum Wort ist hier niemand gemeldet. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN gegen die Freiheitlichen mehrstimmig angenommen.

Daher gelangt nunmehr die Postnummer 25 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7974 im 22. Bezirk, KatG Kaisermühlen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Hora, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Karlheinz **Hora**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist als erster Redner Herr GR Mahdalik, ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren!

Dem Plandokument werden wir, wie schon im Ausschuss, nicht unsere Zustimmung erteilen, wiewohl sich eine Diskrepanz zum Abstimmungsverhalten der Fraktion in der Bezirksvertretung ergibt, aber es haben sich in der Zwischenzeit einige neue Aspekte aufgetan, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt waren. Ich möchte aber diesen Tagesordnungspunkt dazu nutzen, einen Antrag einzubringen, den ich auch nicht lang und breit hier erklären möchte, denn die Problematik ist meinen Kollegen auch aus den anderen Fraktionen im Bezirk seit vielen Jahren bekannt und beschäftigt mittlerweile schon den dritten Bezirksvorsteher. Es betrifft das Siedlungsgebiet in der Pfalzgasse, wo noch immer einige Verkehrsflächen noch nicht ins öffentliche Gut übernommen sind und sich daraus massive Nachteile für die Anrainerschaft ergeben und auch massive finanzielle Belastungen im Raum stehen, die so vom leider viel zu früh verstorbenen Bezirksvorsteher in Abrede gestellt wurden. Und daher bringen wir hier und heute folgenden Antrag betreffend Siedlungsgebiet in der Pfalzgasse ein.

„Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stadträtinnen für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung sowie Umwelt und der zuständige Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung werden ersucht, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, dass die Übernahme ins öffentliche Gut ohne Nachteil für die Bewohner der Siedlung Pfalzgasse entsprechend dem gegebenen Versprechen des damaligen Bezirksvorstehers in der Komplettvariante endlich erfolgt.“

Die Leute hätten es sich dort redlich verdient.

„Und zum Zweiten, die Kosten für den Kanalbau aus den Mitteln der Gemeinde Wien zu bestreiten.“

In formeller Hinsicht fordern wir die Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse und ersuchen um Zustimmung aller Fraktionen. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schrödl. Ich erteile es ihr.

GRin Karin **Schrödl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gleich am Anfang, zum Antrag der FPÖ, Pfalzgasse: Wir werden der Zuweisung zustimmen und in den entsprechenden Gremien den Antrag beraten.

Zum Plandokument: Kollege Mahdalik hat das ja schon erwähnt, in der Bezirksvertretung wurde diesem Akt zugestimmt, was grundsätzlich auch sehr vernünftig ist. Wir wissen alle, die Donaustadt ist ein wachsender Bezirk mit mittlerweile über 170 000 Einwohnern, davon sehr viele Jungfamilien, und Kindergartenplätze sind etwas, was wir in diesem Bezirk ganz dringend brauchen. Dieser Kindergarten soll auf dem Gebiet des ehemaligen Schützenwirts entstehen.

Es gibt dort keine Einwohner, und seit der Schließung des Schützenwirts auch keine Arbeitsstätten, es befindet sich in unmittelbarer Nähe des Donauparks, es gibt einen Anschluss ans Radewegnetz, befindet sich

bei der U-Bahn und ist auch mit dem Auto erreichbar. Laut STEP 2005 befindet es sich im Zielgebiet Waterfront. Der internationale Montessori-Kindergarten befindet sich zur Zeit ein paar Gehminuten weg von dem neuen Ort in der Julius-Payer-Gasse. Dort gibt es zu wenig Platz, um den nötigen Bedarf zu befriedigen, er befindet sich auch in einer Sackgasse und daher gibt es immer wieder Probleme bei der Zufahrt der Eltern mit dem Auto.

Wir hoffen, dass sich alle anderen Fraktionen und vielleicht auch die FPÖ doch noch davon überzeugen lassen, dass auch ihre Bezirkspartei da die richtige Entscheidung getroffen hat und bitte um Zustimmung zum vorliegenden Akt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlusswort.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist der Fall mit den Stimmen der Koalition und der ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ.

Wir kommen nun zum Beschlussantrag, der von den FPÖ-Gemeinderäten Schütz, Mahdalik, Stark, Wansch und Baron betreffend Gartensiedlung Pfalzgasse eingebracht wurde, und ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag, der auf Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse gerichtet ist, die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe eine einstimmige Zustimmung.

Es gelangt nunmehr Postnummer 26 der Tagesordnung zur Verhandlung, sie betrifft das Plandokument 7972 im 22. Bezirk, KatG Aspern und Eßling. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Schrödl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Karin **Schrödl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Tschirf. Ich erteile es ihm. Nachdem Herr GR Dr Tschirf offensichtlich auf seine Wortmeldung verzichtet, kommen wir sofort zur Abstimmung, weil die Berichterstatterin auf ihr Schlusswort verzichtet. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Der Antrag ist mehrheitlich gegen die Stimmen der ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 28 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Verkauf eines Grundstückes im 10. Bezirk, KatG Inzersdorf Stadt Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen also sofort zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Aktenstück ist mehrheitlich mit den Stimmen der Koalition so angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 13 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung. Zu Wort ist niemand gemeldet, alle potentiellen Sprecherinnen und Sprecher haben sich streichen lassen. Ich komme daher sofort zur Abstimmung. Ich bitte

jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Aktenstück ist mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Opposition so mehrheitlich angenommen.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlungen über die Geschäftsstücke 15 und 16 der Tagesordnung, sie betreffend Subventionen an den Verein Wiener Stadtfeste und an den Verein Wiener Kulturservice, zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Ich sehe keinen Einwand. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 16 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Geschäftsstück ist mit den Stimmen der Regierungskoalition und der ÖVP ... *(Zwischenruf aus der SPÖ: 15!)* 16, ich habe hier 16. Nein, Sie haben recht. Entschuldigen Sie bitte, 15. Das war mein Fehler.

Ich wiederhole daher die Abstimmung. Es stehen beide hintereinander. Jene Damen und Herren, die dem Geschäftsstück Postnummer 15 ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, und ich danke Ihnen für den Hinweis. Das Aktenstück ist mit den Stimmen der Regierungskoalition und der ÖVP mehrheitlich gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 16 und ich bitte jene Damen und Herren, die dem Geschäftsstück 16 ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Geschäftsstück ist mit den Stimmen der Regierungskoalition und der ÖVP mehrheitlich gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 18 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen also gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Geschäftsstück ist mehrheitlich mit den Stimmen der Regierungskoalition und der ÖVP angenommen gegen die Stimmen der FPÖ.

Es gelangt nunmehr Postnummer 20 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Prof Dr Vitouch, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch**: Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine Damen und Herren! Frau Vorsitzende!

Der Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung sucht um 105 000 EUR an. Man könnte sagen, 105 000 EUR ist nicht viel, und man macht es für einen guten Zweck. Man fragt sich nur, warum es diesen Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung schon so lange

gibt und warum man diesen nicht in das Stadt- und Landesarchiv der Stadt Wien eingliedert. Man könnte damit Verwaltungskosten sparen, man könnte einen Verein, der im Ansuchen nur 4 000 EUR Vereinseinnahmen aufweist, sozusagen anderwärtig auch etwas zukommen lassen, und es würde professionell durch das Stadt- und Landesarchiv der Stadt Wien viel besser betreut werden können.

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Antrag nicht unsere Zustimmung erteilen und würden uns sehr freuen, wenn im Zuge der Einsparungsmaßnahmen, die man ja doch bei dem einen oder anderen Verein vorzunehmen versucht, bei diesem Verein auch einmal anfangen könnte. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch**: Danke, Frau Vorsitzende!

Wir alle wissen, dass das Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung, das wertvolle filmische Dokumente aus dem kulturellen und politischen Bereich der Entwicklung der Wiener ArbeiterInnenbewegung sichert, erhält, restauriert und wissenschaftlicher Aufarbeitung zugänglich macht, nicht nur das allein bewältigt, sondern zudem auch laufend Interviews mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen führt und darüber Dokumentarfilme dreht, und dass alle diese Produktionen mehrmals jährlich präsentiert werden, meist sehr gut besucht sind und einen öffentlichen Rahmen für die Tätigkeit dieses Vereins darstellen. Also, ich weiß es, dass man manchmal schwer einen Platz bekommt, weil sie so gut besucht sind. Das ist aber nur ein Aspekt, der für den Bestand dieses Archivs spricht und gegen eine Eingliederung in ein Stadt- und Landesarchiv, das vollkommen andere Aufgaben hat als eben nur die Archivierung.

Davon abgesehen ist auch die Zielgruppe eine andere, sie besteht vor allem aus kulturellen Film- und Medienschaffenden, aus Sozial- und Politikwissenschaftlern, aber auch aus in- und ausländischen Film- und Fernsehanstalten und Filmuniversitäten. Es erfolgt da zum Teil auch ein sehr produktiver Austausch, und wie gesagt, nebenbei auch noch die spezielle wissenschaftliche Dokumentationsarbeit.

Diese Dokumentationsarbeit kann natürlich nicht wirtschaftlich ausgewogen sein oder einen Gewinn des Vereins Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung ermöglichen, daher wird um diese Förderung angesucht.

Ich würde mir sehr wünschen, dass das Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung einmal nur mehr seine Dokumentationsaufgaben wahrnehmen müsste. Aber so lange noch zum Glück Zeitzeugen und Zeitzeuginnen existieren und es daher ein wichtiges Augenzeugendokument gibt, das man hier festhalten kann, bevor die letzten Zeitzeugen dieser Bewegung nicht mehr unter uns sind, so lange hat dieses Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung seine Aufgabe noch nicht erfüllt, und ich bitte daher um Zustimmung zum vorliegenden Akt. Danke.

Vorsitzende GRin Dr Sigrig **Pilz**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des

Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Ich sehe die Zustimmung seitens der Regierungskoalition und der FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP, der Antrag ist so angenommen. - Wir haben damit die ordentliche Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum Verlangen, das von den GRen Christine Marek und Dr Wolfgang Aigner eingebracht wurde und an den Herrn Bürgermeister gerichtet ist, nämlich die Dringliche Anfrage betreffend Einsparungen und Fehlentwicklungen im Bildungsbereich auf dem Rücken der Wiener PflichtschülerInnen.

Dies wird vom Anfragesteller mündlich begründet und darauf findet eine Debatte zum Gegenstand statt. Es wurde keine mündliche Begründung und Verlesung der Dringlichen Anfrage beantragt.

Wir kommen also zur Begründung der Dinglichen Anfrage und die sieht gemäß der Geschäftsordnung § 37 Abs 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich Frau GRin Marek das Wort.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herr Stadtrat!

Entgegen allen anders lautenden Lippenbekenntnissen spart die Stadt Wien massiv bei der Bildung, und es ist leider so, auch wenn wir es immer wieder anders hören, und auch weitere Fehlentwicklungen im Wiener Bildungsbereich sind zu beklagen. Wir hören und sehen es immer wieder in den Schulen, wir hören und sehen es immer bei dem, was uns Lehrerinnen und Lehrer sagen, bei dem, was wir von den Eltern, von den Elternvereinen, immer wieder hören und sehen.

Das hat uns bewogen, diese Dringliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister, der hoffentlich auch noch zu uns stoßen wird, zu stellen. Nicht zuletzt auch im Namen der unzähligen Wienerinnen und Wiener, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, die diese Entwicklungen ebenso mit Sorge betrachten.

Überfallsartig, meine Damen und Herren, wurden im Bereich der Wiener Pflichtschulen rückwirkend mit 1. März, und es war wirklich überfallsartig - wir haben es auch hier mehrmals diskutiert -, das heißt, mitten im laufenden Schuljahr, 160 Lehrerinnen- und Lehrerdienstposten eingespart. Und die Ursache, auch das haben wir mehrfach diskutiert, meine Damen und Herren, liegt darin, dass der Wiener Stadtschulrat über den mit dem Bund akkordierten Stellenplan hinaus zu viele Dienstposten vergeben hat, und die Stadt Wien war im Unterschied zu zahlreichen anderen, eigentlich den meisten anderen Bundesländern, nicht bereit, diese Personalkosten wenigstens für das laufende Schuljahr zu tragen.

So musste Ende Februar bei den Wiener Pflichtschulen ein massives Sparprogramm gestartet werden, wodurch massive Einschnitte im laufenden Schulbetrieb unumgänglich waren. Mitten im Schuljahr wurden Lehrfächerverteilungen geändert, Gruppen wurden zusammengelegt, was massive Einschnitte für die Schüler bedeutet hat, und auch unverbindliche Übungen wurden gestrichen.

Auch das vielgepriesene Teamteaching wurde zurückgefahren, Supplierungen entfallener Stunden wurden nur mehr bedingt durchgeführt, haben nur noch bedingt stattgefunden. Auch hat das bedeutet, dass sich Eltern oft sehr kurzfristig auf Stundenausfälle einstellen mussten. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und auch ich habe das bereits mehrfach an dieser Stelle gesagt - hat das natürlich massive Einschnitte bedeutet.

Es ist auch zu befürchten, meine Damen und Herren, dass das Sparen auf dem Rücken der Kinder nun auch im kommenden Schuljahr unvermindert weitergeht. Nach uns vorliegenden Informationen ist im kommenden Schuljahr auch geplant, dass weitere 140 Lehrerdienstposten eingespart werden. 140 weitere Lehrerinnen und Lehrer sollen im Wege von Karenzierungen eingespart werden, für die keine Ersatzlehrer eingestellt werden. Damit droht ein weiterer personeller Kahlschlag, damit droht ein weiteres Absacken bei den Wiener Schülerinnen und Schülern an der Qualität in den Wiener Pflichtschulen. Das ist etwas, was wir nicht hinnehmen werden, das ist etwas, was inakzeptabel ist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist die Aufgabe des Wiener Bürgermeisters, die Aufgabe der Wiener Bildungspolitik, dass das Wiener Schulwesen sowohl in baulicher als auch in personeller Hinsicht so aufgestellt wird, dass die ungeheuren Herausforderungen, und es sind ungeheure Herausforderungen, die wir in Wien zu bewältigen haben, auch bewältigt werden können. Die Gemeinde Wien muss nun ihre Versprechungen tatsächlich einlösen und die erforderlichen Budgetmittel tatsächlich zur Verfügung stellen, damit die Wiener Pflichtschulen ihre Herausforderungen auch tatsächlich bewältigen können.

Und dies, meine Damen und Herren, sehen auch tausende Wienerinnen und Wiener so, in deren Namen wir sozusagen diese Dringliche Anfrage heute auch eingebracht haben. Die ÖVP-Wien hat gegen diese Einsparungen mobil gemacht und eine großangelegte Unterschriftenaktion gestartet. In kürzester Zeit konnten wir über 5 000 Unterschriften sammeln, und das ist für uns ein massiver Beweis dafür, dass die Menschen die Einsparungen auf dem Rücken ihrer, unser aller Kinder, nicht hinnehmen werden und nicht hinnehmen wollen, und wir werden und wollen diesen Menschen, meine Damen und Herren, eine Stimme geben.

Ich werde nun, stellvertretend und exemplarisch für viele dieser 5 000 Menschen, die Namen dieser Menschen verlesen.

Frau Grubicka 23. Bezirk hat unterschrieben, Frau Zedenbauer 23. Bezirk, Frau Doppler 23. Bezirk, Frau Rasinger 23. Bezirk, Frau Büsch 23. Bezirk, Herr Seidl 23. Bezirk, Frau Gerbrich 23. Bezirk, Herr Rüdener 2. Bezirk, Frau Maizen 23. Bezirk, Herr Trapal 10. Bezirk, Herr Langthaler 8. Bezirk, Herr Voith 12. Bezirk, Frau Klemm 12. Bezirk, Herr Huber 12. Bezirk, Frau Wudy 12. Bezirk, Herr Gudenus 3. Bezirk, Herr Aigner 14. Bezirk, *(Heiterkeit bei SPÖ, GRÜNEN und FPÖ.)* Frau Aigner 14. Bezirk, Frau Meier-Leitner 12. Bezirk, Herr Bertagnol 23. Bezirk, Frau Prikril 23. Bezirk, Frau Bertagnol 23. Bezirk, Herr Österreicher 23. Bezirk, Frau Dolezal 10.

Bezirk, Frau Raab 23. Bezirk, Frau Gaseg 20. Bezirk, Herr Gaseg 20. Bezirk, Herr Puchmann 20. Bezirk, Frau Puchmann 20. Bezirk, Frau Sturm 17. Bezirk, Frau Statzer 17. Bezirk, Frau Müller 17. Bezirk, Frau Leischner 15. Bezirk, Frau Müller 17. Bezirk, Frau Mang 22. Bezirk, Herr Prochaska 18. Bezirk, Herr Mittelbach 16. Bezirk, Frau Lindl 17. Bezirk, Herr Grüner 17. Bezirk, Herr Erasmus 17. Bezirk, Herr Teuschlinger 16. Bezirk, Frau Schweifer 17. Bezirk, Herr Meritsch 5. Bezirk, Herr Hartberger 8. Bezirk, Frau Nowak 17. Bezirk, Frau Taschler 18. Bezirk, Frau Strunz 12. Bezirk, Frau Sedivy 18. Bezirk, Herr Unterguggenberger 14. Bezirk, Herr Senfter 10. Bezirk, Herr Schadenhöfer 12. Bezirk, Frau Howernetz 8. Bezirk, Frau Wittmann 22. Bezirk, Herr Simon 15. Bezirk, Frau Videsser 7. Bezirk, Frau Schmid 2. Bezirk, Frau Summer 6. Bezirk, Frau Schillinger 10. Bezirk, Herr Englich 2. Bezirk, Frau Fista 14. Bezirk, Frau Limmberger 12. Bezirk, Frau Flamm 4. Bezirk, Frau Rauter 4. Bezirk, Frau Vosskova 22. Bezirk, Frau Wallitschek 8. Bezirk, Herr Kamondo 16. Bezirk, Herr Rechberger 7. Bezirk, Herr Huger 22. Bezirk, Herr Lendl 7. Bezirk, Herr Rennhöfer 10. Bezirk, Frau Novali 19. Bezirk, Frau Fuchs 22. Bezirk, Herr Lempke 22. Bezirk, Herr Walland 22. Bezirk, Herr Knobloch 22. Bezirk, Herr Albrecht 22. Bezirk, Herr Schön 22. Bezirk, Herr Wöckinger 10. Bezirk, Herr Krapf Günther 16. Bezirk, Frau Pesendorfer 13. Bezirk, Frau Palfinger 22. Bezirk, Frau Sadnik 16. Bezirk, Frau Reischl 21. Bezirk, Frau Tlabal 17. Bezirk, Herr Seipl 17. Bezirk, Herr Kerbel 16. Bezirk, Herr Palkovics 17. Bezirk, Herr Kratochwil 23. Bezirk, Frau Bakaiwati 23. Bezirk, Herr Heberger 6. Bezirk, Frau Svoboda 14. Bezirk.

Eine kleine Auswahl, meine Damen und Herren, von über 5 000 Menschen, die in Wien unterschrieben haben gegen den Postenraub und ich möchte es einmal so sagen, meine Damen und Herren, gegen die Streichung von Lehrerdienstposten in Wien. Es geht um die Zukunft unserer Kinder, für eine bessere Bildung in Wien und ich möchte mit vollem Respekt von diesen Menschen sprechen und ich möchte verhindern, dass die in einer Schublade oder in einem Mistkübel landen, deswegen war es mir wichtig, ein paar Namen zu verlesen und deswegen würde ich mich freuen, wenn wir respektvoll von diesen Menschen sprechen und nicht höhnisch vielleicht davon reden, wenn ich ein paar dieser Namen verlese.

Danke, meine Damen und Herren, und Herr Bürgermeister ich darf Ihnen jetzt diese Namen und diese Unterschriftenlisten überreichen. *(Geschicht. - Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich der Herr Bürgermeister zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Gemeinderat!

Bevor ich mit der detaillierten Beantwortung beginne, ist es mir wichtig, zunächst auf ein Faktum hinzuweisen: Dass sich gerade die Wiener ÖVP hinstellt und einen angeblichen Lehrerkahlschlag proklamiert, ist zumindest kühn. Denn erinnern wir uns: In der Zeit von 2000 bis

2006 sind in Wien 700 Dienstposten für Landeslehrerinnen und Landeslehrer gestrichen worden. Im Vergleich dazu hat Wien heute etwa 1.200 Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Zuschläge mehr als im Jahr 2005, 2006, das ist einfach die Wahrheit. 700 gestrichen, 1.200 dazugekommen.

Ich kann es ja nachvollziehen, dass Sie diese Unterschriftenaktion gemacht haben. Die Wiener Sozialdemokraten haben etwas Ähnliches auch gemacht im Jahre 2004, 2005, und wir können gerne ihre 5 000 Unterschriften gegen unsere 40 000 austauschen, die sich mit der Lehrerfrage auseinandergesetzt haben. Nur, man kommt an der Wahrheit auch mit Unterschriften nicht vorbei. Der Kahlschlag bei den Lehrern, die Einsparungen bei den Lehrern haben stattgefunden in der Zeit zwischen 2000 und 2006 und sind nicht nur aufgefüllt, sondern in der Zwischenzeit mehr als ergänzt worden. Nehmen Sie das einfach zur Kenntnis, es ist die Wahrheit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Erlauben Sie mir eine zweite Bemerkung: Generell gilt, Pflichtschullehrerinnen beziehungsweise Pflichtschullehrer sind in Wien wie Pädagoginnen und Pädagogen an den Volks-, Haupt-, und Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen angestellt. Die finanzielle Zuständigkeit insbesondere für diese Landeslehrerinnen und Landeslehrer ist durch den Finanzausgleich, der auch von der ÖVP mitbeschlossen wurde, geregelt und liegt ganz klar beim Bund.

Grundsätzlich ist die Zahl der Planstellen in Relation zur Zahl der Schülerinnen beziehungsweise Schüler gestellt. Diese Relation wurde von allen Ländern mit dem Bund im Finanzausgleich paktiert. Vereinfacht heißt das, mehr Schüler, mehr Lehrer, weniger Schüler, weniger Lehrer. Darüber hinaus werden vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur weitere Planstellen für Maßnahmen im Bildungsbereich wie etwa die Sprachförderung, die Senkung der Klassenschülerzahl auf maximal 25, aber auch am Land für Kleinschulen zur Verfügung gestellt. Das Gesamtausmaß an zur Verfügung stehenden Planstellen für ein Schuljahr ist im definitiven Stellenplan des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur veranschlagt.

Was Sie daher vorschlagen, ist - ich weiß auch, was in den Bundesländern vor sich geht - dass das Land Wien Kosten übernehmen soll, die vom Bund ganz klar auch in der verfassungsmäßigen Aufteilung zu tragen sind. Und ich stelle da gleichzeitig auch fest, es gibt eine große Zahl von Beschlüssen der Landeshauptmännerkonferenz, wo man sich von der Form klar distanziert, dass die Länder Kosten übernehmen sollen, die vom Bund zu tragen sind. Dass hier gelegentlich Landeshauptleutebeschlüsse, Konferenzbeschlüsse, offensichtlich der Ernsthaftigkeit entbehren, ist eine andere Geschichte.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind ja nicht das Einzige, es hat Rüttelschwüre gegeben, wonach es keine finanzielle Beteiligung etwa beim ÖBB-Ausbau geben sollte, und trotzdem, einschließlich Wien, hat es hier entsprechende Kofinanzierungen, insbesondere auch beim rollenden Material, gegeben.

Ich sage daher noch mal ganz klar, wir sind gerade angesichts der Entwicklung der Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden Problematik für alle öffentlichen Haushalte nicht in der Lage - und wollen dies aus grundsätzlichen Überlegungen auch nicht -, Zahlungen, zu denen wir nicht verpflichtet sind, sondern der Bund verpflichtet ist, zu übernehmen beziehungsweise einzuspringen und bei diesen mitzuzahlen.

Entscheiden Sie sich, Frau Klubvorsitzende, sind Sie Bundespolitikerin oder Wiener Politikerin. Das müssen Sie hier auch entscheiden, wenn Sie so vorgehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Frage 1: Ich habe mich als Bürgermeister der Stadt Wien nicht dafür zu rechtfertigen, dass Lehrer eingespart wurden, denn es wurden keine Lehrer eingespart. Im März mussten allerdings, und darauf sei hingewiesen, im Bereich der Überstunden im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer Reduktionen vorgenommen werden, damit der vom Bund vorgegebene mögliche Höchstjahresverbrauch nicht überschritten wird. Das sind sohin keine Einsparungen, sondern diese Reduktionen dienen ausschließlich der Einhaltung von Bundesvorgaben.

Zur Frage 2: Wie eingangs erklärt, bestimmt grundsätzlich die Zahl der Schülerinnen und Schüler die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer. Derzeit handelt es sich um eine Vorausplanung. Dies vor allem deshalb, weil sich durch den alljährlichen Zuwachs bis Herbst an Übertritten und Zuzügen die tatsächliche SchülerInnen- beziehungsweise Schülerzahl laufend ändert. Daher ist es auch logisch, dass es sich derzeit nur um eine vorläufige Stellenplanzuteilung handeln kann. Dieser vorläufige Stellenplan geht auf Grund des derzeitigen Anmeldestandes im Hauptschulbereich von einem Minus in der Größenordnung von 1 100 Schülerinnen beziehungsweise Schülern aus.

Zur Frage 3: Es ist nochmals zu betonen, dass es sich nicht um Einsparungen, sondern um einzuhaltende Stellenplanvorgaben des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur handelt.

Zu den Fragen 4, 5 und 6: Es wurden weder Lehrerinnen beziehungsweise Lehrer gekündigt noch wurden Lehrerinnen beziehungsweise Lehrer für ihre Leistungen nicht bezahlt.

Zu den Fragen 7, 8 und 9: Wie eingangs erwähnt, sind durch den geltenden Finanzausgleich sowohl der Verteilungsschlüssel als auch die Finanzierungszuständigkeit klar geregelt.

Zur Frage 10: Wie ebenfalls bereits dargelegt, wird dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur erst im Herbst der definitive Stellenplan übermittelt.

Begründet ist dies darin, dass für die Berechnung der zur Verfügung stehenden Planstellen die tatsächliche Anzahl an Schülerinnen und Schülern notwendig ist und auch weitere Faktoren wie beispielsweise Tagesbetreuung und Sprachförderung eine Rolle spielen.

Zur Frage 11: Um ein Mehr an Planstellen zu erhalten, wären die Lehrer-Schüler-Schlüsselzahlen im Finanzausgleich zu ändern. Sie können sicher sein, dass ich mich jedenfalls für die Herabsetzung der Lehrer-

Schüler-Schlüsselzahlen weiterhin einsetzen werde.

Zur Frage 12: Es werden keine Lehrerinnen beziehungsweise Lehrer für die Jugendwohlfahrt eingesetzt. Es werden jedoch 28 Lehrerinnen beziehungsweise Lehrer für soziales Lernen, die sogenannten Schulsozialarbeiterinnen beziehungsweise –sozialarbeiter, eingesetzt, die an den Schulstandorten jene Schülerinnen beziehungsweise Schüler unterstützen, die sowohl im schulischen als auch im sozialen Bereich Probleme haben.

Zur Frage 13: Die dafür notwendigen Ressourcen werden vom Bund in Form von Bundeswerteinheiten zur Verfügung gestellt.

Zur Frage 14: Genauso, wie ich versucht habe, es Ihnen zu erklären, werde ich dies selbstverständlich auch den Wienerinnen und Wienern erklären, die die Unterschriften geleistet haben, nämlich wer nun in der Tat für bestimmte Probleme und Fragen verantwortlich ist.

Zur Frage 15: Schulentwicklung ist ein lebender Prozess, der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen anzupassen hat und langfristige Planungen in Einzelfällen erschwert. Schulorganisatorische Planungen erfolgen unter Bedachtnahme auf die Geburtenzahlen, Zuzüge, die Entwicklung der Schülerinnen- beziehungsweise Schüler- und Klassenzahlen sowie die geplante Wohnbautätigkeit und den für die Schülerinnen und Schüler zumutbaren Schulweg. Daher ist es notwendig, rasch zu reagieren und einzelne Pflichtschulstandorte vorübergehend mit Pavillons zu verstärken.

Zur Frage 16: Grundsätzlich werden solche Pavillons zur Abdeckung von kurzfristigem Raumbedarf errichtet.

Zur Frage 17: Es waren etwa 300 Pavillons mit unterschiedlicher Dauer aufgestellt. Allerdings wollen viele Schulen die Pavillons, obwohl schon längst kein Bedarf unmittelbar mehr besteht, weiter nützen, da deren Qualität auch von Seiten der Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler oftmals geschätzt wird.

Zur Frage 18: Derzeit sind an 46 öffentlichen Pflichtschulstandorten insgesamt 214 Mobilklassen aufgestellt. Dazu ist festzustellen, dass sich diese Zahlen laufend ändern. So wird zum Beispiel die 10-klassige Mobilschule in Wien 10, Hugo-Meisl-Weg 6 im Sommer 2011 abgebaut werden. Angemerkt wird, dass nicht jeder Pavillon einer Stammklasse gleichzusetzen ist, zumal auch immer Nebenräume erforderlich sind.

Zur Frage 19: Im Sommer 2011 werden an den Standorten in Wien 23, Erlaaer Straße 74, Wien 10, Bernhardtstalgasse 19 und Wien 11, Svetelskystraße 5 Mobilklassen aufgestellt. Außerdem wird derzeit der Standort in Wien 23, Prückelmayrgasse 6 mit Klassen in Holzfertigteilbauweise verstärkt; wenn sich diese Klassen bewähren, könnte diese Bauweise auch vermehrt eingesetzt werden. Weitere Planungen werden entsprechend der Entwicklung des Bedarfs erfolgen. Kurzfristiger Bedarf bis zum Ende der Legislaturperiode kann naturgemäß jetzt noch nicht definiert werden.

Zur Frage 20: Die Beantwortung dieser Frage würde eine akribische Sichtung von teilweise historischen Unterlagen erfordern und ist aus verwaltungsökonomischen Gründen abzulehnen. Derzeit sind pro Pavillon rund

300 000 EUR an Gesamtkosten zu veranschlagen.

Zur Frage 21: Die Volksschule in Wien 23, Erlaaer Straße 74 wurde in den Jahren 2000 bis 2002 general saniert und um einen Turnsaalzubau erweitert. Auf Grund des gestiegenen Schulraumbedarfs mussten am Standort Mobilklassen aufgestellt werden.

Zur Frage 22: Beim vermutlich hier angesprochenen Campus Hauptbahnhof handelt es sich nicht um ein einzelnes Schulbauprojekt, sondern vielmehr – und dies sagt schon der Name Campus – um einen 11-gruppigen Kindergarten, eine 17-klassige Ganztagsvolksschule sowie eine 16-klassige Ganztags Hauptschule, also zwei Schulen und einen Kindergarten. Rund 1 100 Kinder werden diesen Campus mit Leben erfüllen. In diesem Zusammenhang darf ich auf die hervorragend gelungenen Campusprojekte am Monte Laa und am Nordbahnhof hinweisen.

Auch im Berufsschulbereich ist eine neue Schule in Planung: Die neue Berufsschule für Verwaltungsberufe soll in Wien 5, Embelgasse 46-48 errichtet werden.

Dabei handelt es sich um keine Prestigeprojekte, sondern um zeitgemäße Bildungseinrichtungen, die den heutigen Standards entsprechen. Davon halten Sie augenscheinlich wenig, denn bedauerlicherweise haben Sie weder dem Campus Hauptbahnhof noch der Berufsschule Embelgasse Ihre Zustimmung erteilt.

Zu den Fragen 23 und 24: Die offensichtlich angesprochenen Maßnahmen betreffen den Bildungscampus, der auf dem Gelände des neuen Wiener Hauptbahnhofes entstehen soll. Die Kommunikationsmaßnahmen betreffen dabei nicht nur den Bau der Bahnstation selbst, sondern darüber hinaus auch die Entstehung eines neuen Stadtteiles mit modernster Infrastruktur, wie insbesondere dem angesprochenen innovativen Schulprojekt, mit 5 000 Wohnungen für 13 000 Bewohnerinnen und Bewohner und 8 ha Grünfläche. Dieser neue Stadtteil wird nicht nur auf Grund der durch die Stadt Wien bereitgestellten umfassenden Infrastruktur, sondern darüber hinaus auch durch maßgebliche Betriebsansiedlungen zukünftig einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Wien darstellen.

Gerade für Betriebe stellt die Bildungsinfrastruktur einen essenziellen Wirtschaftsfaktor dar. Daher ist es für uns im Interesse des Wirtschaftsstandortes selbstverständlich, dass neue Bildungseinrichtungen auch beworben werden. Der Bildungscampus selbst setzt auf Grund der herrschenden Rahmenbedingungen völlig neue Maßstäbe im Bildungsbereich. Bei der Planung dieses Großprojekts wird vollständig auf die zeitgemäßen Bildungs- und Freizeitbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen Rücksicht genommen werden. Dass die Stadt Wien über ein derart richtungweisendes Planungsprojekt die Bevölkerung von Beginn an umfassend informiert, ist für die meisten wohl vollkommen nachvollziehbar und entspricht im Übrigen auch dem Anspruch, die Wienerinnen und Wiener generell über Vorhaben möglichst umfassend zu informieren.

Wie hoch die Kosten hinsichtlich der Bewerbung für dieses Projekt sein werden, kann derzeit noch nicht festgestellt werden, weil die Fertigstellung des Bauvor-

habens erst für das Schuljahr 2014/15 vorgesehen ist. Aktuell sind Schaltungen vorwiegend in Tageszeitungen im Wert von zirka 150 000 EUR erschienen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr GR Dr Aigner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Vielen Dank für die Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage. Die Dringlichkeit ergibt sich unseres Erachtens ganz eindeutig daraus, dass wir mitten im Schuljahr mit Einsparungsmaßnahmen konfrontiert worden sind und zum Zweiten ein neues Schuljahr vor der Tür steht und es entsprechende Planungssicherheit geben muss. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das täten wir auch gern wissen, wie viele Kinder wir im September haben werden!)* Es sollte verhindert werden, dass mitten im Schuljahr entsprechende Einsparungsmaßnahmen getroffen werden müssen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich muss Sie insofern berichtigen, als es diese von Ihnen angesprochenen Lehrerstreichungen in dieser Form nicht gegeben hat. Es hat seinerzeit sogenannte graue Dienstposten gegeben, also Lehrer, die über den vereinbarten Stellenplan hinaus von den Ländern beschäftigt worden sind. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Warum haben wir jetzt um 1 100 mehr als damals?)* Und als das Controlling auf Bundesebene ein besseres wurde, ist man draufgekommen, dass hier um einige Hundert Lehrer zu viel angestellt worden sind. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Aber jetzt haben wir sie wieder!)* Und der Bund hat es genauso gemacht, wie Sie jetzt argumentieren. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Aber der wesentliche Unterschied: Die haben wir wieder!)* Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder, wie das die Vorarlberger gemacht haben, die Länder bezahlen die Lehrer, die sie offenkundig brauchen, weiter, oder der Bund zieht sich auf das zurück, was er vereinbart hatte und was er bezahlen muss. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Aber jetzt zahlt er es! Das ist der Unterschied!)*

Man könnte es auch salopp sagen: Die Länder sind beim Schwindeln erwischt worden. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Jetzt zahlt er es! Jetzt zahlt er es aber!)* Sie wollten nicht weiterzahlen, sondern sie haben sich gedacht: Na ja, wenn der Bund nicht zahlt, dann müssen die Lehrer abgezogen werden!

Und genau das Gleiche ist jetzt auch wieder passiert: Es sind mehr Kolleginnen und Kollegen eingesetzt worden. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Aber wir haben 1 200 mehr!)* Es hat sich natürlich jetzt die Farbzusammensetzung im Bildungsministerium geändert. Jetzt kann man nicht sagen, dass der Bund spart, sondern jetzt wird das dann halt weggeredet.

Und jetzt frage ich mich wirklich, ob es bei den ganzen Kosten, die das Wiener Bildungswesen auch der Stadt Wien als Schulerhalter verursacht, auf die paar Hunderttausend Euro für das laufende Schuljahr noch angekommen wäre. Es geht hier keineswegs darum - da sind wir völlig einer Meinung -, dass die Länder Aufgaben des Bundes übernehmen, aber darum, dass die Stadt Wien ganz offenkundig besondere Bedürfnisse hat, auch in vielen Dingen von anderen Bundesländern mit-subventioniert wird. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Was?! Wie?! – Bgm Dr Michael Häupl: Was?!)* – Nun, der U-Bahn-Bau zum Beispiel wird zu 50 Prozent vom Bund, also von allen anderen Bundesländern mitfinanziert. *(Bgm Dr Michael Häupl: Das ist doch wirklich das Allergrößte, das ich jemals gehört hab! – 2 300 Gemeinden zahlen überhaupt nichts für den öffentlichen Personennahverkehr! – Das ist doch absurd!)*

Aber es ist doch nicht so, dass die anderen Bundesländer nicht genug Solidarität mit der Stadt Wien leisten. Wenn es hingegen so ist, dass Sie mehr Posten besetzen, als refundiert werden, dann werden die Posten mitten im Schuljahr abgesetzt und müssen eingespart werden. Und das ist eine Divergenz, die mit dem von Ihnen immer proklamierten Jahr der Bildung in keinsten Weise in Einklang zu bringen ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben ja heute auch schon eine Debatte über die sonstigen Schulmodelle geführt. Wir haben auch über die Kosten des Campus gesprochen. Lassen Sie mich da auch noch dazusagen, dass wir, was die Embelgasse betrifft, in keinsten Weise gegen die Schule Embelgasse sind - ich habe das damals auch begründet. Uns hat vielmehr gestört, wie damals die Hauptschule dichtgemacht worden ist. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sie haben gegen die Schule gestimmt! Die gäbe es nicht! Die würde es nicht geben! – Ruf bei der SPÖ: Dagegen gestimmt!)* Es ist eine erfolgreiche, gute Kooperative Mittelschule aus dem laufenden Betrieb heraus dichtgemacht worden - und dann ist auf einmal für ein Projekt, für das Sie größere Sympathien haben, Geld da. Denn eine Kooperative Mittelschule, die funktioniert, die passt ja nicht in Ihr ideologisches Konzept. Daher wird die eine Schule dichtgemacht, und eine andere Schule wird aufgemacht. Und das ist der Grund, warum wir uns in diesem Prozedere auch entsprechend ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Irgendeine Begründung findet ihr eh immer! Wurscht, welche Argumentation ihr euch sucht!)*

Ja, es ist richtig: Sie haben doch damals die Embelgasse einfach dichtgemacht. Sie haben die Schüler auf die umliegenden Schulen aufgeteilt, und dann ist auf einmal genug Geld da, um ein Monsterprojekt hinzustellen. Und eigentlich hätte es sich die Embelgasse als gut funktionierende Kooperative Mittelschule mehr als verdient, auch in einem ordentlichen Gebäude weitergeführt zu werden. - Das war der Grund unserer Ablehnung. Das hat mit der Verwaltungs- und Berufsschule überhaupt nichts zu tun gehabt. Das ist einfach aus unserer Sicht ein konsequentes Abstimmungsverhalten. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ja, wie man es sieht! Darum seid ihr jetzt gegen den Campus auch! Konsequenz gegen jeden*

Schulneubau!)

Nein, das ist überhaupt nicht richtig, Herr Stadtrat! (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Darum stimmt ihr jetzt schon wieder zwei Schulen nicht zu!) Nein, das stimmt so nicht! - Ja, wir stimmen einem 80-Millionen-Projekt nicht zu! Und ich habe Ihnen heute schon am Vormittag die Entwicklung der Baukosten der Campusschulen mehr als deutlich vor Augen geführt. Wir sind bei 35 Millionen EUR gestartet - das war damals schon die teuerste Schule -, und jetzt haben wir 80 Millionen EUR! (Amtsf StR Christian Oxonitsch: 35 mal 2?!) Und auf der anderen Seite, Herr Stadtrat, ... (Amtsf StR Christian Oxonitsch: 35 mal 2 ist wie viel? - Wir haben zwei Schulen! Wie viel ist das?)

Na ja, aber wir sind ja der Meinung, dass 35 Millionen EUR für einen Kindergarten plus Volksschule etwas viel ist, wenn eine HTL 25 Millionen kostet. (Beifall bei der ÖVP. - Amtsf StR Christian Oxonitsch: Darum habt ihr dort auch schon dagegen gestimmt!)

Herr Stadtrat, Sie werden uns nicht in die Ecke bringen (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Oh ja!), dass wir prinzipiell gegen innovativen und guten Schulneubau sind. Wir sind nur gegen dieses Missverhältnis! (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Gegen Monte Laa! Gegen die Embelgasse! - Vier Schulen!) - Ja, wir können ja nur über das abstimmen, was Sie uns vorlegen. Und Sie legen uns ein 80-Millionen-Ding vor, und dem kann man nicht zustimmen, wenn Sie gleichzeitig Ihre Pflichtschulen über Jahrzehnte erst zizerlweis sanieren müssen, das zweite oder dritte Schulsanierungsprogramm läuft. (GR Heinz Vettermann: Da wart ihr auch dagegen! - Amtsf StR Christian Oxonitsch: Da habt ihr auch dagegen gestimmt!) Bezirke müssen sich über zehn Jahre, das sind zwei Legislaturperioden, binden, damit sie die Aufgabe erfüllen, die eigentlich die Stadt hat. - Die Bezirke sind nur für den laufenden Erhalt und nicht für Generalsanierungen zuständig; das ist auch nach der Dezentralisierung so. - Im Endeffekt müssen Bezirke sich über zehn Jahre massiv binden (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wir auch! Wir auch!), damit die Aufgaben der Stadt Wien als Schulerhalter wahrgenommen werden.

Das, was uns wichtig ist: Machen Sie doch Ihre eigenen Hausaufgaben! Schaffen Sie Schulraum, der modern ist, aber nicht nur für einige wenige Schülerinnen und Schüler, sondern für möglichst viele, und das auch möglichst rasch! Dann haben Sie in uns auch wirklich einen Partner. Und spielen Sie nicht immer das aus zwischen Bund und Ländern! Der Bund ist in Ihren Augen immer dann böse, wenn dort ein ÖVP-Minister oder eine ÖVP-Ministerin ist. Wenn aber dort bedauerlicherweise eine Genossin sitzt, dann ist auf einmal der Bund aus der Ziehung, dann werden heimlich, still und leise 80 Posten eingespart, beziehungsweise 160, die es ja dann in dem halben Jahr sind. Und einfach zu sagen, man kann 160 Lehrer einsparen? Auch wenn man niemanden kündigt - das ist ganz klar, das Dienstrecht gestattet das auch nicht -, aber es fallen Leistungen weg, denn die Menschen, die dort eingesetzt worden sind, haben ja etwas gemacht.

Und wenn Sie sich anschauen: Wo wird eingespart? -

Genau bei den Dingen der neuen Schulformen: Das Teamteaching wird zurückgefahren, die Doppelbesetzungen werden zurückgenommen und so weiter. Also es gibt doch im Endeffekt bei Menschen, die in der Klasse stehen, kein Sparen im Personalbereich, das niemand spüren würde.

Und in dieser Hinsicht ist ein wirklich dringender Appell an Sie zu richten: Nehmen wir die Hausaufgaben auch entsprechend ernst! Reden wir nicht nur von Bildung, sondern versuchen wir, auch optimale Voraussetzungen in unserem Verantwortungsbereich zu schaffen!

Und es ist beileibe nicht nur die Schulorganisation, auf die Sie das fokussieren, die alle Probleme löst. Denn wenn man Ihnen so zuhört, würde man meinen: Ja, machen wir halt überall ein anderes Türschild, und alles wird gut und unsere Schülerinnen und Schüler können mehr! - Dem ist ja nicht so. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das ist genau nicht unsere Position!)

Wir waren ja letztendlich auch gemeinsam in Finnland, und das ist dort eine Schule, die genauso funktioniert wie bei uns die Regelschulen. Ich habe selbst darüber gestaunt, weil ich das nur gelesen und noch nie gesehen hatte, aber es hat dort überhaupt nicht anders ausgeschaut, als es auch bei uns ausschaut. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Aber?) Und vielleicht die besseren Ergebnisse, die ... (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Gut! Das schreiben wir einmal nieder! Ist okay!)

Nein, es hat dort überhaupt nicht anders ausgeschaut. Es hat Klassen gegeben, es hat Stundenpläne gegeben, es hat eine Lehrerin gegeben, es hat Gruppenräume gegeben, es gibt auch bei uns Förderkurse und so weiter. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Und was ist der Unterschied? Wo liegt der Unterschied? - Jetzt wird es ein bisschen eng!) - Na ja, der Unterschied liegt vielleicht im Stellenwert, den die Schule in Skandinavien hat. Das haben uns auch die Kolleginnen und Kollegen dort gesagt, dass dort ... (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Und welches Schulmodell haben sie?) - Das hat mit dem Schulmodell gar nichts zu tun! (Ironische Heiterkeit bei Amtsf StR Christian Oxonitsch.) Nein, mit dem Schulmodell hat das nichts zu tun.

Nein, das Schulmodell ist ... (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Nicht Ganztagschule? Nicht gemeinsame Schule?) Das sagen auch die Finnen selber, wenn Sie sich an damals erinnern - das haben Sie vielleicht selektiv ausgeblendet -: Die haben natürlich gesagt, dass ihnen klar ist, die finnischen Schülerinnen und Schüler wachsen dreisprachig auf, sie haben eine sehr komplizierte Muttersprache, sie müssen Untertitel lesen können (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ja, aber sie haben eine gemeinsame Schule!), Englisch und Schwedisch sind mehr oder weniger State of the Art, und es gibt einen sehr geringen Migrantenanteil. Das haben uns die Finnen dort auch mehrfach gesagt, ja. (GRin Christine Marek: Höheres Ansehen der Lehrer!) Und: Die Schulorganisation und die Schule ist eine, die Respekt und Autorität genießt. (Amtsf StR Christian Oxonitsch: Auch in der gemeinsamen!) Wenn dort ein Lehrer sagt, Eltern haben in die Schule zu kommen, dann kommen die Eltern auch. Und der Respekt und der Stellenwert der Schule, das ist

das Entscheidende, Herr Stadtrat! *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sich nur herauspicken, worum es Ihnen geht, das geht nicht! Denn das ist eine gemeinsame – und Sie nehmen nur den Stellenwert!)*

Nein, aber Sie ziehen aus der Tatsache schlichtweg den falschen Schluss, weil es dort eine viel homogenere Schülerpopulation gibt, als das bei uns der Fall ist. Und wenn Sie sich die Ergebnisse von PISA, die vom BIFIE und Ihren Handlangern aus der linken Bildungsecke ja ausgeblendet werden, anschauen, dann werden Sie sehen, dass die Hauptschulen vom Land bessere Ergebnisse zeitigen als ... *(Bgm Dr Michael Häupl: Das BIFIE ist jetzt auch schon links? – Heiterkeit bei GRin Marianne Klicka.)* - Ja, das BIFIE ist eine SPÖ-Kaderschmiede, das ist bekannt. Da werden selektiv die Ergebnisse von PISA so lange gefiltert, bis das rauskommt. - Es sind die Hauptschulen, die guten alten Hauptschulen am Land erfolgreicher als viele städtische Schulen! Es hat daher nichts mit der Struktur zu tun. In Tirol, in Vorarlberg gehen sehr viele SchülerInnen zuerst in die Hauptschule und machen dann ganz normal Matura - und können etwas! *(Beifall bei der ÖVP. – GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist ja die Gemeinsame!)*

Nein, das ist dort keine Gemeinsame! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie haben das in Tirol und Vorarlberg!)* - Nein, Sie wollen einen Eintopf! Sie wollen einen Eintopf und so weiter. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das sagen Ihre eigenen Leute, dass wir in Wirklichkeit die Gemeinsame haben am Land, in der Hauptschule dort!)*

Ja, dort funktioniert es aber auch! Ja, die Hauptschule dort funktioniert. Bei uns funktioniert ja die Volksschule nicht ideal. Wenn man nach vier Jahren Volksschule nicht gecheit lesen und schreiben kann und mit einem Einser ins Gymnasium darf, dann stimmt doch etwas nicht! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das kommt doch nicht vor!)* Das ist doch der helle Wahnsinn! Im Endeffekt fällt uns genau das Konzept auf den Kopf, dass man sagt, Leistung ist etwas Schlechtes. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer sagt das?)* Wenn jemand eine schlechte Note bekommt, ist nicht der Schüler vielleicht mäßig begabt und hat zu wenig gelernt, sondern die Lehrer sind schuld. Daraufhin geben die Lehrer gar keine schlechten Noten mehr. Dann rennen alle mit lauter Einsern herum. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sie sind schon wirklich ein Dinosaurier!)* Am Schluss werden wir dann 100 Prozent Maturanten haben, die werden aber nichts können und fallen beim ersten Assessment durch. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Vielleicht sollten Sie mit Herrn Schilcher reden? – Bgm Dr Michael Häupl, auf den Rednerweisend: Das ist die jüngere Ausgabe vom Neugebauer!)* Und im Endeffekt ist es ja wirklich so: Es ist ja erschütternd, dass man nach acht Jahren Pflichtschule nicht so viel von den Grundrechnungsarten kann, dass man auf einer Lehrstelle damit auskommt. Das ist doch ein Versagen des Pflichtschulbildungssystems! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das hat alles nichts zu tun mit der Schulorganisation. Mit einer rein organisatorischen Änderung ändern Sie gar nichts! Sie wollen ja nur, dass das Gymnasium -

ich weiß nicht, warum Sie so einen Hass auf das Gymnasium haben - abgeschafft wird. Und zu sagen, ohne Gymnasium wären die österreichischen Schülerinnen und Schüler gescheiter - also das kann es doch wirklich nicht sein!

Ich sage: Lassen Sie die große Schulorganisation in Ruhe und sorgen Sie dafür, dass nicht immer mehr Wiener Schülerinnen und Schüler in Containerklassen unterrichtet werden müssen! Das wäre eigentlich Ihre Verantwortung. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Alles in Finnland ist gut, nur das Schulmodell nicht!)*

Die Finnen sagen selber: Es liegt nicht an unserem Schulmodell! – Nein, es liegt nicht an dem Schulmodell. Das Schulmodell ist dort ... *(GR Heinz Hufnagl: Das Land der tausend Seen und Wunder!)*

Ja, schauen Sie sich Deutschland an: Die Gesamtschulbundesländer sind die mit den ganz miesen Ergebnissen, und die differenzierten Modelle, also Bayern, Baden-Württemberg - jetzt unter Rot-Grün wird man sehen, ob dieser Spitzenplatz noch aufrechtzuerhalten ist -, sind die, die gute Ergebnisse erzielen.

Es ist auch innerhalb Österreichs so. Nur: Die innerhalb von Österreich bestehenden Differenzierungen werden von Ihnen bewusst verschwiegen *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ich hoffe, der Herr Schilcher hört Ihnen zu!)*, weil Sie sich nicht eingestehen wollen, dass Ihre Schulmodelle zu keinen besseren Leistungen führen. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ich hoffe, der Chef vom Akademikerbund hört Ihnen zu!)* Ich erinnere daran, was Sie aus der Kooperativen Mittelschule gemacht haben - auch ein gutes Modell, aber natürlich im Prinzip ohne Leistungsgruppen, denn eine Leistungsgruppe hat ja schon etwas Diskriminierendes an sich. Das ist ja überhaupt das Ärgste. Was passiert in jedem Schulkurs? Man lässt die Schüler vorgehen und macht eine Gruppeneinteilung. Was daran diskriminierend sein soll? *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wir wollen innere Differenzierung!)* Und wenn einer besser ist, dann kommt er am zweiten Tag des Skikurses in die bessere Gruppe, weil er dort mithalten kann. Und wenn sich herausstellt, dass einer zu gut eingestuft worden ist, tut man ihm ja selber nichts Gutes. Also ich weiß nicht: Warum haben Sie so sehr etwas gegen Gruppeneinteilungen? *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Haben wir ja gar nicht!)* Warum behaupten Sie gebetsmühlenartig *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie hören es nicht!)*, dass die Gruppeneinteilungen soziale Diskriminierungen sind? *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wir wollen differenzierte!)*

Ja, Sie wollen eine Individualisierung. Es wird am Ende ja nichts differenziert. Und was machen Sie? - Sie sparen dort, wo individualisiert wird, nämlich bei den Doppelbesetzungen. Das sind die Ersten, die wegkommen. Dann steht in der Neuen Mittelschule erst recht nur ein Lehrer in der Klasse. Was ist dann neu an der Mittelschule? Allenfalls ist der Container, den Sie aufgestellt haben, ein neuer.

Man hat ja schon genug davon erlebt, Kollege Strobl kann ganze Lieder davon singen, wie viele gute Schulmodelle Sie in Wien ad absurdum geführt haben, weil Sie eigentlich den Leistungsgedanken ablehnen. Das

Misstrauen, das wir Ihnen entgegenbringen, ist wohl begründet. Und dieses Misstrauen offenbart sich auch in Ihrer Schulbaupolitik: Auf der einen Seite jahrzehntelange Versäumnisse, dann werden einige Prestigeprojekte auf die grüne Wiese geklotzt. Da ist das Geld mehr oder weniger abgeschafft, und dann gibt es natürlich auch noch eine massive Werbekampagne und so weiter. Und auf der anderen Seite verschuldete Bezirke, gebundene Bezirke, die eigentlich ihre originären Aufgaben in dieser Form gar nicht mehr wahrnehmen können.

Daher, Hausaufgabe für die Sommerferien, die jetzt dann bald ausbrechen: Lassen Sie die große Politik! Kümmern Sie sich um die Dinge, für die Sie zuständig sind! (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Genau! Schulneubau – sind wir zuständig! Lehrer... – sind wir nicht zuständig!*) Genauso wie der Bürgermeister auch seine Verantwortung begrenzt, begrenzen Sie auch Ihren Wirkungsbereich auf die Ausstattung der Wiener Pflichtschulen! Dann können Sie einen wirklich guten Beitrag leisten zu einem qualitativ vollen Bildungssystem in Wien. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ja, genau! Den letzten Satz unterschreibe ich sofort! Die letzten zwei Sätze unterschreibe ich sofort!*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich finde es schon einigermaßen dreist, dass sich ausgerechnet die ÖVP hier herstellt und sich Sorgen um das österreichische Bildungswesen macht. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist dreist, ja!*) Das ist dreist, vor allem nach den Entscheidungen, die Sie von der ÖVP hier bereits zur Kenntnis gebracht haben. Sie stimmen ja gegen Schulsanierungen, Sie stimmen aber auch gegen innovative Schulneubauten. Sie sind kein Partner, wenn es um innovative, moderne Bildungspolitik in Österreich geht. Alles, was Sie können, ist blockieren und bremsen, wenn es um eine moderne Bildungspolitik in Österreich geht. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich weiß, ich finde mit Ihnen keine Gemeinsamkeit, wenn es darum geht, dass alle Kinder ein Recht auf eine zukunftsfähige Bildung haben. (*GRin Christine Marek: Genau, es geht um alle Kinder, und nicht nur ...*) Es geht um alle Kinder, und was Sie tun, ist genau das Gegenteil davon. Es ist das Gegenteil davon!

Österreich braucht sich auf dieses Bildungssystem nichts einzubilden. Und dieses Bildungssystem haben Sie zu verantworten. Die ÖVP hat das aktuelle Bildungssystem zu verantworten - und dass sich nichts daran ändert, das hat auch die ÖVP zu verantworten! Und darauf brauchen Sie sich nichts einzubilden. Das System ist hoffnungslos veraltet, das System ist provinziell und das System setzt die Zukunft von uns allen aufs Spiel. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Bildung beginnt im Kindergarten. Auch das ist an Ihnen bisher vorbeigegangen. Wir GRÜNEN fordern bundesweit eine Kindergartenplatzgarantie für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr – Bundespolitik! (*GRin Christine Marek: Warum stimmen Sie dann in Wien dagegen?*)

Wir sagen auch klar und deutlich Ja zur gemeinsamen Schule. Kein Kind soll im Vorschulalter über seinen

weiteren Berufs- und Lebensweg entscheiden müssen. Alle internationalen Vergleiche, Herr Kollege Aigner, beweisen, dass die gemeinsame Schule zu besseren Leistungen führt. (*GR Johann Herzog: Das ist ja nicht wahr! Schauen Sie nach Deutschland: Alle Schulen, die Gesamtschulen sind, haben deutlich schlechtere Ergebnisse!*)

Die besten Leistungen finden in Schulsystemen der gemeinsamen Schule, der Gesamtschule statt. So ist es! Das bringen internationale Vergleiche zutage! Und Sie können noch so lange und noch so viele Jahre die Augen verschließen, die Ohren zuhalten (*GR Johann Herzog: Das macht ihr! Ideologieverblendet!*), irgendwann wird Sie auch die Realität einholen - hoffentlich. Kinder entwickeln individuelle Fähigkeiten und erbringen Bestleistungen am besten in einem gemeinsamen System. Unsere Devise lautet: Wir lassen kein Kind zurück. (*GRin Christine Marek: In Wien anscheinend schon!*)

Auch in Wien genau nicht! In Wien sorgen wir zum Beispiel dafür, dass es ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen gibt. Genau diese Modelle verhindern nämlich Sitzenbleiben, verhindern Nachhilfekosten von 140 Millionen EUR – so viel sind es, glaube ich - im Jahr, die in Österreich dafür ausgegeben werden.

Und genau so ein gutes Modell für gute, umgesetzte Ganztagschulen ist der Bildungscampus Hauptbahnhof, dem Sie heute wieder einmal Ihre Zustimmung nicht erteilen haben können. Ich frage mich also, was Sie wollen.

Die Schulgebäude: Mittlerweile bestätigten uns auch 90 Prozent aller DirektorInnen in einer Studie des Unterrichtsministeriums, dass das Schulgebäude und das Thema Schulraum eine sehr hohe Relevanz für den Lernerfolg und das gute Lernen haben. SchuldirektorInnen rufen nach mehr Flächen für offenen und flexiblen Unterricht. Sie wünschen sich offene Lernstraßen, sie wünschen sich Lernorte im Freien, Lernzonen im Gangbereich und so weiter und so fort. Sie wünschen sich Platz für innovative Konzepte, und sie fühlen sich - und das werden wir ernst nehmen - darüber aber leider nicht ausreichend informiert. Sie fühlen sich nicht ausreichend informiert darüber, welche innovativen Methoden es gibt, Schulgebäude umzubauen. Das kann man ernst nehmen und hier noch weitere Informationsleistungen zur Verfügung stellen.

Die Wiener Lehrkräfte - und darauf bin ich sehr stolz, und darauf können wir auch aufbauen - sind in Sachen Innovationsfreude SpitzenreiterInnen. Wir können hier auf sehr viel Innovations- und Experimentierfreude bauen, und das werden wir auch in Zukunft tun.

Zur Schulstandortplanung - das haben wir auch schon einige Male hier ausgetauscht - möchte ich auch gerne sagen, dass wir GRÜNEN ja sehr glücklich darüber sind, dass wir mit dem Planungsressort hier einen wesentlichen Beitrag leisten können, dass wir Stadtentwicklungsgebiete und Stadtplanung auch im Zusammenhang mit der Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen und Schulentwicklung selbstverständlich gemeinsam denken und gemeinsam planen. Es ist richtig: Mobilklassen sind nicht das Nonplusultra. Wir werden versuchen,

solche Feuerwehreinsätze in Zukunft einzuschränken und dieser Art von kurzfristiger Politik mit vorausschauenden und langfristigen Ansätzen entgegenzuwirken. *(Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* - Ja, genau, von uns.

Die FPÖ hat, Herr Kollege Gudenus, zur Bildungspolitik ja wirklich nichts zu sagen. Ich habe heute von Ihnen den ganzen Tag in all diesen Debatten nichts Substantielles zur Bildungspolitik gehört. Nein, nichts! Sagen Sie es mir! Ich kenne nicht einmal Ihre Haltung zur Bildungspolitik! Nein, ich kenne eigentlich überhaupt keine Haltung in bildungspolitischen Fragen.

Das Stichwort Latein fällt mir ein, wenn ich an Sie denke - ich weiß nicht, ob es von der ÖVP oder von der FPÖ gekommen ist. Da möchte ich schon gerne dazu sagen: Ich persönlich habe den Lateinunterricht sehr gern gehabt. Mir hat er persönlich viel gebracht. Ich bin sicher keine, die sagen würde, dass das ein unsinniges Fach ist. Ich würde aber sagen, hier wird sich die Schulautonomie sehr bewähren. Ich glaube, es ist gut, allen, die das wollen, das anzubieten. Mir war das eine sehr wertvolle Grundlage für den weiteren Spracherwerb, vor allem der romanischen Sprachen. Das nützt! Ich sage aber schon dazu: Wer Latein sagt, muss selbstverständlich längst auch Türkisch sagen! *(Ironische Heiterkeit bei GR Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Ganz klare Sache! Die Türkisch-Matura ist längst überfällig *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sicher, ja! Wenn es die Frau Wurzer sagt!)*, ist hoch an der Zeit und wird demnächst zum Glück umgesetzt werden. *(Beifall bei den GRÜNEN. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Sprache der Wissenschaft ist Türkisch! Wissen wir eh!)* Nein. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das kommt wahrscheinlich noch!)*

Ich habe Ihnen gerade auseinandergesetzt, dass aus meiner Sicht Latein sehr wohl Sinn macht, vor allem als gute Voraussetzung, weitere Sprachen zu erlernen. Beim Türkisch Lernen hat es mir nichts gebracht. Da bin ich über bir, iki, üç noch nicht hinausgekommen. Das ist eine schwierig zu erlernende Sprache, wie ich finde. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wie wäre es eigentlich mit Kurdisch?)*

Bildung ist, das möchte ich noch einmal betonen, mehr als die Aneignung von Lehrinhalten. Bildung ist die Erziehung und das Festmachen zur mündigen BürgerIn, das Heranzerziehen zu kritischen Menschen, die sich kritisch mit ihrer Umgebung auseinandersetzen können.

Wir trauen den Menschen etwas zu, wir misstrauen ihnen nicht. Und das ist der wesentliche Unterschied zur ÖVP. - Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist ja wirklich erschreckend, welchen Stellenwert bei Bgm Häupl die Bildungspolitik hat, wenn er bei einer Dringlichen Anfrage, die an ihn persönlich gestellt wird, einfach den Saal verlässt. Aber höchstwahrscheinlich muss er telefonieren gehen und wieder Befehle aus Istanbul entgegennehmen, so wie er es in den letzten

Tagen gemacht hat. *(Beifall bei der FPÖ. – Rufe der Missbilligung bei der SPÖ.)*

Aber ich freue mich wirklich, dass die ÖVP, oder besser gesagt, die Frau Klubobfrau Marek, auch endlich versucht, sich um das Thema Bildung zu kümmern. Ich verstehe allerdings nicht ganz die Art und Weise. Die ÖVP sitzt ja selber in der Regierung, sie könnte ja auch das Geld lockermachen. Ihre Finanzministerin Fekter, die auf dem Schotter sitzt, die könnte den Schotter lockermachen. Aber anscheinend gibt es überhaupt keine Gesprächsbasis mehr zwischen Bund und Wien. Vielleicht hat der Bund auch schon andere Ansprechpartner. Anscheinend gibt es eine neue Alternative zur Klubobfrau Christine Marek.

Aber die Häupl-SPÖ glänzt eben durch Einsparungen im Bildungssektor. Mindeststandards können nicht mehr gesichert werden. Die SPÖ spart ein an Wiener Schulen, sie spart diese Wiener Schulen kaputt. 160 Lehrer wurden ja bereits in diesem Schuljahr gekürzt, weitere 140 Lehrer sollen folgen. Stundenpläne mussten während des Schuljahres umgeschrieben werden, Klassen und Unterrichtsstunden mussten zusammengelegt werden. Im kommenden Schuljahr sollen eben noch einmal 140 Posten gestrichen werden. Wien hat als einziges Bundesland die Lehrer, die der Bund eben nicht mehr finanziert, gestrichen. Alle anderen Bundesländer haben die Kosten übernommen.

Die Ausrede ist in Wien immer, es gibt kein Geld. Aber schauen wir uns einmal an, wofür es in Wien Geld gibt: für feministische Forschungsprojekte, für SPÖ-Projekte im Bildungsbereich wie den Türkischunterricht, für SPÖ-nahe Vereine, wo sich dann wieder die SPÖ-Funktionäre als Geschäftsführer fleißig finanziell bedienen können. Es gibt Millionen Euro für Integrationsvereine, die wenig bis gar nichts zusammenbringen. Es gibt Werbemillionen für Kotkugeln. Es gibt Werbemillionen für Homokampagnen. Es gibt sogar Millionen und Milliarden für Pleitestaaten - die gibt es ja sowieso, weil die so arm sind.

Ich nehme zur Kenntnis: Für all das hat die SPÖ Geld, aber die armen Wiener Kinder, die Lehrer benötigen, die lassen Sie links liegen und die lassen Sie in die Bildungsunfähigkeit abrutschen. Schämen Sie sich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht doch ein, zwei, drei Bemerkungen, bevor ich auf die VorrednerInnen eingehe.

Das eine ist, glaube ich, schon klar, nämlich: Das Problem ist ja dadurch entstanden, dass wir immer noch einem vorläufigen Stellenplan arbeiten müssen und den endgültigen Stellenplan erst später bekommen, und dass die Planung davon ausgeht, dass du dort, wo du mehr Kinder hast, mehr Lehrer bekommst und dort, wo du weniger Kinder hast, weniger Lehrer bekommst. Das heißt - da wir ja eine steigende Geburtenrate haben -: Wir werden mehr Volksschullehrer bekommen.

Wir haben aber jetzt eine Prognose, dass in die Hauptschule etwas weniger Kinder gehen, weil mehr in die AHS gehen. Ein Grund übrigens, warum ich auch für eine gemeinsame Schule bin. Wir haben das ja am Vormittag schon ausgeführt, aber das möchte ich jetzt auch noch einmal kurz erwähnen. Das heißt, dass es dort vermutlich etwas weniger Lehrer geben wird, wenn dort die Schüleranzahl sinkt. Das ist ja klar und noch keine Provokation.

Und eines ist auch einfach richtig so – da das Schuljahr schon vorbei ist, kann man es ja sagen -: Es sind keine unverbindlichen Übungen gestrichen worden. Es ist sowieso kein Lehrer abgebaut worden - was immer von der ÖVP sozusagen plakativ irgendwie unterstellt wurde -, alle LehrerInnen sind da!

Es ist auch keine Doppelbesetzung zurückgenommen worden, denn man muss ja wissen: Wir haben 12 000 Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben jetzt 80 tatsächlich zu viel gehabt - und dadurch auf das halbe Jahr 160. Diese 80 sind aber 0,66 Prozent aller LehrerInnen. Und das wird natürlich nur nach Äquivalenten gerechnet. Es ist also kein einziger Lehrer gestrichen worden. Es ist nicht daran gedacht, irgendwelche Lehrer zu streichen. Und wir reden über Werteinheiten, die 0,66 Prozent des Gesamtvolumens ausmachen. Natürlich, ich bin auch kein Freund selbst dieser Einsparungen, die da notwendig waren. Aber wenn man dann so tut, als wäre da flächendeckend alles zusammengelegt und versetzt worden, dann ist das einfach in der Sache nicht richtig.

Wenn dann gefordert wird: Na gut, dann zahlt alles ihr!, dann muss man sagen, das kann ja auch nur jemand tun, der ein objektiver Agent, oder eine Agentin in dem Fall, der Frau Fekter und des Finanzministeriums ist, denn: Wir versuchen ja, das zu machen, wofür wir zuständig sind, zum Beispiel Schulneubau.

Damit komme ich schon zum Kollegen Aigner: Zum Beispiel Schulneubau - dafür sind wir zuständig, aber da ist die ÖVP auch immer dagegen. Sie ist ja auch gegen die Schulsanierung gewesen - ich habe schon darauf hingewiesen -, und Sie sind gegen die Pavillons/Container. Mir ist es ja egal, wie man dazu sagt. Sagen wir auch Container dazu! Aber wenn man gegen alles und jedes ist - man darf nicht neu bauen, man darf nicht sanieren, denn ihr seid als ÖVP gegen die Sanierung -, wenn also Container, Schulneubau und Schulsanierung abgelehnt werden, dann muss ich sagen, irgendwann einmal wird es wirklich schwierig und wird auch zu einem totalen Stillstand führen.

Ja, eine Geschichte dann noch, einfach nur eine fachlich-sachliche Geschichte: Tirol hat sich das tatsächlich ausrechnen lassen, weil das Vorurteil genau das war, was Kollege Aigner gesagt hat: Die Landschulen sind besser, die Kleinstschulen sind besser. - Man konnte als Bundesland ja eine eigene PISA-Auswertung machen. Wien hat das nicht gemacht. Wir sind trotzdem gut erkennbar, denn es gibt Städte über einer gewissen Bevölkerungsanzahl, und da gibt es ohnedies nur Wien. Wir haben es also gar nicht sozusagen extra bestellen müssen. Man kann es daher auch durchaus vergleichen. Tirol hat das also extra bezahlt, und rausgekommen ist:

Es gibt keinen Unterschied! Tirol hat das völlig sinnlos ausgegeben. Sie wollten beweisen, dass sie besser sind, aber sie haben es nicht zusammengebracht. Das ist die Wahrheit.

Also, nur weil Sie da rausgehen und sagen, überall sonst ist es besser: Auch das ist nicht richtig! Sie sind zugegebenermaßen auch nicht schlechter, sondern rausgekommen ist, sie sind gleich wie die Wiener Schulen und SchülerInnen. Dafür haben sie aber sehr viel Geld ausgegeben, um sich das selbst nachzuweisen. - Na gratuliere! Also eigentlich ein Schuss nach hinten oder ins eigene Knie oder wie auch immer.

Bei der Kooperativen Mittelschule muss man sagen, die hat sich ja am Anfang besser angehen lassen. Unter der schwarz-blauen Kürzungsägide war es tatsächlich nur mehr ein Türschild Auswechseln und hat nicht das gebracht, was wir wollten. Der von Ihnen so gelobte Prof Strobl ist ja übrigens einer, der die Neue Mittelschule miterarbeitet hat. Der hat es nämlich verstanden, worum es geht, nämlich hier entsprechend leistungsdifferenziert vorzugehen. Dadurch, dass immer mehr SchülerInnen in die AHS gehen, hast du dort eine reale Gesamtschule. Dort kannst du gar nicht differenzieren. In den Hauptschulen werden es weniger, dort dürfte man es. Und eine Leistungsdifferenzierung, die aber nicht in Gruppen arbeitet, sondern gemeinsam arbeitet, ist eben die Neue Mittelschule, wo das im Klassenverband selbst geleistet wird. Und das wurde damals ja auch noch mitgetragen. Nebenbei gesagt: Auch das Campusmodell wurde ja erstmals vom damaligen StR Hahn vorgestellt. Aber auch davon hat sich die ÖVP schon verabschiedet, was in besonderer Weise bemerkenswert ist.

Was den Kollegen Nepp betrifft, der alles mit allem sozusagen zwar nicht verwechselt, aber irgendwie: Das mit dem Anruf war ja wieder eine völlig unnötige und in dem Sinn sinnlose Aussage und Ansage. Und was mir bei Ihnen noch auffällt, ist, dass Sie zwar sagen, das alles wäre wichtig, aber dann konkret genauso dagegen stimmen. Welche Integrationsmaßnahme haben Sie jemals mitgetragen? – Gar keine! Sie sind nur aus irgendeinem Grund dafür, dass alle Deutsch können, aber Sie wollen real nichts dafür tun. Auf diese Weise bleibt dann über, dass Sie das Problem eigentlich verschärfen würden, weil Sie ja real nichts dafür tun.

Was Sie von der ÖVP betrifft, so ist Ihre Unterschriftenaktion, die sich mit der Realität nicht deckt, aus meiner Sicht reine Panikmache und Irreführung der Bevölkerung. In dem Sinn wird sie sich auch nicht bestätigen. Das Schuljahr ist aus, und die Eltern haben jetzt gesehen, wie es wirklich gelaufen ist. Daher haben Ihre Prophezeiungen nicht gestimmt. Das kann man jetzt schon in der Vergangenheitsform sagen, weil es ja so nicht war.

In dem Sinn glaube ich, dass es gut war, dass wir heute noch einmal darüber diskutieren, denn eventuell gelingt es dann zumindest, die Information im nächsten Schuljahr entsprechend richtig durchzuführen. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Wir werden es sehen. - Vielen Dank. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Marek. Ich erteile es ihr.

GRin Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Vettermann! Das ist wirklich Realitätsverweigerung, was Sie da machen. Ich würde Ihnen empfehlen, reden Sie einmal mit Direktorinnen und Direktoren. (*GR Heinz Vettermann: Das tu ich oft!*) Ganz so eitel Wonne, wie Sie tun, ist es ja wohl nicht in den Pflichtschulen in Wien. Besonders in den Kooperativen Mittelschulen, in den Hauptschulen schaut es wirklich anders aus, als Sie uns hier glauben machen. Dort ist die Situation eine deutlich andere, als Sie uns das sagen. In den Volksschulen ist die Situation so, dass viele Kinder nach der Volksschule an eine weiterführende Schule wechseln und alles andere können als lesen und schreiben, was sie eigentlich können sollten. Die Situation ist alles andere als rosig, wie es in anderen Bundesländern eigentlich der Fall ist (*GR Heinz Vettermann: In Tirol nicht!*), und das ist sehr schade. Deswegen ist es hier dringend notwendig, Ressourcen aufzustocken, anstatt zu reduzieren. Genau das ist die Situation, Herr Kollege Vettermann. (*GR Heinz Vettermann: Das stimmt ja nicht!*) Und genau deswegen kritisieren wir das auch so, und deswegen haben wir die Unterschriftenaktion mit den über 5 000 Unterschriften auch gemacht.

Deswegen möchte ich auch einen Beschluss- beziehungsweise Resolutionsantrag einbringen, und zwar der ÖVP-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte Christine Marek, Dr Wolfgang Aigner, Mag Ines Anger-Koch und Ing Isabella Leeb, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.5.2011 im Rahmen der Debatte der Dringlichen Anfrage betreffend Einsparungen im Bildungsbereich auf dem Rücken der Wiener Schülerinnen und Schüler:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen die Einsparungsmaßnahmen auf dem Rücken der Wiener Schülerinnen und Schüler im Bereich der Wiener Pflichtschulen aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Wurzer! Weil Sie gesagt haben, wir stimmen ja gegen alles, was innovativ ist - Sie haben da speziell den Campus Hauptbahnhof angesprochen -: Kollege Aigner hat das ja in der Früh hinlänglich erläutert, und ebenso auch im Ausschuss: Wir stimmen nicht deswegen gegen den Campus Hauptbahnhof, weil es eine innovative Schule ist, weil es ein innovatives Modell ist - ich glaube, er hat es mehrfach erläutert und es sollte jeder verstehen, warum wir dagegen stimmen -, sondern weil die Kosten einfach dermaßen exorbitant hoch sind. Deswegen haben wir dagegen gestimmt, weil einfach Kosten in Höhe von 80 Millionen EUR sehr, sehr hoch sind. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wir hätten es auch gern billiger!*) Natürlich sind mehrere Schulen dabei.

Aber, Frau Kollegin, uns werfen Sie immer vor, dass wir Elite fördern. In Wirklichkeit ist es so, dass Sie Eliteschulen bauen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Und eine Kooperative Mittelschule?*) Uns werfen Sie es vor, aber Sie machen es. Das ist genau das Problem, Frau

Kollegin. Denn in Wirklichkeit könnte man für dieses Geld zig Schulen sanieren und zig Schulen bauen. Deswegen sind wir dagegen – nicht, weil wir gegen innovative Schulen sind, meine Damen und Herren -, und deswegen haben wir dagegen gestimmt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Vettermann! Sie haben das Thema Leistungsdifferenzierung angesprochen. Leistungsdifferenzierung funktioniert nur, wenn entsprechende Maßnahmen gegeben sind. Aber Leistungsdifferenzierung funktioniert nicht mehr, wenn die weiteren 140 Vollzeitäquivalente im kommenden Schuljahr gestrichen sind, so wie es vorgesehen ist. Denn es wird im kommenden Schuljahr keine unverbindlichen Übungen mehr geben - das ist nämlich dann auch nicht mehr möglich -, es wird keine Förderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache mehr geben. Das wird massiv reduziert. Es wird keine Begabtenförderung mehr geben, meine Damen und Herren! Es wird keine Abhaltung von Freigegegenständen mehr möglich sein, denn da sind wir nämlich am Limit. Es wird die Abhaltung von Förderkursen für die Schwächsten nicht mehr möglich sein - das ist sogar eine gesetzliche Verpflichtung, meine Damen und Herren, da sind also nicht einmal mehr die gesetzlichen Mindeststandards möglich. Und auch der Einsatz von Teamlehrerinnen und Teamlehrern in Schularbeitsfächern ist nicht mehr möglich. Wir sind hier also jetzt schon am Limit, und hier haben wir massive Probleme.

Das Jahr der Bildung, das letztes Jahr vom Bürgermeister und vom Bildungsstadtrat ausgerufen wurde, ist mittlerweile eigentlich ein Hohn. Hier sollte man die Notbremse ziehen, ganz von vorne anfangen und hier an die Ressourcen gehen. Wenn ich mir ansehe, dass wir eigentlich 80 bis 90 Langzeitkrankenstände bei den Lehrerinnen und Lehrern in Wien haben, dann kann man sich vorstellen, wie dramatisch die Situation ist. Dass dann im nächsten Schuljahr noch einmal 140 Vollzeitäquivalente bei den Lehrerinnen und Lehrern eingespart werden sollen, daran sieht man, wie dramatisch die Situation in Wien ist.

Ich appelliere an Sie, hier nicht weiter einzusparen, sondern einen Gang zurückzuschalten und, ganz im Gegenteil, aufzustocken und noch einmal nachzudenken, im Sinne unserer Kinder, im Sinne der Zukunft der Bildung in Wien. Denn sonst wird man es bei den Kindern weiterhin merken, meine Damen und Herren, denn sonst wird es noch mehr Schulabbrecher in Wien geben, denn sonst wird es noch mehr Kinder in Wien geben, die keinen Pflichtschulabschluss haben, denn sonst wird es noch mehr Jugendliche in Wien geben, die keine Chance auf einen Lehrplatz haben, und es wird noch mehr Jugendliche geben, für die wir überbetriebliche Lehrstellen schaffen müssen, weil sie keine Chance auf einen betrieblichen Lehrplatz haben.

Dann wird die StRin Brauner einmal mehr sagen müssen: Es ist die überbetriebliche Lehrlingsausbildung der wesentliche Eckpfeiler für die Ausbildung in Wien. Daneben gibt es halt die betriebliche Lehrlingsausbildung, aber die überbetriebliche ist der Eckpfeiler, weil wir ohnedies wissen, dass wir in der betrieblichen keine

Chance haben. - Das ist eigentlich ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Wutzlhofer. Ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Vorsitzende!

Zuerst, Frau Kollegin Marek, zu Ihrem ersten Beitrag. - Busch Brigitte 12. Bezirk, Camba Vladimir 21. Bezirk, Dissauer Margarete 4. Bezirk, Engelhart Atefeh 2. Bezirk. - Da sind noch eineinhalb Millionen mehr, wenn Sie mehr Namen nachlesen wollen. *(Der Redner hält ein Telefonbuch von Wien in die Höhe.)* Ein gutes Buch!

Jetzt zu Ihrem zweiten Beitrag. - Die ÖVP ist eine Traditionspartei, das ist ja bekannt. Allerdings hat sich das heute, und in bildungspolitischen Fragen ist das besonders der Fall, im schlechtesten Sinn gezeigt. Sie haben sich 100 Jahre lang nicht bewegt, und wenn, dann in diesen 100 Jahren jede Bewegung in diesem Land blockiert.

1922, also vor rund 90 Jahren, hat der Wiener Stadtschulratspräsident Otto Glöckel, ein Sozialdemokrat, erste Schulversuche gestartet, und zwar für eine Allgemeine Mittelschule. Damals haben die Christlichsozialen gewütet, geschrien, das Projekt massiv abgelehnt, mit dem Argument der Gleichmacherei. Das ist erstaunlich, weil heute von Frau Kollegin Marek und von Herrn Kollegen Aigner mit dem völlig gleichen Argument wieder gegen Schulmodelle für alle, gegen gemeinsame Schulmodelle gewettert wurde, Modelle, die es in ganz Europa gibt, Modelle, die mittlerweile - ich weiß, da hängt der Haussegen schief - die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, Kollegen und Kolleginnen von Ihnen aus der Steiermark befürworten; und auch Frau Bundesministerin Karl hat, als sie noch für Wissenschaft zuständig war, gesagt und Herr Kollege Strobl hat gesagt, sie hätten gerne eine AHS für alle. Solche Modelle finden Sie, wie vor 90 Jahren - die völlig gleichen Argumente werden verwendet - noch immer schlecht, weil das Gleichmacherei sei.

Jetzt finde ich, dass man darauf schon ein bisschen eingehen muss. Es ist zwar verwunderlich, denn das Thema sind eigentlich Kürzungen bei den LehrerInnendienststellen, aber Frau Kollegin Marek hat noch einmal das Modell der Wiener Mittelschule schlechtgemacht. Wissen Sie, das einzig Gleiche an einem Modell wie dem der Wiener Mittelschule ist, dass allen Kindern - das ist gleich - individuell in ihrer Unterschiedlichkeit die beste Förderung zuteil wird und dass jedes Kind bessere Rahmenbedingungen vorfindet, um selbstbestimmt und nach seinen und ihren Begabungen zu lernen; und zwar gleich - das ist das Gleiche -, ob die Eltern hoch gebildet sind oder nicht, gleich, ob das Kind aus einer privilegierten Umgebung kommt oder nicht.

Aber so viel Individualisierung wollen Sie dann gar nicht. Sie haben eigentlich selbst, wenn man ehrlich ist, einen ziemlich gleichmacherischen Zugang. Das funktioniert so: Es reicht völlig, wenn man Kinder in oben und in unten einteilt, je nachdem, welche Elternhäuser es sind, die sie gut vorbereiten auf den Schulbeginn oder auf die

erste Zäsur. Und danach müssen sie in dem von Ihnen vorgesehenen Schulsystem funktionieren - nicht umgekehrt. Es geht nicht darum, dass das Schulsystem auf die Kinder passt und sich an die Kinder anpasst, sondern die Kinder müssen in Ihr Topferl passen.

Und dann gibt's früh im System Gewinner, und es gibt früh im System Verlierer. Da gibt's dann leistungshomogene Lerngruppen, und dort kann man mit ein bisschen Konkurrenz weiterkommen oder eben durchhalten.

Jetzt glauben Sie doch nicht ehrlich, dass Leistung und Begabung mit dieser Art von Schulsystem irgendwie gefördert werden? Im Gegenteil, das hat mit Leistung überhaupt nichts zu tun! Oder können Sie mir erklären, warum es so ist, dass 77 Prozent aller Kinder aus Akademikerhaushalten, 77 Prozent aller Kinder, deren Eltern Akademiker sind, in AHS gehen und nur 12 Prozent jener Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss haben? Die leisten nicht alle weniger! Das glaub ich nicht. Oder glauben Sie das? Glauben Sie, dass Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss haben, alle weniger leisten, alle ein bisschen dümmer sind? - Wenn das nämlich nicht so ist, dann ist ein Systemfehler im Programm. Und der Systemfehler ist Ihr System der gleichmacherischen Zwei-Topferl-Schulpolitik.

Das lehnen wir ab. Wir wollen ein Schulsystem, in dem Köpfe gefördert werden und nicht Ellbogen, und zwar für alle Schüler und nicht nur für Schüler mit privilegierten Eltern. *(Beifall bei der SPÖ und von GRin Dipl.-Ing Sabine Gretner.)*

Es ist schade, dass wir das auf Wiener Ebene nicht umsetzen können. Dafür bräuchte es einen mutigen Reformschritt auf Bundesebene. Und ich wünsche mir wirklich, dass sich da auf Ihrer Seite die ÖVP-Steiermark, der Walter Strobl, Ihr Wirtschaftsflügel, wer auch immer durchsetzt, nur hoffentlich nicht die ÖVP-Wien.

Denn, ehrlich gesagt, die Bilanz der letzten Jahrzehnte der ÖVP-Wien im Zusammenhang mit Bildungspolitik ist ein Trümmerhaufen, ein Zickzackkurs, es ist einfach schauerlich. Sie haben nicht nur gegen fortschrittliche Schulorganisation gestimmt - darüber habe ich jetzt ja geredet -, sondern Sie sind auch gegen einen Schulneubau - heute war ein Beispiel die Embelgasse, ein weiteres Beispiel ist Monte Laa.

Die ÖVP war am Anfang zwar für einen Gratiskindergarten, allerdings ab drei Jahren. Wir haben es ab null Jahren eingeführt, das hat Ihnen auch nicht gepasst. Frau Kollegin Marek hat, bevor sie in dieses Haus übersiedelt ist, sogar laut darüber nachgedacht, ob man den Gratiskindergarten nicht hinterfragen sollte.

Die ÖVP ist dagegen, dass man, wenn es eine schulpolitische Notwendigkeit dafür im Grätzeln gibt, weil dort mehr Kinder sind, Container baut - was aber nur bedeutet, dass es zu wenig Schulraum in den Grätzeln gibt.

Die ÖVP ist verantwortlich für einen Stellenabbau unter Gehr. Ich erinnere daran: 2005/2006 hat es in unserem Land 1 200 Lehrerdienstposten weniger gegeben als jetzt. Na komisch! Waren dafür Sozialdemokraten zu-

ständig oder nicht? Oder kann man vielleicht davon sprechen, dass es bundespolitisch eine Notwendigkeit für Dienststellen und für Lehrerposten gibt?

Jetzt hat die ÖVP beziehungsweise Frau Kollegin Marek gesagt, wenn man nicht solche Prestigeprojekte machen würde, dann gäbe es mehr Geld für Schulsanierung. Wissen Sie, die ÖVP hat - jetzt kann ich mich nicht mehr genau erinnern, ich würde sagen, vielleicht vor vier Jahren, vielleicht sind es fünf Jahre - immer ein Schulsanierungsprojekt gefordert. Es müsse ein Schulsanierungsprojekt geben, und wir bräuchten dafür 100 Millionen EUR. - Wir haben ein Schulsanierungsprojekt von in Summe 570 Millionen EUR, und wir setzen Stück für Stück um! Wir sind sogar über dem Plan, und darauf sind wir stolz. Wenn wir die ÖVP gebraucht hätten, dann würde es an den Wiener Schulen viel schlechter ausschauen.

Sie von der ÖVP waren auch gegen die Campuschule. Das ist deshalb spannend, weil es vor Kurzem noch Plakate gegeben hat - mit denen jetzt Frau Kollegin Marek für Unterschriften wirbt -, nämlich Plakate, auf denen Ihr Vorgänger Hahn zu sehen war und auf denen stand: „Wir von der ÖVP sind für die Campuschule!“ - Interessant.

Sie haben gegen den Ausbau der Ferienbetreuung gestimmt, erst im letzten Ausschuss. Da ging es um 844 000 EUR mehr beziehungsweise 400 Plätze. Wer stimmt dagegen? - Die ÖVP.

Wissen Sie, das alles ist kein besonderes Renommee, finde ich. Wenn ich Ihre Partei wäre, würde ich mir überlegen, ... (*Zwischenruf von GRin Christine Marek.*) - Wenn Sie beim Herrn Kollegen Aigner in die Schule gehen würden, dann hätten Sie aber schlechte Karten. Immer diese Zwischenrufe! - Jetzt rede einmal ich! Zum Glück ist es so, dass ich Mikrofone habe.

Also kein Renommee in der Bildungspolitik. Ehrlich gesagt, wenn ich Sie wäre in der Bildungspolitik, ich würde mir überlegen: entweder schweigen oder endlich einmal die Positionen überdenken. Alle anderen um euch herum machen es, alle! Sogar die ÖVP selber macht es. In allen Ländern Europas um Österreich herum passiert das. Aber nein, Sie setzen auf die Karte Aktionismus. - Also ehrlich, unglaubwürdiger geht es nicht. Und da ist das Vorlesen von Namen mein geringstes Problem.

Sie wettern gegen Posteneinsparungen, und das ist eine grobe Irreführung der Bevölkerung. Sie schüren wider besseres Wissen Ängste. Es wurden nämlich nicht 160 Lehrer eingespart. Wir können überhaupt keine Lehrer einsparen! Das Einzige, was passiert ist, ist, dass es mit Maßnahmen gelungen ist, 80 sogenannte Vollbeschäftigungsäquivalente - Kollege Vettermann hat schon gesagt, das entspricht 0,66 Prozent von den 12 000 Pflichtschullehrern, die es in Wien gibt - zu reduzieren, nämlich dadurch, dass Fortbildungen nicht mehr in der Unterrichtszeit stattfinden, dass Doppelbesetzungen minimiert worden sind und ein paar andere Kleinigkeiten auch - aber nie, nie, nie durch die Einschränkung irgendeiner Unterrichtsstunde! Aber Sie gehen her und sagen: 160 Planstellen wurden gekürzt, und das ist ein echtes Problem für Schülerinnen und Schüler!

Wissen Sie, ich sage Ihnen etwas: Warum hat man diese 80 Dienstposten, diese Planstellen reduzieren müssen durch die Maßnahmen, die ich erwähnt habe? - Das ist im Finanzausgleich geregelt! Das ist mit der ÖVP beschlossen! Und in diesem Finanzausgleich steht Folgendes drinnen: Erstens einmal sieht man, dass der Bund budgetär zuständig ist für Landeslehrer - das nur als kleiner Hinweis. Zweitens steht drinnen, wie viele Planstellen es gibt, und zwar in der Relation zu den SchülerInnen. 14,5 Volksschüler machen einen Lehrer/eine Lehrerin, 10 Hauptschüler, 9 polytechnische Schüler, 3,2 Sonderschüler.

Also: Wenn man mehr Lehrer will, braucht man mehr Schüler. Wenn man weniger Lehrer will, braucht man weniger Schüler. Da kann man eigentlich gar nicht so wirklich drehen. Das einzige Problem ist, dass dieser Stand der Schüler erst Mitte des Jahres definitiv ist. Deswegen mussten diese Korrekturen angewendet werden. Aber einsparen geht gar nicht! Genauso, wie es nicht sein kann, dass nächstes Jahr irgendein böser Sozialdemokrat oder eine böse Sozialdemokratin in Wien 140 Lehrer einspart.

Wissen Sie, was der Hintergrund ist? - Voraussichtlich, aber auch das ist erst nächstes Jahr definitiv, wird es 1 100 Hauptschüler geben. Jetzt habe ich das vorher schon vorgelesen: 10 Hauptschüler - ein Lehrer. Es könnte sein, wenn es weniger Hauptschüler gibt, dass es dann weniger Lehrer für die Hauptschüler gibt. Aber da wird kein einziger Dienstposten für Schüler eingespart, sondern es gibt einfach weniger Schüler und dafür weniger Lehrer. Es wird mehr Volksschüler geben, und - Überraschung! - dann wird es wahrscheinlich auch mehr Lehrer vom Bund geben. Außer wir steigen aus dem Finanzausgleich aus, das glaube ich aber nicht. Aber wenn: Sie sind herzlich dazu eingeladen, auf Bundesebene dafür zu lobbyieren. Aber da gibt es auch kein besonderes Phänomen. Ich sage noch einmal: Heute 1 200 Lehrer mehr als 2005/2006.

Wissen Sie, Bildungspolitik braucht Visionen, braucht Mut und Bereitschaft für einen permanenten Ausbau und für Erneuerung. Ihr Zugang ist das nicht, Ihr Zugang ist der Schmach. Und der Schmach wird nicht reingehen - der Zustand Ihrer Partei zeigt das ja.

Deshalb wünsche ich mir, dass Sie nachdenken über das, was fast alle Länder in Europa machen, dass Sie nachdenken über das, was Ihre Parteifreunde in der Steiermark, in der Wirtschaftskammer, in der Industriellenvereinigung und, und, und sagen, dass Sie Ihre 90 Jahre alten Totschlagargumente überdenken und dass Sie das tun, was in der Schule ermöglicht werden sollte: dass Sie lernen. Ganz Österreich würde davon profitieren. (*Beifall bei der SPÖ und von GRin Mag Martina Wurzer.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ist somit beendet.

Es liegt mir ein Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP vor. Er wurde beim Einreichen auch entsprechend einbegleitet. Für diesen Antrag, der sich mit Einsparungen im Bildungsbereich auf dem Rücken der Wiener

Schülerinnen und Schüler befasst, wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Ich ersuche daher die Damen und Herren des Gemeinderats, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat nicht die ausreichende Mehrheit.

Während der Diskussion um die Inhalte der Aktuellen Stunde wurde von Klubobmann Gudenus ersucht, dass der Redebeitrag von Klubobmann Ellensohn angeschaut wird hinsichtlich einer Notwendigkeit eines Ordnungsrufes. Ich möchte, bevor ich den Ordnungsruf erteile, auch begründen, warum ich ihn erteile. Und zwar deshalb, weil ich mich bei der letzten Gemeinderatssitzung nicht ohne Grund zu Wort gemeldet habe und gebeten habe, hier im Gemeinderat Pauschalierungen, das Miteinbeziehen von ganzen Gruppen in die Diskussion und damit auch oftmals das Beleidigen von Gruppen, von Menschen, die in

dieser Gruppe sich befinden, tunlichst, wenn geht, zu unterlassen.

Klubobmann Ellensohn hat Folgendes ausgeführt und auf das nehme ich jetzt Bezug, „aber ich komme zu etwas anderem“, sagte er, „was Ihnen unangenehm ist, nämlich dass Sie eine Partie von Abzockern sind und dass Sie eine Partie von ganz normalen Kriminellen, Kleinkriminellen sind.“

Und er hat dann angeführt einige Personen, eigentlich relativ viele Personen, mit der er das begründet hat.

Und ich sage trotzdem, Kollege Ellensohn, was letztes Mal gegolten hat, gilt heute auch, Pauschalierungen können immer Menschen beleidigen und genau aus diesem Grunde erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Damit schließe ich die Sitzung für heute.
(Ende um 15.01 Uhr.)